

29. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Oktober 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Wie geht der Senat mit Hausmüllablagerungen auf öffentlich zugänglichen Flächen um?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 8. September 2021 1560

Anfrage 2: Welche Pläne verfolgt der Senat in Bezug auf die Feuerwache 3?

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 10. September 2021 1561

Anfrage 3: Wissenschaftsfeindliche Aussagen zur Schutzimpfung gegen das SARS-CoV 2-Virus an Freien Waldorfschulen

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. September 2021 1563

Anfrage 4: Wie stellt sich der Sachstand bei den Kaisenhäusern dar?

Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. September 2021 1564

Anfrage 5: Wann wird entlang der Ihle der Hochwasserschutz gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 14. September 2021 1566

Anfrage 6: Zukunft des Bunkers C178 auf dem ehemaligen Vulkangelände in Vegesack

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 14. September 20211568

Anfrage 7: Instandsetzung und Erneuerung von Spielflächen

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. September 20211569

Anfrage 8: Vergabeverfahren zur temporären Transformation der Martinstraße

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 22. September 20211571

Anfrage 9: Verzicht auf Standgebühren für den Bremer Weihnachtsmarkt

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 5. Oktober 20211572

Anfrage 10: Kosten der Internatsplätze für die zukünftige Eliteschule des Sports an der Ronzelenstraße

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 20211573

Aktuelle Stunde 1575**Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremen
nicht aufs Spiel setzen –****Gewerbeentwicklungsprogramm 2030
unverzüglich vorlegen!****Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. September 2021
(Drucksache 20/498 S)**

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU)	1575
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	1577
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	1579
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1582
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP)	1584
Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU)	1586
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1588
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	1590
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	1591
Senatorin Kristina Vogt.....	1592
Abstimmung	1596

**Bremer Biodiversitätsstrategie und
Insektenschutzprogramm****Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die
Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 8. Oktober 2021
(Drucksache 20/515 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1596
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	1597
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1598
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1599
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1600
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1601
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1603
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1604
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1604
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1607
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1607
Abstimmung	1608

**Ortsgesetz über die Feststellung eines
Wohnraummangels nach § 1 Satz 2 des
Bremischen Wohnraumschutzgesetzes
(WoSchOG)****Mitteilung des Senats vom 5. Oktober
2021
(Drucksache 20/512 S)**

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1608
Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU).....	1610
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	1610
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	1611
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1612
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1614
Abstimmung	1614

**Attraktive Bremer Innenstadt –
Nachhaltiges Verkehrskonzept statt
Verkehrsversuch!****Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. Oktober 2021
(Drucksache 20/514 S)**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1615
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)	1616
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1617
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	1618
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD)	1620
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1621
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1623
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	1624
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	1625
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1626
Abstimmung	1628

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 47
(mit Vorhaben- und Erschließungsplan
47) zum Bau eines Klubhauses für den
Golfplatz Bremer Schweiz für das
Grundstück Wölpscher Straße 4 in
Bremen-Blumenthal
hier: Änderung des
Durchführungsvertrags
Mitteilung des Senats vom 21. September
2021**

(Drucksache 20/506 S).....	1629
----------------------------	------

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 21 vom 8. Oktober 2021 (Drucksache 20/516 S)	1629	Vorkaufsortsgesetz – „Kleine Wolke“ Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021 (Drucksache 20/520 S)	1629
--	-------------	---	-------------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Elombo Bolayela, Mazlum Koz, Thomas Röwekamp,
Miriam Strunge.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung der Stadtbürgerschaft um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 29. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich drei Schülerinnen- und Schülergruppen des ERASMUS-Programms.

Herzlichen willkommen hier im Haus! Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 5, Tagesordnungspunkt 10, Tagesordnungspunkt 14 und Tagesordnungspunkt 15 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 16, 17 und 18.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Wie geht der Senat mit Hausmüllablagerungen auf öffentlich zugänglichen Flächen um?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie sieht der Senat die Hausmüllablagerungen und die Vermüllung auf der „Parkfläche“ neben der Tankstelle in der Neuenlander Straße/Ecke Kirchweg, und in welchem Eigentum befindet sich die Fläche?

2. Welche Maßnahmen kann der Senat in diesem Fall ergreifen, und welche Maßnahmen ergreift er generell, um gegen Hausmüllablagerungen auf derart öffentlich zugänglichen Flächen vorzugehen?

3. Wie häufig hat der Senat in den vergangenen Jahren Gespräche mit privaten Flächeneigentümern gesucht, um gegen störende Hausmüllansammlungen und davon ausgehende Gefährdungen für die Umwelt auf öffentlich zugänglichen Grundstücken vorzugehen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Vermüllungen auf privaten Grundstücken tragen ebenfalls wie illegale Ablagerungen auf öffentlichen Flächen zu einer Verschlechterung des Stadtbildes und des Gesamteindrucks des jeweiligen Stadtteils bei und haben negative Auswirkungen auf das Sicherheits- und Sauberkeitsempfinden von Menschen. Die Reinigungsverpflichtung liegt beim Grundstückseigentümer. Bei diesem Grundstück Neuenlander Straße/Ecke Kirchweg handelt es sich um ein Privatgrundstück. Die Nutzung ist laut Liegenschaftskataster mit „Parken“ angegeben.

Zu Frage 2: Grundsätzlich werden im Rahmen der abfallberatenden Außendiensttätigkeiten von der Bremer Stadtreinigung auch Eigentümer:innen von vermüllten Grundstücken unverzüglich nach Entdecken kontaktiert, über legale Entsorgungsmöglichkeiten informiert und zur Abräumung aufgefordert. Dies sind überwiegend private Wohngrundstücke, bei denen Eigentümer:innen beziehungsweise Nutzer:innen direkt vor Ort angesprochen werden können. Dies geschieht auch in guter Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Ordnungsamt.

Bei unbebauten Grundstücken, bei denen keine Vor-Ort-Ansprache möglich ist, wird der Grundstückseigentümer oder die Grundstückseigentümerin ermittelt und unverzüglich angeschrieben.

Sind die Grundstückseigentümer:innen nicht kooperationsbereit, kann die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein Verwaltungsverfahren zur Zwangsabräumung einleiten. Die Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens hängt vom Einzelfall ab. Bei an die kommunale Abfallentsorgung durch Die Bremer Stadtreinigung angeschlossenen Grundstücken wird zunächst geprüft, ob ein Verwaltungsverfahren zur Erhöhung des Restmüllvolumens ausreichend ist. Darüber hinaus bietet die zuständige Behörde fachliche Unterstützung an, wenn gefährliche Abfälle illegal gelagert oder entsorgt werden.

In Gröpelingen wurde im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft am 27. September 2021 eine Schwerpunktaktion gemeinsam mit der Bremer Stadtreinigung, dem Ordnungsdienst und der Polizei durchgeführt, um Verursacher:innen von illegalen Müllentsorgungen zu identifizieren. Hierzu werden auch Flyer in verschiedenen Sprachen verteilt.

Für den Fall von konkreten Hinweisen auf Verursacher:innen von Müllablagerungen wird für die Zukunft auch die Zulässigkeit einer Videoüberwachung an ausgewählten Orten zur Überführung der Verantwortlichen geprüft.

Zu Frage 3: Im Jahr 2021 hat die DBS bisher circa 40 Gespräche mit Eigentümer:innen vermüllter Grundstücke geführt. In aller Regel sind die Eigentümer:innen oder Mieter:innen kooperationsbereit und räumen spätestens nach der Androhung einer Zwangsräumung ihre Abfälle ab. Auch in dem konkreten Fall wurde mit dem Eigentümer gesprochen. Sollte sich keine Verbesserung der Situation einstellen, werden weitere Maßnahmen eingeleitet. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Welche Pläne verfolgt der Senat in Bezug auf die Feuerwache 3?

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

vom 10. September 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche etwaigen baulichen Auswirkungen hat die geplante Verlängerung der Straßenbahnlinie an der Osterholzer Heerstraße auf die dortige Feuerwache 3?

2. Inwieweit zieht der Senat in diesem Zusammenhang einen Um- beziehungsweise Neubau oder Umzug der Feuerwache 3 in Betracht, mit welchen überschlägigen Kosten kalkuliert der Senat diesbezüglich, und wann soll voraussichtlich damit begonnen werden?

3. In wessen Eigentum befinden sich das Grundstück sowie die neben der Feuerwache 3 befindlichen Liegenschaften, und inwiefern ist es angesichts der gestiegenen Raumbedarfe für die Feuerwehr dort möglich, Gebäude des hier ansässigen Technischen Hilfswerks zukünftig zu nutzen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Verkehrsentwicklungsplan 2025 sieht die Verlängerung der Straßenbahn von Sebaldsbrück nach Osterholz vor. Bevor es zu einer Festlegung auf eine bestimmte Streckenführung kommt, werden Bürgerbeteiligungsrunden einschließlich Variantenabwägungen durchgeführt. Das Projekt wurde jedoch noch nicht begonnen und befindet sich noch vor der Vorplanungsphase.

Mögliche Auswirkungen einer Verlängerung der Straßenbahnlinie an der Osterholzer Heerstraße auf die Feuer- und Rettungswache 3 können daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Der Senator für Inneres wird in diesem

Projekt bezüglich der Feuerwehrbelange aber eng eingebunden. Grundsätzlich stehen beide Planungen nicht im Widerspruch, wenn sie frühzeitig aufeinander abgestimmt werden. Der Senator für Inneres steht einer gegebenenfalls erforderlich werdenden Standortverlagerung der Feuerwache 3 grundsätzlich offen gegenüber.

Das 1 150 Quadratmeter große Grundstück der Feuerwache 3 gehört der Stadtgemeinde Bremen und ist dem Sondervermögen Immobilien und Technik/Stadt zugeordnet. Das im Osten und Süden angrenzende circa 3 880 Quadratmeter große Grundstück, welches vom THW genutzt wird, steht im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht beabsichtigt, weitere Gebäude an diesem Standort zu nutzen. Im Westen des Feuerwehrgrundstücks schließt sich eine im Eigentum der Stadtgemeinde stehende und dem Sondervermögen Infrastruktur/Stadt zugeordnete Grünanlage an. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, ist Ihnen bekannt, dass die Stadt Bremen bereits ungefähr seit mindestens 20 Jahren links und rechts von der Feuerwache einen Streifen entlang der Osterholzer Heerstraße zur Verlängerung der Straßenbahn aufgekauft hat, sodass es keine Alternativplanungen geben wird, und dass zwei Drittel des bisherigen Hauptgebäudes auf diesem Streifen liegen und dann somit vermutlich im Rahmen der Straßenbahnverlängerung im Wege stehen?

Staatsrat Olaf Bull: Herr Abgeordneter, ich habe den Streifen nicht bewusst vor Augen, aber wenn Sie es so sagen, wird es so sein. Das ziehe ich nicht in Zweifel, und ich hatte ja zum Ausdruck gebracht, dass der Senator für Inneres einer Verlagerung der Wache sehr offen gegenübersteht. Das Ortsamt hegt auch diesen Wunsch, dort eine Wache aufzubauen, nachdem man dort über 20 Jahre eine Interimslösung in dieser alten Villa hatte, und sie genügt einfach nicht mehr den Anforderungen für die moderne Feuerwehrarbeit. Insofern sind wir offen dafür und auch für eine Kooperation mit der freiwilligen Feuerwehr oder mit dem THW.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Da wir in Osterholz seit einigen Jahren erleben, dass die Senatorin für Kinder und Bildung kein Grundstück für eine dringend benötigte Grundschule in Osterholz-Süd findet, wie weit ist denn das Innenressort bei der Suche nach einer etwaigen Ersatzfläche für den jetzigen Standort, wenn der THW-Bereich nicht mitgenutzt werden soll?

Staatsrat Olaf Bull: Sobald es zu diesem Bedarf kommt, umzuplanen, sind wir voll mit im Boot, und dann ist sicherlich auch die Senatorin für Kinder und Bildung mit im Boot und wird befragt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Wenn ich richtig informiert bin, sind die Planungsmittel für die Verlängerung der Straßenbahn im Haushalt der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung enthalten – Frau Bürgermeisterin nickt –, sodass dieses Verfahren jetzt nicht mehr in allzu ferner Zukunft zu sein scheint, Herr Staatsrat. Würden Sie mir zustimmen, dass es vielleicht an der Zeit wäre, mit den Planungen zu beginnen und der Deputation für Inneres darüber zu berichten und auch gern dem Beirat Osterholz?

Staatsrat Olaf Bull: Für die Deputation für Inneres hielte ich das für früh. Ich hatte ausgeführt, dass wir uns mit dem Projekt ja vor der Vorplanungsphase befinden, insofern wäre der Impuls eher bei der Verkehrssenatorin und dort in der Verkehrsdeputation.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Es ging um den Stand der Feuerwache, Herr Staatsrat, aber wenn Sie der Auffassung sind, dass wir erst planen, wenn die jetzige Feuerwache wegen der Straßenbahnverlängerung abgerissen wird, dann weiß ich nicht, wie Sie ihre Rettungszeiten einhalten wollen. Also, ich glaube, ich kann nur appellieren, wenn ich das zum Schluss machen darf, Herr Präsident, dass man hier dringend mit dem Verkehrsressort über den Zeitplan sprechen sollte, damit der Bremer Osten nicht ohne Berufsfeuerwehr dasteht. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Wissenschaftsfeindliche Aussagen zur Schutzimpfung gegen das SARS-CoV 2-Virus an Freien Waldorfschulen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. September 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat den Bericht auf dem zur Waldorfpädagogik kritisch aufklärenden Blog <https://anthroposophie.blog> über ein impffeinliches Pamphlet, das jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt, eines Bremer Waldorflehrers zur Kenntnis genommen, und wie bewertet er dieses?

2. Liegen dem Senat Erkenntnisse über Impfverweigerung und impffeinliche Publikationen in Bezug auf Schutzimpfungen gegen das SARS-CoV-2-Virus an den Freien Waldorfschulen der Stadtgemeinde Bremen vor?

3. Wie stellt der Senat vor dem Hintergrund wiederholt wissenschaftsfeindlicher Aussagen aus dem anthroposophischen Spektrum sicher, dass die Lehramtsausbildung des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der Freien Waldorfschulen auf aktuellem pädagogischem und wissenschaftlichem Niveau stattfindet und der Schulunterricht an den Waldorfschulen aktuellen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen folgt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hat die benannte kritische Analyse des in Auszügen veröffentlichten impffeinlichen Textes zur Kenntnis genommen und bewertet den Text, soweit vorliegend, als wirr, irrational und wissenschaftlich in keiner Weise fundiert.

Zu Frage 2: Dem Senat liegen keine Erkenntnisse über Impfverweigerung und impffeinliche Publikationen in Bezug auf Coronaschutzimpfungen an den Freien Waldorfschulen in der Stadtgemeinde Bremen vor.

Die vier Freien Waldorfschulen in der Stadtgemeinde Bremen versichern jeweils, dass keine Kenntnis darüber vorliege, dass Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler oder Eltern ihrer Schulen sich aktiv gegen das Impfen gegen SARS-CoV-2 aussprechen oder in dieser Weise agitieren. Impffeinliche Publikationen seien nicht aufgetreten. In den Informationen an die Eltern folge die Schulleitung den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und arbeite entsprechend mit der Senatorin für Kinder und Bildung zusammen.

Die Schulleitung, deren Lehrkraft im Blogbeitrag als Autor des impfkritischen Textes benannt wird, versichert, die Existenz des Textes sei erst seit dem 16. September 2021 bekannt. Die Lehrkraft habe ihre impfkritische Haltung „in keinerlei Weise aktiv in das Schulleben hineingetragen“.

Zu Frage 3: Der Senat trägt die Verantwortung dafür, dass private Ersatzschulen, so auch die Waldorfschulen, die gesetzlich vorgegebenen Genehmigungsbedingungen einhalten. Dazu gehört, dass die Schulen in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen sowie dass die Schulen in ihren Bildungs- und Erziehungszielen nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen.

Der Senat prüft die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte von privaten Ersatzschulen, indem er grundsätzlich nur dann eine Lehrgenehmigung erteilt, wenn ein universitärer Master oder ein dem Master vergleichbarer universitärer Abschluss in einem Studienfach vorliegt, das hohe Affinität zu dem zu unterrichtenden Unterrichtsfach hat. Der Senat verantwortet nicht die Lehramtsausbildung des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der Freien Waldorfschulen. Diese Ausbildung erfüllt im Übrigen nicht das Kriterium der Vergleichbarkeit mit einem universitären Masterabschluss.

Die Genehmigungsbedingung der privaten Ersatzschulen, nach der die Schulen in ihren Bildungs- und Erziehungszielen nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen, wird fortlaufend gesichert durch die Teilnahme der Schüler:innen dieser Schulen an den zentralen Abschlussprüfungen sowie anlassbezogen durch die Einsichtnahme in die

schulischen Fachcurricula sowie gegebenenfalls Unterrichtsbesuche.

Anlässlich dieser Anfrage für die Fragestunde wurde die Wissenschaftsfundierung der naturwissenschaftlichen Fachcurricula durch Einsichtnahme der Fachaufsicht sichergestellt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Ich habe noch die Nachfrage, ob es Auftritte oder Aktionen von Impfverweigerern an öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen gegeben hat.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Soweit dem Senat bekannt ist, hat es solche Auftritte oder Aktionen nicht gegeben.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Thore Schäck. – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Mich würde in Ergänzung zu der nachfolgenden Frage von Frau Strunge noch einmal interessieren: Gibt es denn überhaupt grundsätzlich Kenntnisse über Impfverweigerungen an entweder anderen privaten Schulen oder staatlichen Schulen im Land Bremen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Wie Sie wissen, gibt es natürlich immer noch Menschen, auch im Land Bremen, die sich nicht gegen SARS-CoV-2 haben impfen lassen. Das würde ich allerdings unterscheiden von Impfverweigerern im Sinne dessen, aktiv zu sagen, das wollen wir nicht, und wir werben auch gegen die Impfung, und da kann ich nur das wiederholen, was ich gerade gesagt habe, dass uns derartige Äußerungen an Schulen nicht bekannt sind, das heißt, sie sind eben auch nicht an uns herangetragen worden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Inwieweit gibt es denn überhaupt Handlungsmöglichkeiten, wenn Lehrerinnen oder Lehrer beispielsweise in diesem angeführten Blog einen privaten Text verfassen, dagegen vorzugehen oder das für die schulische Arbeit zu werten, unabhängig davon, ob man das jetzt teilt, was dort steht, oder nicht?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Das ist insgesamt ein weites Feld. Natürlich werden an Lehrpersonal besondere Anforderungen gestellt, was die Einhaltung und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung angeht, aber es gibt eine ganze Menge Menschen in Bremen und Bremerhaven, die glauben spezielle Dinge, die ich nicht teile, die vielleicht auch Sie nicht teilen, und das ist sehr unterschiedlich, und das, finde ich, muss man den Leuten auch nicht nehmen, und sie dürfen sie auch äußern. Sie dürfen sie eben nur nicht dafür benutzen, kontrafaktisch und gegen wissenschaftliche Erkenntnisse mit Schülerinnen und Schülern oder Kindern oder eben in anderen Zusammenhängen zu arbeiten.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Wie stellt sich der Sachstand bei den Kaisenhäusern dar?

Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

vom 14. September 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele bewohnte und unbewohnte Kaisenhäuser gibt es in Bremen?
2. Wer übernimmt die Pflege und die Kosten für die Flächen unbewohnter Kaisenhäuser, und welche Kosten entstehen dadurch jährlich?
3. Wie viele unbewohnte Kaisenhäuser sollen in den nächsten zwei Jahren abgerissen werden?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es gibt derzeit noch insgesamt etwa 1 000 Behelfsheime, davon werden rund 150 von Auswohnberechtigten bewohnt, sogenannten Kaisen- und Kudella-Auswohner:innen. Daneben gibt es eine nicht genau bekannte, aber vergleichbare Größenordnung an illegalen Wohnnutzungen, die

nicht mit einem entsprechenden Status der Auswohnberechtigung versehen sind.

Zu Frage 2: Seit 2015 dürfen Behelfsheime in Dauerkleingärten und sonstigen Kleingärten im Sinne des Bundeskleingartengesetzes für kleingärtnerische Zwecke weiter genutzt werden. Kleingärtnerische Nutzung heißt, dass die Behelfsheime wie eine Gartenlaube genutzt werden dürfen, also zum Beispiel für die Aufbewahrung von Geräten und Gartenerzeugnissen sowie für kurzfristige Aufenthalte aus Anlass von Gartenarbeiten oder für Freizeit und Erholung im Garten. Der Abbruch der Gebäude nach Aufgabe der Wohnnutzung wird derzeit nicht gefordert. Diese Regelungen sind auch Bestandteil der aktuell geltenden Dienstanweisung DA 422. Daher gibt es zum einen Flächen mit unbewohnten Behelfsheimen, die weiterhin vom jeweiligen Eigentümer oder Pächter gepflegt und unterhalten werden, und zum anderen Flächen mit Behelfsheimen, die gar nicht mehr genutzt werden und brachliegen.

Verantwortlich für den Zustand der Grundstücke sind die Eigentümer beziehungsweise Pächter, soweit es diese für unbewohnte Kaisenhäuser gibt. Für die städtischen Flächen sind überwiegend die jeweiligen Kleingartenvereine als Pächter beziehungsweise der Landesverband der Gartenfreunde als Generalpächter zuständig, in Einzelfällen auch die Stadt unmittelbar. Die Pflegemaßnahmen beschränken sich im Wesentlichen auf reine Sicherungsmaßnahmen, insbesondere für die Verkehrssicherheit der Bäume, den Rückschnitt des Rahmengrüns, Absperrungen et cetera. Da diese nicht grundstücksbezogen erfasst werden, ist eine Angabe von jährlichen Kosten für die Pflege brachliegender Flächen mit Kaisenhäusern nicht möglich. Die Leerstandsproblematik mit Vermüllung, Verwahrlosung, Verfall ist auch ein Handlungsfeld im Kleingartenentwicklungsplan, der sich aktuell in der Aufstellung befindet.

Zu Frage 3: Mit dem laufenden Auftrag über Abbrüche von maroden Behelfsheimen in den Jahren 2021 und 2022 werden 14 Abbrüche durchgeführt. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden auch in den nächsten Jahren kontinuierlich weitere Abbrüche von maroden Kaisenhäusern, den Schrottimmobilien, erfolgen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Meine Frage lautet: Welche Nachnutzung ist für die Flächen angestrebt, bei denen die Häuser abgerissen werden?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist ganz unterschiedlich. Zum Teil werden sie an neue Pächter vergeben, aber wir sind gerade auch im Westen dabei, auch solche Grundstücke aktiv zusammenzuziehen. Ich konnte mir das im Rahmen des Landeswettbewerbs des Landesverbandes der Gartenfreunde vor gut einem Monat selbst anschauen, dort sind 20 Parzellen zusammengefasst worden zu einer großen Gemeinschaftsfläche, wo unterschiedlichste Pächter im gemeinschaftlichen Gärtnern die ganze Fläche bewirtschaften; also entweder an Pächter selbst oder eben auch im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen, öffentlichem Grün, ganz unterschiedlich.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Frau Bürgermeisterin, wie gehen Sie mit illegal bewohnten Häusern um?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben ja keine genauen Angaben darüber, wie viele wirklich illegal bewohnt sind. Wir haben einmal die berechtigten, die Auswohnberechtigten, die dort bis zu ihrem Lebensende wohnen dürfen, aber es ist schwierig zu überprüfen, wer dann am Ende in dem Kaisenhaus oder in einer Gartenlaube doch übernachtet. Deswegen, wir haben einen sehr prominenten Fall, da ist das Haus damals abgerissen worden, aber in der Regel versuchen wir, erst einmal darauf hinzuwirken, dass dort auch gar nicht mehr illegal gewohnt wird. Mir liegen derzeit auch keine wirklichen bekannten Fälle vor.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Es gibt also bewohnte und unbewohnte Häuser, also so, wie ich Sie verstanden habe, auch Leute, die dort berechtigt wohnen. Ist es auch möglich, seine Wohnadresse da zu melden, wenn man da nicht berechtigt wohnt? Wird das überprüft?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: So ist man ja dann bei dem einen Fall auch damals darauf gekommen, dass es keine Berechtigung gibt. Wenn sich jemand die Post dorthin liefern lässt oder das dann möglicherweise als Meldeadresse angibt,

dann fällt das natürlich auf, gerade bei denen, die keine Berechtigung haben.

Ich will einmal erwähnen, es gibt den Wunsch von verschiedenen Kleingartenvereinen, ob ihr Kleingartengebiet nicht auch zu einem Wochenendhausgebiet umgewandelt werden kann. Es gibt schon den Wunsch von einigen, dass man dort auch ganz legal sein Wochenende verbringen darf, dass man dort auch einmal übernachten darf. Das darf man in der Gartenlaube eben nicht, das ist der Unterschied, und da sind wir gerade dabei, zu prüfen, wo das möglich ist, denn das ist schon ein Wunsch aus der letzten Legislaturperiode gewesen, so etwas zu ermöglichen, damit Menschen dort legal ihre Freizeit verbringen, aber eben auch übernachten können.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Arno Gottschalk. – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Bürgermeisterin, gefühlt beschäftigen wir uns schon mindestens zehn Jahre mit dem sukzessiven Abriss der Kaisenhäuser, die für den Abriss bestimmt sind. Können Sie sagen, wie viele da jetzt noch übrig sind?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, das liefere ich gern nach, bevor ich Ihnen etwas Falsches erzähle, aber es sind schon noch Hunderte von Kaisenhäusern, die auf dieser Liste stehen. In der Vergangenheit war auch immer viel zu wenig Geld da, um den sogenannten Kudella-Beschluss umzusetzen, der ja besagte, nur Auswohnberechtigte dürfen dort wohnen, alle anderen Kaisenhäuser müssten bereinigt werden, so hieß es offiziell, also abgerissen werden. So viel Geld war nie da, aber die Abrissverfügungen waren unterschrieben, und deswegen gibt es ja das Problem der Schrottimmobilien, und das wollen wir gemeinsam durchbrechen.

Deswegen bin ich schon froh, dass es diese Dienstweisung gibt, die ja besagt, man muss sie nicht mehr abreißen, wenn man sie nicht als Wohnung benutzt, aber zumindest als Gartenlaube weiter nutzt, weil wir gemerkt haben, wir werden dem nicht Herr, und wenn wir erst einmal Schrottimmobilien und verwahrloste Gärten haben, dann hat das immer negative Folgen auf die ganze Nachbarschaft und dann auf das ganze Vereinsgelände. Das ist der Grund, warum wir wirklich nur noch richtige Schrottimmobilien abreißen, aber nicht

Kaisenhäuser, die man noch gut in einem guten Zustand weiter als Gartenhaus nutzen kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Sie sagten, wir haben noch Hunderte, und Sie sprechen das Problem der Kosten an. Was kostet denn der Abriss so eines Gebäudes ungefähr, damit man einmal eine Größenordnung hat, in welchem Ausmaß es finanziell eine Herausforderung ist?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das hängt immer ein bisschen davon ab, was wir vorfinden, muss man ehrlicherweise sagen. Es können 30 000 Euro sein, es kann aber auch wesentlich mehr sein. Das hängt davon ab, haben wir Asbest auf dem Gelände, haben wir Öltanks, die wir vorfinden, oder ist es einfach nur ein Kaisenhaus, das man gut bereinigen möchte, und das ist etwas, wo wir auch gerade im intensiven Austausch mit dem Landesverband der Gartenfreunde sind. Bei der Frage, wenn wir die Kaisenhäuser jetzt langfristig legalisieren wollen, haben die Kleingartenverbände immer wieder Angst – und das kann ich gut nachvollziehen –, was ist, wenn doch einmal ein Haus abgerissen wird und wir einen Öltank finden, der dort aber gar nicht legal eingebaut wurde, und er bleibt auf den Kosten sitzen. Das versuchen wir gerade zu klären, und deswegen: Es gibt nur ungefähr eine Größenordnung, und wenn es Sondermüllentsorgungen gibt, wird es ungleich teurer.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Wann wird entlang der Ihle der Hochwasserschutz gewährleistet?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

vom 14. September 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie stellt sich der aktuelle Sachstand für die Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Ihle in Burglesum dar?

2. Wann wird mit der Umsetzung begonnen, und wann soll die Maßnahme fertiggestellt sein?

3. Wie haben sich die geschätzten Baukosten seit Vorstellung des Planentwurfs im Jahr 2017 entwickelt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Ergebnisse der im letzten Jahr beauftragten Aktualisierung der hydraulischen Berechnungen, die als Grundlage zur Bemessung des Hochwasserrückhaltebeckens dienen, liegen nun vor. Auf deren Basis sowie aufgrund der zwischenzeitlich durchgeführten Baugrunduntersuchungen werden die bisherigen Planungen überarbeitet. Die überarbeiteten Planungen sollen nach jetzigem Stand im Sommer 2022 vorliegen.

Zu Frage 2: Nach aktueller Zeitplanung soll im Herbst 2023 mit dem Bauentwurf begonnen werden. Nach Prüfung des Entwurfs werden die Planfeststellungsunterlagen erstellt und das dazugehörige Planfeststellungsverfahren wird dann im Frühjahr 2024 eingeleitet. Nach etwa einem Jahr ist mit einem Planfeststellungsbeschluss zu rechnen. Dann übernimmt der Deichverband am rechten Weserufer die weiteren Planungen, unter anderem die Ausschreibung der Ingenieurleistungen zur Erstellung der Ausführungsplanung und die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen. Anfang 2027 ist nach jetziger Zeitplanung mit dem Baubeginn zu rechnen.

Zu Frage 3: Da die Planungen erst noch überarbeitet werden, liegt keine aktuelle Kostenschätzung vor. Es kann daher noch keine Aussage zu einer möglichen Kostensteigerung getroffen werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Im Jahr 2017 wurde das dem Beirat vorgestellt, natürlich auch den Anwohnern, im Jahr 2019 sollte das ganze Verfahren beginnen, jetzt sprechen Sie von 2027. Wann hätte die Behörde denn den Beirat und die Anwohner davon in Kenntnis gesetzt, dass es jetzt zu einer mindestens achtjährigen Verzögerung kommt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich habe die Fragestunde nicht sprengen wollen. Ich hätte Ihnen

jetzt die einzelnen Verfahrensschritte aufzählen können, die ehrlicherweise schon seit 2013 beziehungsweise 2014 durchgeführt worden sind, dann würden wir hier aber eine halbe Stunde stehen, glaube ich. Das erspare ich jetzt jedem, aber Fakt ist, dass auch immer wieder nachgebessert werden musste, weil es unterschiedliche Varianten gab, das gehört auch dazu. Eine Spundwandvariante war einmal die Vorzugsvariante, sie wurde dann aber nicht anerkannt, deswegen ist es dann zu einer Begrünungsvariante gekommen. Insofern ist das, was wir jetzt vorliegen haben, nach meinem Kenntnisstand das aktuelle Verfahren, das natürlich noch dem Beirat vorgestellt werden muss, das ist klar. Aber auch im Jahr 2013 – –. Ich finde es auch sehr lange, das kann ich einmal so sagen, das will ich auch gar nicht schönreden, man weiß eben trotz alledem, wenn es ein Planfeststellungsverfahren ist, ist das ja doch ein standardisiertes, aufwendiges Verfahren.

Wenn ich das jetzt doch einmal sagen darf: Im Jahr 2022 liegen die Planungen vor, dann gibt es eine Finanzierungsprüfung bis August 2022, dann ist im August 2022 eine Befassung des Beirats und der Deputation vorgesehen, dann gibt es den Bauentwurf, die Prüfung des Bauentwurfs, Erstellung der Planfeststellungsunterlagen, Vorprüfung der Planfeststellungsunterlagen und Einarbeitung von Änderungen Planfeststellungsverfahren, Übergabe, dann Finanzierungsantrag, da wird man erst 2025 wissen, wie es weitergeht – das war ja Ihre Frage! –, Vergabe von Ingenieurleistungen 2025, die Ausführungsplanung muss vorgelegt werden, dann die Vorbereitung der Vergabe, dann das Ausschreibungsverfahren Bau, und dann ist der Baubeginn. Das ist lang, ich teile diese Auffassung, aber das ist das übliche Verfahren, das ich Ihnen jetzt einfach nur aufzähle.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Frau Senatorin, wie beurteilen Sie es, dass dem Beirat der Planentwurf im Jahr 2017 vorgestellt wurde und dort die Zahl 2019 als Umsetzungszeitpunkt genannt wurde?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich kann Ihnen sagen, 2017, das könnte ich jetzt auch noch einmal nachschauen – genau: im März Vorstellung der Vorplanung im Beirat. Das war allerdings die Vorplanung, da gab es drei Varianten. Ergebnis war, Variantenentwicklungen, die die Belange des Sportvereins besser berücksichtigen, ähnliche

Rückmeldungen kamen auch von der Naturschutzbehörde, und dann wurde noch einmal eine Variante, nämlich eine Spundwandvariante entwickelt, die weniger Platz als ein Gründeich benötigte. Das war die Vorzugsvariante. Da ist dann offensichtlich – ich war in der Beiratssitzung nicht dabei, deswegen kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob das im Jahr 2019 losgehen sollte – diese Vorzugsvariante, und da sind auch schon im Jahr 2017 Unterlagen bei der Finanzierungsstelle, es soll ja aus GEP-Mitteln finanziert werden, eingereicht worden.

Das Prüfergebnis ist geprüft worden, und dann kam es dazu, dass diese Vorzugsvariante eben nicht aus den GEP-Mitteln finanziert werden sollte, es ist negativ beschieden worden, sodass es dann eben wieder eine Planänderung geben musste hin zu dieser Gründeichvariante.

Dann gab es einen Hinweis auf unklare Bodenverhältnisse, die Standfestigkeit des Regenrückhaltebeckens musste neu geprüft werden, und dann musste ein höheres Bemessungsereignis herangezogen werden. Also, ich verstehe die Fragezeichen, die Sie haben, die habe ich auch, aber wenn ich mir das –. Ich gebe Ihnen das auch gern noch einmal mit, damit ich das jetzt nicht alles noch weiter im Detail aufführen muss, aber wenn Sie sich das durchlesen, dann ist in der Zwischenzeit sehr viel gemacht worden. Allerdings ist auch immer wieder eine neue Erkenntnis dazugekommen, die eben dazu führte, dass das Ganze immer wieder geändert werden musste, sodass es am Ende, da es eine Planfeststellung benötigt, zu dieser Verzögerung führte.

Ich finde das nicht glücklich, ich glaube, wir beide nicht, aber ich entnehme zumindest diesen ganzen zeitlichen Abläufen, dass man ständig an diesem Thema dran war, es aber eben seine Zeit braucht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wie kann man denn die Anrainer jetzt bis 2027 schützen, wenn bei einem Hochwasserereignis die ganzen Wiesen schon überflutet sind, damit die Häuser nicht in Mitleidenschaft gezogen werden?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Erst einmal ist es entscheidend, zu wissen, wann ein Hochwasser kommt. Wir haben das ja jetzt gerade gesehen, und gestern hat die Umweltministerkonferenz dazu noch einmal sehr ausgiebig diskutiert, dass wir ein

Frühwarnsystem brauchen, damit man Häuser besser schützen kann. Sicherlich gibt es mobile Schutzmöglichkeiten, und das, was wir jetzt machen, ist ja wirklich auch noch einmal eine Anpassung nach den ganzen IPCC-Berichten, wo wir noch einmal on top etwas daraufgeben, damit die Häuser vor Hochwasser gut geschützt sind. Ich liefere Ihnen das gern nach, weil uns der Schutz der Häuser natürlich auch am Herzen liegt, wie man dann in dem konkreten Fall damit umgehen kann.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Zukunft des Bunkers C178 auf dem ehemaligen Vulkangelände in Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 14. September 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie sind die derzeitigen Besitzverhältnisse des Bunkers C178 auf dem ehemaligen Vulkangelände in Vegesack?
2. Inwiefern sind dem Senat Bemühungen einer Musiker:inneninitiative zur erneuten kulturellen Nutzung der Liegenschaft bekannt?
3. Wann ist mit dieser Nutzung aus Sicht des Senats zu rechnen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Grundstück befindet sich in Privatbesitz. Eine konkretere Namensnennung des Eigentümers an Dritte ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Zu Frage 2: Es wurde für die Nutzung des Bunkers eine Genehmigung erteilt. Die Genehmigung umfasst Lagerräume mit Galerie und Mehrzweckraum – einen Musiker-Übungsraum – sowie einen Schulungsraum, also Musiker-Übungsraum.

Zu Frage 3: Die Räumlichkeiten werden von einer Musiker:inneninitiative genutzt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass über die genannten Nutzungspunkte hinaus die besagte Musiker:inneninitiative gern auch an frühere Zeiten, an die sogenannte Bunker-Disse, also an öffentliche Veranstaltungen, anknüpfen würde?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich bin nicht die Kultursenatorin, wenn ich das einmal so sagen darf, deswegen ist das nicht bekannt. Die Bunker-Disse ist mir sehr wohl als Nordbremerin bekannt. Ich weiß, dass damals – das fand ich auch sehr schade, weil die Bunker-Disse sehr beliebt war – aus Gründen des Brandschutzes ihr Weiterbetrieb nicht mehr gestattet war, so mein letzter Kenntnisstand. Deswegen weiß ich nicht, ob es die Bestrebungen gibt. Wenn es wieder solche Wünsche gibt, dann werden Sie das ja bestimmt an mich oder den Kultursenator noch einmal weitervermitteln, aber ich glaube, dann wird man auch wieder schauen müssen, wie sieht es mit einem Brandschutzkonzept aus. Damals hat, glaube ich, nach meiner Erinnerung die Bauordnung bemängelt, dass es dort im Falle eines Feuers oder eines Feueralarms nicht genügend Sicherungswege nach draußen gab.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass die besagte Initiative genau deshalb seitdem sehr viel Geld in die Erneuerung des Gebäudes gesteckt hat und tatsächlich auch, um eine neue Feuerterre zu schaffen, sie aber arge Mühe hatte, jetzt schon über einen längeren Zeitraum, diese Feuerterre abnehmen zu lassen und zwischen Bauamt und dem vom Vermieter eingesetzten Verwalter immer hin- und hergeschickt wurde?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist mir nicht bekannt. Wenn es da Probleme gibt, dann muss man wirklich sehen, dass man da noch einmal vermittelt. Ich kenne jetzt nicht die Hintergründe. Das ging ehrlicherweise aus Ihren Fragen auch nicht hervor, sonst hätte ich mich besser darauf vorbereiten können, aber wenn es dort Probleme mit der Feuerschutzterre gibt – und ich habe ja der Antwort entnommen, dass der Bunker durchaus künstlerisch genutzt wird, mit Übungsräumen,

Mehrzweckräumen und einer Galerie –, dann muss man einfach noch einmal schauen, ob man da vermittelnd wirken kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wann ist denn die in den Antworten angegebene Nutzungserlaubnis erteilt worden? Die besagte Initiative ist nämlich genau deshalb auf uns zugekommen, weil sie zu lange nicht erteilt wurde.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen. Auch da war das ehrlicherweise nicht so richtig aus Ihren Fragen ersichtlich. Ich stehe jetzt gern noch länger hier und beantworte Fragen, aber, wie gesagt, ich bin nicht Vertreterin für das Kulturressort und habe von diesen Wünschen auch in der Vergangenheit noch nicht unmittelbar etwas als Bausenatorin gehört. Ich würde deswegen vorschlagen, sonst machen wir einen gesonderten Termin, auch gern mit den Künstlerinitiativen und dem Bauamt, um die Fragen zu klären.

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Das ist ein guter Vorschlag!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: Instandsetzung und Erneuerung von Spielflächen

Anfrage der Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solweig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. September 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der Anteil der Kosten für den Kampfmittelräumdienst bei der Herrichtung von Spielplätzen?
2. Welche Mittel werden dafür eingesetzt, und gibt es weitere Posten, wie zum Beispiel Beleuchtung, Kanalerneuerung, Wege, Grünschnitt oder Ähnliches, die bei der Herrichtung anfallen?

3. Welche Auswirkungen haben diese Kosten hinsichtlich des Budgets für die Erneuerung von Spielgeräten und Spielflächen insgesamt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei der Neuanlage eines Spielplatzes oder bei Umbauten, bei denen Bodenarbeiten zu verrichten sind, prüft die Polizei den Verdachtsfall auf Kampfmittel aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, wie Munition oder Blindgänger. Bei Baumaßnahmen, bei denen ein Kampfmittelverdacht vorliegt und die aufgrund ihrer Größe und Dauer nicht vom Kampfmittelräumdienst bearbeitet werden können, wird ein externes Unternehmen beauftragt. In einem solchen Fall fallen in der Regel Kosten in Höhe von 5 000 bis 6 000 Euro an. Der Aufwand im Einzelfall wird bestimmt durch die Anzahl und das Risikopotenzial der Funde sowie insbesondere die Beschaffenheit des Untergrundes.

Diese Arbeiten gehören zu den Baunebenkosten bei der Herstellung der Fläche und werden vom jeweiligen Planungsunternehmen beauftragt, in den meisten Fällen ist dies der Umweltbetrieb Bremen. So sind im Jahr 2020 bei der Neugestaltung des Spielplatzes Dockstraße in Gröpelingen für die Bodenanalyse und Räumarbeiten beim beauftragten Unternehmen Kosten in Höhe von etwa 21 000 Euro entstanden, die Gesamtkosten der Neugestaltung lagen bei rund 160 000 Euro. Das entspricht einem Anteil von etwa 13 Prozent. Diese sind im Rahmen der Investitionskostenplanung berücksichtigt. Im Jahr 2020 war bei 17 Neugestaltungen achtmal eine Kampfmittelsondierung und -räumung erforderlich. Dabei sind überdurchschnittlich hohe Kosten von insgesamt circa 92 000 Euro entstanden, weil die Räumung von einzelnen Spielplätzen mit höherem Aufwand verbunden war.

Zu Frage 2: Die Beseitigung der Kampfmittel sowie alle weiteren Kosten zur Erschließung der Baufläche sind Teil der Herstellungskosten eines Spielplatzes. Finanziert werden sie aus der Haushaltsstelle „Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung“. Das Volumen dieser Haushaltsstelle betrug im Jahr 2020 und 2021 jeweils 1,5 Millionen Euro gegenüber 1,025 Millionen im Jahr 2019. Zu den Erschließungsleistungen gehören unter ande-

rem die Herrichtung der Zuwegung für die Pflegefahrzeuge, Gehölz- und Grünschnitt, die Entwässerung, Bodenarbeiten, wie zum Beispiel die Nachverdichtung, und Kanalarbeiten. Zu diesen Leistungen zählen auch die Kampfmittelsondierung und -räumung.

Zu Frage 3: Die Beseitigung von Kampfmitteln ist bei der Herstellung von Spielflächen für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit von zentraler Bedeutung und daher unerlässlich. Das gleiche gilt für die Erschließung des Geländes. Diese Kosten sind daher grundsätzlich bei der Anlage und Erneuerung von Spielflächen eingeplant. In Einzelfällen kommt es jedoch aufgrund der Schwere der zu beseitigenden Gefahrenlage oder des hohen Aufwands der Sondierung zu so hohen Mehrkosten, dass sich Projekte aufgrund dessen stark verzögern können. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Stimmen Sie mir zu, Frau Senatorin, dass es uns gelungen ist, trotz des hohen Aufwands viele Spielplätze fit gemacht zu haben?

Senatorin Anja Stahmann: Ja, dem kann ich zustimmen! Es ist uns durch die Bereitstellung der Haushaltsmittel in diesem Bereich gelungen, dass wir – –. Wir hatten ja einige Debatten in den vergangenen Jahren, Frau Ahrens, die hinter mir sitzt, hat das ja auch in Debatten bemängelt, ich sage einmal, unter dem flotten Spruch „backe, backe, Hundekacke“. Ich glaube, die Zeiten haben wir hinter uns gelassen, und wir haben jetzt eine Vielzahl von Spielplätzen, die in einem guten und auch sehr guten Zustand sind, und da müssen wir aus meiner Sicht weitermachen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie uns denn verraten, ob Sie einen Lieblingsspielplatz in Bremen haben?

Senatorin Anja Stahmann: Das ist eine schwierige Frage. Also, es gibt den Hubschrauberspielplatz in Hemelingen, den kann ich denjenigen empfehlen, die dort wohnen. Ein schöner Spielplatz ist aber an der Grohner Düne, den durfte ich mit Frau Dr. Bogedan und Frau Dr. Schaefer einweihen, ich glaube, da haben alle Altersstufen von null bis

99 Jahren und darüber hinaus auch noch ihren Spaß.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 8: Vergabeverfahren zur temporären Transformation der Martinstraße
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 22. September 2021**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit gab es ein Vergabeverfahren für den Prozess der temporären Umgestaltung der Martinstraße, und welche Art von Teilnahmewettbewerb wurde bei dem Verfahren angewandt?

2. Nach welchen konkreten Kriterien und Maßstäben wurden die Bewerber bei dem Vergabeverfahren bewertet und ausgewählt?

3. Bestehen oder bestanden insbesondere im Vorfeld des Vergabeverfahrens persönliche Verbindungen zu „Sternkultur UG (haftungsbeschränkt)“, falls ja, welcher Art sind diese, und inwiefern hat dies das Vergabeverfahren beeinflusst?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Vergabe erfolgte im Verhandlungsverfahren nach § 2 Absatz 1 Ziffer 2 des Bremischen Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen. Gemäß § 12 Unterschwellenvergabeordnung wurden drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert.

Zu Frage 2: Folgende Bewertungskriterien wurden angesetzt und im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe den Bietern schriftlich dargelegt: 30 Prozent Preis, 30 Prozent Erfahrung mit der Organisation, Koordination und Durchführung ähnlicher Veranstaltungen, 30 Prozent Darstellung des Projektmanagements zur Einhaltung des kritischen Zeitpfades es zur Umsetzung und zehn Prozent

Darstellung der Kompetenz und Erfahrung im Bereich der Projektkommunikation.

Zu Frage 3: Seitens der am Vergabeverfahren beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestanden im Vorfeld des Vergabeverfahrens keine persönlichen Verbindungen zu den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Gab es denn auch die Möglichkeit – weil Sie in Ihrer Antwort zu Frage 1 gesagt haben, es wurden drei Unternehmen aufgefordert –, sich als nicht aktiv aufgefordertes Unternehmen trotzdem zu bewerben, oder konnten sich tatsächlich nur die drei mit ihrem Angebot vorstellen, die aktiv aufgefordert worden sind?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich selbst habe jetzt erlebt in einem anderen Verfahren, das gar nichts mit Verkehrspolitik zu tun hat, wie schwierig es ist, wirklich solche Firmen/Unternehmen zu bekommen, die in dieser Kreativszene unterwegs sind. Ich war damit gar nicht befasst, deswegen kann ich Ihnen nicht explizit sagen, ob noch mehr als diese drei angefragt worden sind oder ob man sich hätte aktiv beteiligen können.

Wir haben sogar überlegt, ob man – das war ja auch ein Teil Ihrer Frage – einen Teilnahmewettbewerb durchführt. Allerdings ist es so, dass wir in Abstimmung mit der zentralen Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen bestimmt haben – sie sitzt bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa –, dass man eben nicht so einen Teilnahmewettbewerb macht, sondern, weil der Schwellenwert ja coronabedingt auf 100 000 Euro hochgesetzt worden ist – vorher lag er bei 50 000 Euro, 50 000 Euro werden wahrscheinlich noch nicht einmal ausgeschöpft werden –, ist das übliche Verfahren, das Gesetz habe ich Ihnen ja genannt, dass man drei Angebote einholt. Also, ich kann Ihnen gar nicht sagen, ob noch jemand anderes hätte dazukommen können, er wäre sicherlich willkommen gewesen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Erst einmal herzlichen Dank für die Antwort! Vielleicht können

Sie das noch einmal nachliefern, das würde mich auch für die folgenden Prozesse interessieren.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das mache ich gern!)

Ich habe noch eine Nachfrage zu Frage 3: Sie sagten, dass niemand, der am Vergabeverfahren beteiligt war, persönliche Verbindungen zu „Sternkultur“ hatte. Gibt es denn bei Ihnen darüber hinausgehend Kenntnisse, dass andere Personen, sei es aus dem Senat/aus den Reihen der Fraktionen, persönliche Verbindungen dorthin hatten? Haben Sie darüber Kenntnisse?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Also, ich habe keine Kenntnisse. Ich selbst habe von der Vergabe erst erfahren, als die Planungen sozusagen schon in vollem Gange waren. Mir sind die konkreten Aktionen, die dann auch gelaufen sind und immer noch laufen, vorgestellt worden. Die Mitarbeiter, die bei der Vergabe involviert waren, haben garantiert keine persönlichen Verbindungen zu „Sternkultur“, und meines Erachtens auch sonst keiner. Mir ist es zumindest nicht bekannt, und die Abgeordneten waren bei der Vergabe überhaupt nicht beteiligt.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 9: Verzicht auf Standgebühren für den Bremer Weihnachtsmarkt
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Oktober 2021**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie gestalten sich die Planungen und Vorbereitungen für den diesjährigen Bremer Weihnachtsmarkt?
2. Hält der Senat eine Befreiung von Standgebühren für den Bremer Weihnachtsmarkt in diesem Jahr für sinnvoll?
3. Inwieweit plant der Senat, auf Standgebühren für den diesjährigen Bremer Weihnachtsmarkt zu verzichten und Standbetreiber:innen Flächen kostenfrei zu überlassen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit werden verschiedene Aufbauvarianten, unter anderem mit kleineren Karrees und freien Flächen, diskutiert, um Abstandsregeln und Empfehlungen einhalten zu können. Vorgesehen ist die stärkere Nutzung des Hanseatenhofs und des Ansgarikirchhofs. An stark frequentierten Ausschankbetrieben sollen Aufenthaltsflächen eingerichtet werden.

Anders als bei der Osterwiese und beim Freimarkt lässt sich das Veranstaltungsgelände nicht einzäunen, da es sich im Innenstadtbereich auf mehreren Plätzen befindet, die auch von Besucherinnen und Besuchern der Innenstadt genutzt werden, die den Weihnachtsmarkt nicht besuchen.

Über ein Schutz- und Hygienekonzept, angepasst an die pandemische Entwicklung und an die Bestimmungen der aktuellen Coronaverordnung, befinden sich die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz im engen Austausch.

Zu Frage 2 und 3: Die Schaustellerinnen und Schausteller, aber auch das teilnehmende Kunsthandwerk sind durch den Ausfall diverser Volksfeste und Märkte, auf denen sie üblicherweise ihre Einnahmen generieren, massiv betroffen und haben erhebliche wirtschaftliche Einbußen erlitten. Der Verzicht auf die Gebühren erscheint daher, wie auch schon bei der verschobenen Osterwiese und dem Freimarkt, als Unterstützungsmaßnahme geboten. Auch das Ordnungsamt wird in diesem Zusammenhang bei den Sondernutzungserlaubnissen für die Glühweinstände auf Standgebühren verzichten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wie sehen Sie, Herr Staatsrat, die Chance, weil der Flächenbedarf ja größer ist und durch die corona- und pandemiebedingten Aufbauten weniger Stände kommen, mit dem Klimacamp zu reden, ob man bereit ist, es zeitweise zu verlegen?

Staatsrat Sven Wiebe: Zunächst einmal vorweg: Das Klimacamp ist, glaube ich, eine wichtige Aktion, es hat durchaus seine Berechtigung, mehr denn je,

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Ist das die Meinung des Senats?)

und auch an diesem Standort, wo die politischen Entscheidungsträger sitzen. Insofern wird es von unserer Seite aus keine Aktivitäten geben, um das Klimacamp mit rechtlichen Mitteln oder anderem Druck zu verdrängen, aber wir sind in Gesprächen mit dem Klimacamp, um vielleicht zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, was die Verlegung an einen anderen Standort angeht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): In den vergangenen Jahren haben die Schausteller beim Weihnachtsmarkt auch immer die Dekoration übernommen, zum Beispiel diese große Weihnachtstanne, die dort stand, mit 10 000 Euro. Wie sehen Sie die Chancen, dass wir in diesem Jahr an der Stelle auch die Schausteller entlasten, weil wir ja in Bremen trotzdem eine Weihnachtsdekoration haben wollen?

Staatsrat Sven Wiebe: Genau! Das würde ich jetzt einmal so analog wie bei der Gebührenbefreiung sehen, wenn sich das rechtlich gestalten lässt, dass wir auch da den Schaustellern entgegenkommen, und wir sind darüber im Gespräch. Ich habe da eine große Bereitschaft, auch die Kosten zu übernehmen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 10: Kosten der Internatsplätze für die zukünftige Eliteschule des Sports an der Ronzelenstraße

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 6. Oktober 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch werden die Kosten für die geplante Anmietung der Internatsplätze in der Mary-Astell-Straße 4 für die Eliteschule des Sports an der Ronzelenstraße in den nächsten zehn Jahren prognostisch ausfallen?

2. Welche Grundlagen hat die Senatorin für Kinder und Bildung bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen herangezogen, insbesondere, wurde der Kauf oder die Miete vergleichbarer Objekte hierbei geprüft?

3. Welche Kosten in welcher Höhe wären für die gleiche Anzahl angemieteter Internatsplätze im von der Sportstiftung Bremen geplanten Haus der Athleten in den kommenden zehn Jahren prognostisch entstanden?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anmietung von acht Appartements plus Gruppenraum wird mit jährlichen Kosten von 54 000 Euro plus Nebenkosten in Höhe von 9 120 Euro veranschlagt. Eine lineare Hochrechnung würde bedeuten, dass in zehn Jahren 540 000 Euro für die Anmietung und 91 200 Euro für die Nebenkosten, also insgesamt 631 200 Euro, zu veranschlagen wären. Die Steigerungsrate für die Nebenkosten kann nicht abgeschätzt werden.

Zu Frage 2: In der Mary-Astell-Straße 4 sind acht Appartements plus Gruppenraum vorgesehen. In dieser Konstellation war kein weiteres Angebot verfügbar. Der Quadratmeterpreis beträgt für diese Appartements circa 20 Euro. Der Quadratmeterpreis für einzelne Appartements in vergleichbarer Größe und Lage beträgt nach intensiver Internetrecherche rund 25 Euro. Der Kauf einer Immobilie hätte immer eine langfristige Bindung bedeutet. Auch für das Angebot der Sportstiftung Bremen hätte die Senatorin für Kinder und Bildung eine zehnjährige Bindung eingehen müssen. Eine Campuslösung an der Ronzelenstraße wäre damit nicht mehr möglich gewesen. Diese Option bleibt ohne eine langfristige Bindung zumindest erhalten.

Zu Frage 3: Die Sportstiftung Bremen hatte 2020 ein Angebot für acht Internatsplätze im Zusammenhang mit dem Kauf einer Immobilie gemacht. Für die Anmietung inklusive Nebenkosten wären für die Dauer von zehn Jahren circa 852 000 Euro

zu veranschlagen gewesen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Die Zahlen jetzt so schnell im Gehirn schnell zu verarbeiten, das überfordert mich, aber ich werde sie mitnehmen. Eine Frage bleibt aber auf jeden Fall: Warum hat sich der Senat in dieser Sache für eine Lösung entschieden, die anders als das ursprüngliche Unterbringungskonzept für das Haus der Athleten nicht nachhaltig ist? Hätten wir das Haus der Athleten, wie es die Sportstiftung konzipiert hatte, realisiert, dann wären die Kosten durch Zinsen und Tilgung immer geringer geworden, und der Wert der Immobilie hätte ja am Ende dem Bremer Sport zur Verfügung gestanden. Das ist in der Gesamtrechnung eigentlich nicht enthalten. Die Wohnungen – –.

Präsident Frank Imhoff: Sie müssen das schon als Frage formulieren und nicht – –!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ja, meine Frage lautet: Warum hat sich der Senat nicht für eine nachhaltige Lösung, sprich eine dauerhafte Anmietung anstatt für einen Kauf, entschieden?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Gesamtkosten für die Dauer von zehn Jahren betragen circa 852 000 Euro, und das ist ja die Summe, die wir für die Dauer von zehn Jahren ermittelt haben, also je nachdem, wie sich das weiterentwickelt. Deshalb ist die Frage, wie sich möglicherweise Zins und Tilgung in der Frage ausgewirkt hätten. Ich kann nur sagen: Am Ende kommt da ein bestimmter Betrag heraus, wenn man alles zusammenrechnet, und der beträgt 852 000 Euro.

Nachhaltig: Wir streben ja tatsächlich eine Campuslösung mit der sportbetonten Oberschule an der Ronzellenstraße an, um eben an der Stelle eine nachhaltige und langfristige dauerhafte Lösung zu ermöglichen. Das ist leider noch nicht der Fall, noch nicht fertig, ich glaube, das bedauern wir alle gemeinsam. Herr Strohmann lächelt schon wieder, weil es um die Frage geht, wie lange dauert eigentlich was,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

aber deshalb ist das das Ziel, das wir anstreben, und deshalb hoffen wir, dass wir da zügig vorankommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ja, das unterstützen wir auch, aber trotzdem – ich gehe einmal davon aus, dass das Thema hier noch einmal behandelt werden wird – eine Frage: Gibt es einen Grund, warum die Sportstiftung in die aktuellen Planungen nicht mit einbezogen wurde, und wenn ja, welchen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Die Sportstiftung hat ja ein Angebot gemacht und gesagt, das könnten wir uns mit euch vorstellen –

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Mit den aktuellen Planungen?)

genau! –, und dann ist das Ergebnis gewesen, das ist an der Stelle eben nicht wirtschaftlich darstellbar, und deswegen ist die jetzt ausgewählte Lösung gewählt worden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Dann frage ich so herum: Ist die Sportstiftung von Ihnen über die jetzt sicher vorerst abgewogene Lösung informiert worden, und inwieweit wurde da ihre Empfehlung und Sachkompetenz mit einbezogen, um eine gute Lösung zu finden?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Es ist ja immer so, wenn man über Verträge verhandelt, und am Ende einer Vertragsverhandlung kommt man nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis, dann verhandelt man möglicherweise mit anderen Partnern. Das ist in allen Lebensbereichen so, und es ist in diesen Lebensbereich auch so, dass wir nicht jedes Mal bei der Frage, jetzt haben wir etwas anderes entwickelt, wollt ihr das vielleicht mit uns umsetzen, auf alle Akteure zurückkommt, mit denen man schon einmal gesprochen hat. Das finde ich jetzt nicht so sehr verwunderlich. Allerdings muss ich konzedieren, ich kann Ihnen nicht sagen, ob und in welcher Weise tatsächlich noch einmal die Sportstiftung angesprochen wurde.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Ich schon! Gut, vielen Dank!)

Das habe ich Ihrer Frage entnommen!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Dann ist es angekommen, das ist dann auch gut!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist kein Thema beantragt worden.

Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremen nicht aufs Spiel setzen – Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 unverzüglich vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. September 2021

(Drucksache [20/498 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kristina Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder.

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Zum vierten Mal jetzt in dieser Legislaturperiode diskutieren wir aufgrund eines Antrags der CDU über das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030, und als hätten Sie es geahnt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, haben Sie sich ja am Donnerstag auf sogenannte Leitplanken geeinigt. Einmal abgesehen von deren Inhalt kann ich mich über das Timing jetzt nur wundern. Ich kenne es so, dass man Leitplanken am Anfang eines Prozesses definiert und nicht am Ende eines Prozesses oder wenn der Prozess eigentlich auf der Zielgeraden sein sollte.

Ursprünglich sollte nämlich das GEP Mitte 2020 abschließend in der Stadtbürgerschaft beschlossen werden. Jetzt planen Sie mit der Vorlage eines ersten Entwurfs über den Jahreswechsel hinaus und mit einem finalen Deputationsbeschluss in der zweiten Jahreshälfte 2022. Der Verzug beträgt also zwei Jahre. Nicht nur Corona ist an diesen zwei Jahren schuld. Corona hat ein bisschen Zeit gekos-

tet, kann aber nicht die ganze Verzögerung verantworten, und ich glaube, das liegt an internen anderen Gründen.

(Beifall CDU)

Wo stehen wir also heute? Nach drei Jahren GEP-Prozess, unzähligen Studien, Informationsveranstaltungen, Workshops und koalitionsinternen Abstimmungsgesprächen ziehen Sie jetzt die Monopoly-Karte „Gehe zurück auf Los“. Sie wollen einfach noch einmal von vorn beginnen. Was für eine Bankrotterklärung am Ende für Ihre eigene Wirtschaftssenatorin!

(Beifall CDU)

Sie wollen jetzt einen ganzen Katalog von Dingen neu erarbeiten und prüfen. Sie wollen eine Machbarkeitsstudie für gewerbliche Flächenentwicklung auf dem südöstlichen Teil des Flughafengeländes erstellen. Sie meinen damit offenbar die Flächen in der Einflugschneise, bei denen eine Bebauung und gewerbliche Nutzung aus Gründen der Flugsicherheit und der komplizierten Besitzverhältnisse sowie der unklaren Entwicklung im Hinblick auf die B 6n höchst unwahrscheinlich ist. Das hat vor allen Dingen mit dem Projekt Airport-Stadt-Süd, für das sich SPD und LINKE ausgesprochen haben, überhaupt nichts zu tun, und Sie wollen in den nächsten zwei Jahren eine Strategie entwickeln, wie sich Brachflächen für eine gewerbliche Nutzung aktivieren lassen.

Sie wollen prüfen, wie sich Gewerbeinseln in Mischgebieten planungsrechtlich absichern lassen, Sie wollen einen ressortübergreifenden Arbeitsprozess zur Entwicklung der innerstädtischen Häfen, insbesondere des Neustädter Hafens. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir, die CDU, Sie bereits Anfang 2019 aufgefordert haben, eine Machbarkeitsstudie zu genau diesem Zweck zu erstellen, weil die Flächen im Neustädter Hafen nämlich deutlich unter Wert genutzt sind. Damals wollten Sie davon nichts wissen.

Meine Damen und Herren, all diese Prüfaufträge und Machbarkeitsstudien sind ja nicht falsch an sich, aber sie hätten natürlich schon lange auf den Weg gebracht werden müssen. Damit verzögert sich natürlich die Erstellung des GEP nun weiter, und das setzt keine politischen Entscheidungen für eine aktive vorausschauende Gewerbeflächenpolitik.

(Beifall CDU)

Diese brauchen wir aber mehr denn je, denn was macht eine vorausschauende Gewerbeentwicklung? Sie festigt den Wirtschaftsstandort, stellt ihn zukünftig auf, schafft Arbeitsplätze, auch im nicht akademischen Bereich, schafft entsprechende Infrastrukturen und sorgt insgesamt für eine soziale Stabilität. Diesen sozialen Aspekt müssen wir bei den anstehenden Mammutaufgaben der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft immer im Blick haben, ansonsten werden wir die Akzeptanz breiter Bevölkerungsschichten dafür verlieren.

(Beifall CDU)

Als grüne Partei kann man vielleicht die Strategie betreiben, die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft unberücksichtigt zu lassen, die Politik der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist das allerdings nicht. Bisher dachte ich tatsächlich, dass das auch nicht die Politik der SPD und der LINKEN in Bremen ist, aber scheinbar habe ich mich da getäuscht.

Deswegen jetzt zum Inhalt der Leitplanken! Ihnen geht es nicht mehr um einen fairen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Wenn dem nämlich so wäre, hätten Sie einen Kompromiss gefunden, denn zwischen den Vorstellungen der Grünen und der anderen Seite, der SPD und der LINKEN, irgendwo dazwischen, ist aber –. Das Papier liest sich wie ein klassischer Sieben-zu-null-Sieg der Grünen.

Das Gewerbegebiet Bayernstraße darf nicht wie geplant erweitert werden, weil Sie die Kleingärten für unantastbar erklären. Sie verzichten auf die Ausweisung und Entwicklung neuer Gewerbeflächen am Nordwestknoten, einem Gelände, das heute von der ehemaligen JVA sowie ebenfalls von Kleingärten geprägt ist. Sie verzichten auf die Entwicklung der Airport-Stadt-Süd.

Zu der von Ihnen vorgestellten Machbarkeitsstudie hatte ich ja schon etwas gesagt. Sie wollen generelle Flächen umwidmen und die Erschließung außerhalb des derzeit gültigen Flächennutzungsplans komplett ausschließen und zur Flächenkreislaufwirtschaft übergehen. Auch aus dem letzten in Ihrem Papier verbliebenen Neuerschließungsprojekt der Horner Spange südlich des Technologieparks wird so schnell nichts werden. Sie stellen nämlich selbst fest, dass der Planungs- und Erschließungsprozess fünf Jahre in Anspruch nehmen wird. Die dafür notwendige Unterquerung des Bahndamms

ist aus rechtlichen und baulichen Gründen alles andere als einfach und stellt eine riesige Hürde dar.

Die Horner Spange oder Horner Spitze, wie Sie es neuerdings sagen, ist aber aus einem anderen Grund eigentlich ein gutes Beispiel, denn die damit verbundenen Verluste an Naturflächen wollen Sie an einer anderen Stelle ausgleichen und dafür gemeinsam mit den Naturschutzverbänden geeignete Projekte entwickeln. Die Gewerbebauten sollen dort eine Fassaden- und Dachbegrünung bekommen. Wir finden das absolut vernünftig, aber ich frage mich: Warum ist das nur dort möglich und nicht auch an anderen Stellen? Das ist doch ein gutes Beispiel für einen intelligenten Ausgleich von Ökonomie und Ökologie.

Aber warum bleibt es bei diesem Papier nur bei diesem einen Projekt? Warum? Wir sind doch als CDU-Fraktion bei Ihnen, wenn es darum geht, den ökologischen Fußabdruck einer gewerblichen Nutzung zu verbessern! Dafür kommen neben Dachbegrünungen natürlich eine Reihe weiterer Maßnahmen infrage, zum Beispiel nachhaltige Baumaterialien, Sickerflächen für Regenwasser, eine erneuerbare Energieversorgung, wie Fotovoltaik auf den Dächern, mehrstöckige Bauweise bei Gewerbeimmobilien und natürlich eine gute Anbindung an den ÖPNV und das Radwegenetz.

Die Flächenkreislaufwirtschaft ist sicher auf lange Sicht ein erstrebenswertes und richtiges Ziel, kurzfristig ist das aber völlig utopisch umzusetzen. Deswegen frage ich mich tatsächlich, lieber Herr Kollege Stahmann, lieber Herr Kollege Tebje, sehr geehrte Frau Senatorin: Ich finde Sie nicht wieder! Sie, die eigentlich die Interessen der Beschäftigten in Industrie, Hafen und Logistik vertreten sollen, ich finde Sie in diesem Papier nicht wieder. Das werden Sie mir sicher gleich erklären!

Ohne Flächen funktioniert natürlich ein Industrie-, Hafen- und Logistikstandort wie Bremen einfach nicht. Wir werden die immensen Investitionen, die auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft notwendig sind, nur mit einer starken Wirtschaft, mit gut bezahlten Arbeitsplätzen und steigenden Steuereinnahmen schaffen können, und an diesen steigenden Steuereinnahmen legen Sie gerade die Axt an. Wir brauchen bei der Gewerbeflächenentwicklung mehr Tempo und mehr Kreativität und dafür weniger Worthülsen, Prüfaufträge und realitätsferne Wunschvorstellungen. Ich komme dann gleich noch ein zweites Mal. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn uns der 26. September eines gezeigt hat, lieber Herr Meyer-Heder, dann, dass man ohne Inhalte keine Wahlen gewinnt.

(Beifall SPD – Heiterkeit CDU)

Das, was wir eben gehört haben, war wirklich nur: Sie stellen sich vor, Sie wollen, und die SPD oder DIE LINKE haben sich nicht durchgesetzt. Inhaltlich habe ich nicht viel gehört. Inhaltlich habe ich nicht gehört, was die CDU an dieser Stelle eigentlich will.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es kommt zu den klassischen Oppositionsworten: zu spät, zu wenig, zu teuer! Zu teuer haben Sie jetzt nicht gesagt, aber zu spät und zu wenig ist ja das, was immer von der Opposition kommt.

Wenn ich mir den Antrag ansehe, dann stimmen da viele Dinge mit dem, was wir in unserem Papier haben, überein. Auch die CDU stellt fest, dass die Flächen in Bremen endlich sind, nur die Konsequenz daraus ziehen Sie überhaupt nicht. In unserem Papier steht, dass wir als Flächenstaat nicht so weitermachen können. Wir sind das kleinste Bundesland,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist aber inhaltsschwer!)

unsere Flächen sind begrenzt, und wir müssen damit haushalten und schauen, wie wir damit umgehen. Das hat zur Folge, dass wir sagen: Was ist mit der Qualität der Fläche, was ist mit der Strategie der Fläche, und wie bekommen wir Flächen erschlossen?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist aber auch Konjunktiv!)

Einfach zuhören, Herr Strohmann! Wir haben wie im GEP 2020 die Dispositionsreserve von 100 Hektar festgeschrieben, weil wir damit Ansiedlungs- und Gewerbepolitik beschreiben wollen, weil wir damit Arbeitsplätze schaffen wollen. Die 100 Hektar sind festgeschrieben. Die Frage ist: Wie kommt man zu diesen 100 Hektar?

In Ihrem Papier steht, es sollen jährlich 30 Hektar neu erschlossen werden, also für den Zeitraum des

GEP 2030 über zehn Jahre 300 Hektar. Jetzt können Herr Michalik und ich uns einmal hinsetzen und auf der Karte einmal schauen: Wo haben wir denn 300 Hektar, die in zehn Jahren erschlossen werden, und in 20 Jahren 600 Hektar und in 30 Jahren 900 Hektar? Oder kommt auch bei der CDU irgendwann die Erkenntnis, dass die Fläche begrenzt ist? Und was machen wir dann?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann muss man sich hinsetzen und sagen: Was bedeutet das eigentlich? Welchen Zugriff braucht eigentlich eine Regierung in Bremen an Flächen, um Industriepolitik zu beeinflussen, um es nicht nur dem Markt zu überlassen, um Clusterpolitik voranzutreiben? Wo braucht man Einfluss an der Stelle? Was Sie aber betreiben, ist eine Maßlosigkeit von „viel hilft viel“, und Sie glauben, damit durch die Tür zu kommen. Das wird aber nicht funktionieren.

Was wir in dieser Koalition gemacht haben, ist, uns hinzusetzen

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das haben Sie gemacht!)

und zu sagen, wenn wir wissen, wir müssen umsteuern, wenn wir wissen, dass Flächenfraß in Zukunft so nicht mehr funktioniert, dann muss man überlegen, wie bekommt man die Interessen der Wirtschaft und der Industrie verbunden mit den begrenzten Ressourcen dieses Bundeslandes. Das haben wir getan, und das Ergebnis ist, dass wir mehr in Kreisläufe müssen, dass wir nicht immer nur alles neu erschließen wollen.

Darin steht nicht, es wird nichts neu erschlossen, darin steht, dass wir Brownfield und andere Dinge, dass wir Flächen, die da sind, zurückführen müssen und dass wir immer eine Dispositionsreserve von 100 Hektar brauchen. Darin steht unter anderem auch, dass wir zum Beispiel die 20 Hektar aus Farge-Nord da herausnehmen, weil das eine Fläche ist, die wir seit 20 Jahren nicht vermarkten konnten und bei der man sich überlegen muss, wie gehen wir jetzt damit um, was tun wir da. Vielleicht das so weit!

Ich finde, das, was die CDU hier abgeliefert hat, ist wirklich zu wenig. Da hätte ich inhaltlich ein bisschen mehr erwartet.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Heiko Strohmann [CDU] – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Vielleicht einmal zu den Inhalten! Airport City! Zum einen, Herr Meyer-Heder, heißt es nicht B 9, sondern die Straße, die da gebaut werden soll, ist die B 6n.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat er gesagt!)

Ich habe B 9 verstanden, aber das mag an dem ganzen Plexiglas liegen! Zum Zweiten es ist so, dass auf dem Gelände des Flughafens südlich der Landebahn 25 Hektar sind. Da sind 25 Hektar Gelände, bei denen wir sagen, wir wollen das bebauen, und zwar mit strategischer Vergabe, nicht für irgendwen oder irgendetwas, sondern mit dem Bezug zur Rollbahn, also Luft- und Raumfahrt. Wir müssen in der Lage sein, wenn jemand wie Dornier oder andere kommen und sagen, wir wollen uns in Bremen ansiedeln, das auch zu können.

Dazu gibt es zwei Voraussetzungen. Erstens,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Eine neue Regierung!)

die Betriebserlaubnis des Flughafens darf nicht infrage gestellt werden. Deswegen muss man schauen, was geht von der Bebauung, und wenn man einmal auf die Karte schaut, wie dicht die Bebauung im Norden an Airbus und den Gebäuden ist, und wenn man das auf den Süden angeht, dann kommt man auf 25 Hektar. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Wie wird das Gelände erschlossen? Wir brauchen eine Zufahrt, und wir wollen als Koalition nicht auf die B 6n warten,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie wollen die doch gar nicht haben! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Jetzt wäre es angebracht, zuzuhören!)

sondern wir haben im Zusammenhang mit dem Flughafen gesagt, wir wollen eine Zufahrt, die unabhängig von der B 6n ist.

(Zurufe Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU] und Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Wenn ich Sie beide störe, sagen Sie es doch! Einfach einmal zuhören oder lesen!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie verhindern doch die B 6n!)

Wir haben beim Airport City gesagt, wir wollen eine Erschließung einer Straße. Das ist aber nicht einfach, denn im Norden des Geländes ist die Rollbahn, im Süden ist Niedersachsen, und wir haben eine Kreuzung, nämlich die IKEA-Kreuzung, die völlig überlastet ist. Also muss man sich da hinsetzen und sagen: Wie bekommen wir eine Verkehrsverbindung und einen Anschluss?

Nächster Punkt: Zur Dispositionsreserve habe ich etwas gesagt. Zur strategischen Vergabe: Was wir machen wollen und ausdehnen wollen, ist die Ansiedlungspolitik hier, und deswegen wollen wir eine strategische Vergabe. Wir wollen die Clusterpolitik fortführen, und wir wollen sie auch – wir haben ja in der Bürgerschaft (Landtag) noch einmal den Antrag zum Kompetenzzentrum Logistik – innovativ nach vorn treiben, so, wie wir es in der letzten Sitzung der Wirtschaftsdeputation auch gemacht haben, und dazu gehört, dass man den Zugriff auf Flächen hat und behält. Dazu gehört auch, dass die Vergabe von Flächen nicht einfach beliebig ist – jeder, der kommt, wird bedient –, sondern dass man versucht, es auch zu steuern; nicht, dass man ideologisch sagt, das wollen wir nicht, sondern man muss ja sagen: Wie bekommt man die Clusterpolitik hin? Wie macht man Gewerbeansiedlung von ähnlichen Firmen mit ähnlichen Branchen in einem ähnlichen Gebiet?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oder ein Künstlerkollektiv!)

Das ist eine strategische Aufgabe.

Nächster Punkt – und dazu hätte ich jetzt erwartet, dass irgendetwas Positives kommt –: Wir haben gesagt, wir wollen Gewerbebeschutzbereiche.

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Wir können ja nicht immer loben!)

Sie loben aber gar nicht! Was wir wollen, sind Gewerbebeschutzbereiche. Was heißt denn das, Gewerbebeschutzbereiche? Wir stehen in dieser Koalition dazu, dass wir sagen, wir brauchen auch Flächen für Industrie, und die dürfen nicht kleiner werden. Es ist so – man höre und staune, einfach lesen! –, dass wir in dieser Koalition vereinbart haben, dass wir bestimmte Dinge schützen, und zwar Industriegebiete und Gewerbegebiete, aber eben auch kleinere Gewerbeinseln in den Stadtteilen. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege werden. Wir wollen urbane Quartiere. Wir wollen, dass man auch da kurze Wege zur Arbeit hat, und wir wollen nicht, dass in den Quartieren jedes Gewerbe, jeder kleine

Handwerker und alles, was da ist, verdrängt wird. Wir wollen, dass das da bleibt, und deswegen kann man natürlich irgendetwas ändern, aber Vorrang hat, da, wo heute Gewerbe ist, zukünftig wieder Gewerbe anzusiedeln.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber die Einzigen, die derzeit Industriegebiete schützen, das sind die LINKEN im Moment! Es tut mir leid, dass ich Ihnen das so sagen muss!)

Also, wir haben ein Koalitionspapier, und ich freue mich ja immer, wenn der Erfolg viele Väter hat, aber die Sozialdemokraten sind nicht auf der Suche nach irgendwelchen Vaterschaftstests, sondern wir sind froh, dass der Erfolg viele Väter hat. Das ist nämlich ein Qualitätsmerkmal, dass es ein gutes Papier ist, wir haben außer rhetorischen Floskeln der CDU noch keine Kritik an diesem Papier gehört.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will auch etwas sagen zur interkommunalen Kooperation. Das Stichwort heißt, und das muss man wirklich auch noch einmal diskutieren, zum einen Achim-West. Wir wollen Achim-West, wir werden versuchen, es hinzubekommen, wir sind da optimistisch. Vom Grundsatz her heißt das aber nicht, dass aus unserer Sicht aus dieser Koalition die interkommunale Kooperation beendet ist. Wir könnten uns auch vorstellen, andere Gebiete mit anderen Nachbarn zu denken. Da muss man einfach offen sein, und es darf kein Ausschluss sein, Bundesland oder nicht, was Sinn macht bei der Wohnungspolitik, bei der Pendlerpolitik, in der Gewerbepolitik, muss passieren.

Kleingärten: Kleingärten scheinen ja immer das Lieblingsthema zu sein. Die Kleingärten sind ohne Wenn und Aber schützenswert. Corona hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass man draußen etwas machen kann. Darin steht auch nicht, hier wird nie wieder irgendetwas angefasst, aber klar ist, dass wir nicht anfangen mit der Enteignung von Kleingärten. Das wird diese Koalition nicht machen, und das ist richtig.

Richtig ist auch, dass wir mit den Vereinen, mit den Kleingärtenvereinen schauen: Wo fallen die eigentlich? Wo ist eigentlich wenig Bedarf an Kleingärten, wo werden Kleingärten eigentlich aufgegeben, und da muss man sich das ansehen. Damit wir einmal wissen, ob man etwas umsiedeln kann, ob

man etwas erweitern kann, müssen wir ein Instrument haben, um das überhaupt zu erfassen. Heute kann das keiner sagen. Gefühlt, wenn ich durch die Bayernstraße, Gewerbe-/Kleingartengebiet, fahre, ist da viel verwüstet. Ob sie jetzt aber wirklich fallen, also ob das jetzt wirklich nicht mehr genutzt wird oder nicht, weiß im Moment keiner. Dazu brauchen wir eine Analyse.

Horner Spitze, und ich will auch gleich erklären, warum heißt das Horner Spitze und nicht mehr Horner Spange! Das ist ganz einfach: In der Frage der Horner Spange, das werden viele von Ihnen viel besser wissen als ich, gab es einmal ein Straßenbahnprojekt, das hochumstritten war, und um diese Verwirrung zu vermeiden, dass es nicht um eine Straßenbahnlinie geht, sondern um dieses Gewerbegebiet, und um einfach die Unterscheidung zu haben, haben wir gesagt, wir nennen das jetzt Horner Spitze. Das macht die Sache einfach klarer und spricht noch einmal gegen die Verwirrung.

In der Horner Spitze – und ich finde es gut, dass wir da einmal das ausprobieren, was Herr Meyer-Heder auch gesagt hat, dass wir Häuser begrünen, dass wir da etwas machen, dass wir die Ökologie schützen, die dort vorhanden ist, dass wir natürlich diese Kinderfarm umsiedeln, dass man sich darum kümmert, das machen wir! – sammeln wir einmal Erfahrungen, denn das ist Hochtechnologie, die da angesiedelt wird. Bei der Frage, ob der Tunnel jetzt fünf Jahre dauert und ob das Genehmigungsverfahren schwierig ist, das werden wir sehen, aber wir haben jetzt nicht gesagt, dass es nächste Woche fertig ist, sondern wir wissen, ein Tunnel hat Anforderungen. Das muss aber an der Stelle sein, denn sonst reden wir über die Verlängerung der H.-H.-Meier-Allee oder anderen Dingen. Das wollen wir eben nicht. Wir wollen diesen Tunnel, und wir wollen, dass wir Hochtechnologie nutzen. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die CDU hat einen Antrag vorgelegt, der im Kern fragt: Wo werden denn jetzt die Flächen neu erschlossen, damit es vorangeht mit der Wirtschaftsentwicklung? Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass die Stadt immer neue Flächen erschließen muss, damit die Nachfrage nach Gewerbeflächen auch in Zukunft noch befriedigt wer-

den kann, und dafür muss man – so steht es im Antrag – über die Festlegung im Flächennutzungsplan hinaus immer wieder bislang unbebaute Flächen zu Gewerbeflächen umwidmen, weil die Unternehmen sonst keine Flächen mehr finden.

Über die Endlichkeit der Gewerbeflächen hat mein Kollege Herr Stahmann eben gerade ja auch schon deutlich gesprochen, und da kann ich ihm nur beipflichten. Das ist doch eine rückwärtsgewandte These, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Vorstellung ist nämlich grundlegend falsch, und dieser liegt ein Verständnis zugrunde, was kommunale Gewerbeentwicklung eigentlich ist und was sie leisten soll. Deshalb muss man zuerst einmal den Rahmen klären.

Bremen hat insgesamt 3 000 Hektar Gewerbeflächen, das sind die Zahlen nach ALKIS, also nach den tatsächlichen Nutzungen. Nur die Hälfte davon, circa 1 500 Hektar, befinden sich in den großen Gewerbegebieten Hansalinie, Industriepark, Airport City, Technologiepark, GVZ, bis zur Bayernstraße und zum Kämmereiquartier. Knapp 300 Hektar davon sind noch nicht erschlossen, das ist die Reserve. Etwa 30 Hektar pro Jahr werden öffentlich vermarktet, also reicht die Reserve noch circa zehn Jahre. Dieser Vorgang der öffentlichen Flächenvermarktung ist aber nur ein kleiner Teil dessen, was auf dem Gewerbeflächenmarkt insgesamt stattfindet. Wenn ein Betriebsgelände im Schnitt alle 20 Jahre den Besitzer wechselt, dann werden pro Jahr in etwa 150 Hektar Gewerbeflächen verkauft. Das wissen wir gar nicht genau, weil das bislang nicht erfasst wird.

Die allermeisten Unternehmen befriedigen also ihre Flächennachfrage auf dem privaten Flächenmarkt, sie müssen nicht auf das öffentliche Flächenangebot warten. Es ist auch nicht so, dass Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzwachstum immer mehr Fläche erfordern. Bei den großen Konversionsprojekten, ob in der Überseestadt oder im Tabakquartier, nimmt die Zahl der Arbeitsplätze zu, obwohl sich die Gewerbefläche verringert. Das wird auch auf der Überseeinsel der Fall sein, auf dem Hachez-Gelände, in der Kornstraße, auf dem Coca-Cola-, dem Könecke-Gelände, das sind alles Flächen, die privat entwickelt werden.

Wir sind aber auch der festen Überzeugung, dass wir zur schnellen Erreichung der Klimaneutralität in den nächsten zehn Jahren dringende Flächenbedarfe haben werden. Dabei gibt es auch immer wieder zentrale Zielkonflikte, zum Beispiel zwi-

schen Gewerbe und Wohnen, zwischen Gewerbeentwicklung und Naturschutz, aber auch zwischen Umweltschutz und Klimaschutz.

Um zum Beispiel die Flächenbedarfe des Ausbaus der E-Mobilität im Gewerbepark Hansalinie schnell realisieren zu können, müssen sich die Windkraftanlagen an die Gewerbeentwicklung anpassen, aber da scheint ja auch Ihr Kollege Herr Eckhoff vielleicht auch an manchen Stellen anderer Meinung zu sein. Anstatt also immer nur mehr Flächenfraß zu fordern, sollten Sie wenigstens die Flächen, die wir dringend zur Weiterentwicklung brauchen, auch nicht infrage stellen.

Die Stadt muss also nicht alle Bedarfe nach Gewerbeflächen durch ein eigenes Angebot decken. Sie muss diejenigen Bedarfe decken, die auf dem privaten Flächenmarkt nicht erfüllt werden können, an denen wir aber ein strategisches Interesse haben. Deshalb waren die wichtigsten Einigungen, wie wir dort Flächen zur Verfügung stellen können, wo die Nachfragesituation besonders kritisch ist: am Airport, im Technologiezentrum und perspektivisch auch beim GVZ.

Hier sind Lösungen gefunden worden, wie wir bei vertretbarer Inanspruchnahme unbebauter Flächen neue Entwicklungsperspektiven eröffnen können: am Airport, indem wir Flächen südlich der Rollbahn des Flughafens entwickeln, das hat Herr Stahmann ja auch entsprechend ausgeführt. Das schont nicht nur die Landschaft im Außenbereich, das erlaubt uns auch eine Entwicklung, die unabhängig von der B 6n ist, denn wann und ob die B 6n kommt, das steht in den Sternen. Stattdessen eröffnen wir eine Perspektive, die wir tatsächlich gehen können, unabhängig von der Verkehrsplanung des Bundes. Das ist ein enormer Gewinn für die Luft- und Raumfahrt hier am Bremer Standort.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Am Technologiepark werden wir neue Flächenangebote im Bereich der Horner Spitze schaffen. Gleichzeitig wird die Eröffnung eines zweiten Uni-standortes in der Innenstadt Flächen freiziehen, die dann für weitere Gewerbeentwicklung zur Verfügung stehen. Weil wir an die weitere Entwicklung des GVZ und seiner Wasseranbindung denken, werden wir auch nicht so, wie von der CDU vorgeschlagen, Herr Meyer-Heder, den Neustädter Hafen in eine hochpreisige Wohnlandschaft am Wasser verwandeln. Das wird ein wichtiges Thema beim Hafenkonzept werden, aber ich kann Ihnen ganz klar sagen, auch den wirtschaftspolitischen

Sprechern der Koalition: Hier müssen wir an die zukünftige Gewerbeentwicklung denken und nicht an die Bodenpreise.

Das führt uns zu einem zweiten roten Faden dessen, was sich die Koalition für das GEP 2030 vornimmt! Wie ich vorhin ausgeführt habe, befindet sich etwa die Hälfte der gewerblich genutzten Flächen Bremens außerhalb der großen Gewerbegebiete: in den Mischgebieten, in traditionell gewachsenen innenstädtischen Lagen, häufig sogar ohne bauplanerische Absicherung. Wir haben seit Jahren die Erfahrung gemacht, dass es hier zu Verdrängungsprozessen kommt. Viele dieser Gewerbeinseln verschwinden nach und nach und werden zu Wohnflächen.

Lange Zeit hat man relativ gedankenlos große innenstädtische Brachen, wo immer ein größeres Unternehmen seinen Betrieb eingestellt hat, der Gewerbenutzung entzogen. Das entspricht dem Interesse der Eigentümer, weil Wohnen einen höheren Bodenwertgewinn bringt, das entspricht aber nicht dem Interesse der Stadt, es entspricht nicht dem Interesse der Bevölkerung an Arbeitsplätzen und einer integrierten Stadtentwicklung. Deshalb wollen wir diese schleichende Verdrängung beenden.

Wir wollen bestehende Gewerbeinseln als Gewerbeschutzgebiete sichern. Wir werden künftig bei großen Entwicklungsflächen zuerst fragen, ob eine weitere Gewerbenutzung möglich ist, und das ist auch gut für die soziale Stadtentwicklung, denn es stellt sich gegen den Trend, dass im Inneren der Stadt nur noch gewohnt wird und das Gewerbe nach und nach in die anderen Stadtteile verlagert wird. Hemelingen und Gröpelingen werden auch weiterhin starke Betriebsstandorte sein, aber sie können nicht alles aufnehmen, was in innenstadtnahen Stadtteilen an Gewerbenutzung verdrängt wird, weil es dort nicht so schick und nicht so profitabel ist.

Wir wollen deshalb auch einen Weg finden, wie bei Konversionsflächen ein Teil der dort entstehenden neuen Gewerbeflächen zum Teil der Dispositionsreserve wird, der städtischen Vermarktung, weil wir keine Entwicklung wollen, bei der eines Tages nur noch Gewerbeflächen von Privat zu Privat vermarktet werden. Dann hätten wir nämlich keinen strategischen Einfluss mehr auf die Gewerbeentwicklung, dann könnten wir keine Flächen mehr für Unternehmen bereitstellen, die auf dem privaten Flächenmarkt nicht zum Zuge kommen.

Ein dritter roter Faden ist mir noch besonders wichtig: Bremen muss seine großen Industriekerne verteidigen. Daran hängen qualifizierte Arbeitsplätze, daran hängen auch Arbeitsplätze für die Breite der Bevölkerung in allen Qualifikationsgruppen. Die Perspektive kann nicht sein, dass wir nur noch ein reiner Dienstleistungsstandort sind, an dem in innerstädtischen urbanen Gebieten ganz viele Kopf-arbeiter in kleinen Büros und Shared Spaces nebeneinander arbeiten, möglichst noch in Start-ups, oder Soloselbstständige. Das wird zunehmen, aber das kann nur ein Teil sein. Bremen soll auch weiterhin Industriestandort bleiben.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese großen Industriekerne muss man in die Zukunft mitnehmen. Sie müssen einen Weg finden in eine nachhaltigere, postfossile Zukunft, sonst werden sie nicht überleben. Das wird große Transformationsprozesse erfordern, und die werden, wie ich vorhin schon gesagt habe, Platz brauchen. Das gilt für die E-Mobilität im Gewerbepark Hansalinie, Wasserstofftechnologie am Stahlwerk, das gilt auch für das grüne Fliegen und weitere alternative Antriebsarten.

Genau deshalb müssen wir mit den großen Flächenreserven sparsam umgehen. Wir dürfen eben nicht in zehn Jahren die erschlossenen großen Gewerbeflächen verbrauchen. Wir müssen die Anstrengungen steigern, mehr Gewerbe auf Konversionsflächen und den innerstädtischen Lagen unterzubringen, damit wir unter anderem am Industriepark und am Flughafen auch in Zukunft noch Platz für die notwendige Transformation der Industriekerne haben.

Diese Doppelstrategie erfordert einen handlungsfähigen Staat, eine aktive Bodenpolitik. Wenn wir die begehrten Lagen effizienter und spezifischer nutzen wollen, dann müssen wir mit Gewerbeflächenmanagement, Ankauf, Erbpacht, Vorkaufsrechten und Rückkaufsrechten arbeiten. Wir müssen verstärkt Immobilien selbst entwickeln und anbieten, damit wir die Verteilung der gewerblichen Nutzung auch in Zukunft noch mitsteuern können.

An der Perspektive der Flächenkreislaufwirtschaft kommen wir nicht vorbei – und das wird vielleicht auch die CDU noch, vielleicht nach der sechsten Anfrage, irgendwann begreifen –, aber wir werden sie nicht erreichen, indem wir nur Grünflächen sperren und den Außenbereich schützen. Wir können sie nur erreichen, wenn wir in ein aktiveres

Flächenmanagement einsteigen, mit einem genaueren Monitoring der Bedarfe und stärkeren Steuerungsinstrumenten.

Wir müssen aussteigen aus einer Politik – und ich überspitze es hier einmal –, die sagt, wir erschließen immer neue Gewerbeflächen dazu, und was auf bestehenden Gewerbeflächen passiert, das geht uns nichts mehr an. Damit kommen wir nicht mehr so durch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das liegt auch im Interesse der Unternehmen. Die Zeiten, in denen man nur Flächen brauchte, und Arbeitskräfte würden sich dann schon finden, sind vorbei.

Zu dem Thema der zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung komme ich gleich noch einmal, was Sie auch gerade angesprochen haben, was eigentlich attraktive Gewerbeflächen der Zukunft sind. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Präsidentin, wäre es nicht hilfreich, wenn die FDP erst spricht, damit wir nicht immer das gleiche Spiel haben?)

Herr Bücking, vielleicht ist es aus Ihrer Sicht sehr hilfreich, aber wir gehen hier nicht nach dem Hilfreichen, sondern nach der Wortmeldung.

Bitte schön, Sie haben das Wort!

(Zurufe FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Wischhusen hat gewartet, bis Sie sich gemeldet haben, Herr Bücking!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Eine erfahrene Parlamentarierin, die weiß, wie es geht! Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem kleinen Versuch, die Geschäftsordnung zu verändern, ziehe ich mich zurück auf die eigentliche Aufgabe!

Es stimmt, das hat die CDU schon richtig beobachtet: Wir haben uns damit ziemlich lange intensiv beschäftigt, das ist uns in der Koalition nicht von Anfang an in den Schoß gefallen, dass wir uns jetzt

so haben verständigen können. Am Anfang habe ich – Sie haben das sicher in Erinnerung – hier in den Debatten, die die CDU ausgelöst hat, versucht, vorzutragen, wir müssen die Finger von den Außenbereichen lassen. Sie sind äußerst wertvoll, das ist keine Reserve der Stadtentwicklung, keine Reserve der Gewerbeentwicklung, und die anderen Kollegen haben völlig zu Recht gesagt, wir haben in dieser Stadt einen Bedarf an Entwicklung für unsere Wirtschaft, sie braucht auch Flächen, wo soll das stattfinden. Das stand sich gegenüber und war gewissermaßen entmischt.

Die beiden starken Gründe, die da abzuwägen sind und für die man eine Lösung finden muss, liegen immer noch auf den Tisch: Es geht auch heute noch darum, dass wir uns jetzt mittlerweile einig sind, dass der von den kleinen Nebenflüssen der Weser geprägte Feuchtwiesengürtel nicht einfach in Anspruch genommen werden kann für alles das, was das Herz begehrt, wenn unsere Wirtschaft sich entwickeln will, aber wir sind uns auch einig darüber, dass wir es unbedingt schaffen müssen, für diese Wirtschaft einen Entwicklungskorridor zu beschreiben.

Da ist für Bremen die Lage nicht anders als in anderen großen Städten, in anderen großen Metropolregionen: Die Flächen sind knapp, und die Leistung, die wir erbringen müssen, ist, dass man diese knappen Flächen so effizient wie möglich nutzt und so viele Vorteile für die Wirtschaft daraus hervorbringt, wie möglich. Deshalb glauben wir, dass es im wohlverstandenen Eigeninteresse unserer Wirtschaft ist, zu sagen: Diesen Standort Bremen – kleinstes Bundesland, enge Grenzen, umschlossen von eben diesem Feuchtwiesengürtel – wollen wir entwickeln, und das bekommen wir nur hin, wenn wir aus den Flächen mehr machen als in der Vergangenheit, wenn wir also das Wirtschaftswachstum und den Flächenverbrauch Stück um Stück entkoppeln. Das ist die grundlegende Idee, die wir hier verfolgen. Das geht nicht auf Bestellung. Da kann man sich nicht einfach hinstellen und sagen, von heute an, sondern das ist ein Prozess der Umstellung, und wir sagen, es ist jetzt höchste Zeit.

Wir haben noch diesen Vorrat – wir nennen das Greenfield-Gewerbereserve – von ungefähr 300 Hektar, es sind 280, glaube ich, wenn man es genau rechnet, und diesen Schatz für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis müssen wir jetzt so strategisch, so wirksam wie irgend möglich in die Auseinandersetzung einbringen.

Wir müssen uns immer genau überlegen: Wem verkaufen wir das nächste Grundstück? Wem verpachten wir das nächste Grundstück? Wo verpachten wir es ihm? Was ist da die angemessene Nutzung, und können wir denjenigen/diejenige, der/die da kauft, der/die da pachtet, fragen: Wie viele Arbeitsplätze sind es genau? Wie effizient nutzen Sie das Grundstück genau aus? Sorgen Sie dafür, dass die Flächen, die Sie nicht überbauen, so eingesetzt werden, um das Wasser versickern zu lassen, um den Insekten eine Weide anzubieten und dergleichen mehr? Wie nutzen Sie Ihre Dachfläche? Schaffen Sie Fotovoltaik darauf? Ist es womöglich denkbar, dass Sie Ihr Grundstück mit der Organisation von Windenergie verbinden?

Das heißt, wir versuchen, die Zukunft unserer Wirtschaft in den Rahmenbedingungen dieser knappen Flächenausstattung unserer Stadt so effizient, so erfolgreich wie möglich zu organisieren. Das ist der Aufschlag dieses Koalitionspapiers. Wir haben ein bisschen gebraucht, bis wir es hinbekommen haben, es so zu formulieren, dass jeder von uns auch das Gefühl hatte, so stimmt es jetzt. Darin gibt es einen Absatz, der sich auf die Bremer Industrie bezieht, also diese großen Unternehmen. Es beginnt mit Mercedes, es geht weiter mit dem Stahlwerk, es geht weiter mit der Luft- und Raumfahrtindustrie, also OHB und Airbus, und es geht weiter auch mit den großen logistischen Unternehmen.

Wir haben uns gefragt, wo können sie sich in dieser Stadt jetzt in Zukunft noch entwickeln, weil wir ja der Auffassung sind – das haben meine Kollegen ja alles schon ausgeführt –, sie müssen sich verändern, und sie verändern sich nicht einfach nur innerhalb ihrer augenblicklichen Betriebsorganisation/räumlichen Betriebsorganisation, sondern dafür brauchen sie auch Flächen.

Um das an einem Beispiel zu erzählen, das kann Herr Stahmann immer sehr überzeugend: Mercedes stellt um auf Elektrofahrzeuge. Das verändert die Modellpalette, das verändert die Zulieferer, und eine Chance, unseren Standort stark zu machen im Wettbewerb der anderen Standorte, ist, ihnen im Gewerbepark Hansalinie die entsprechenden Flächen dafür zur Verfügung zu stellen, dass das möglich ist. Deshalb geben wir uns ziemlich viel Mühe, dass der dritte Bauabschnitt im Gewerbepark Hansalinie schnell zustande kommt, damit er für eben diese Entwicklung rechtzeitig zur Verfügung steht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn man aber mit den Chefs von Mercedes spricht, dazu hatten wir kürzlich die Gelegenheit, und fragt – –.

(Zuruf)

Bitte? Die hiesige Geschäftsführung haben wir kürzlich besucht, mit denen haben wir ja gesprochen, und dann haben wir uns natürlich auch mit diesem Thema auseinandergesetzt, und bei der Gelegenheit haben wir gefragt: Wenn Sie versuchen, Ihre Produktion jetzt hier in unserem Werk klimaneutral zu organisieren, wenn Sie versuchen, auf batterieelektrische Antriebe umzustellen, was ist mit Ihren Zulieferern? Da sagen sie ganz klar: Die nehmen wir in die Verantwortung, von denen verlangen wir, dass sie das auch tun. Das heißt, der Druck darauf, dass dieser ganze Gürtel von Unternehmen, der sich auf Mercedes bezieht, an der großen Transformation teilnimmt, wird immer größer.

Diese industriellen Kerne sind gewissermaßen der Antriebsmotor in der bremischen Wirtschaftsbasis für den Turnaround in Richtung dekarbonisierte Wirtschaft. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir den Gewerbepark Hansalinie in diesen Prozess einbringen, und deshalb ist es sinnvoll, dass wir mit Airbus darüber verhandeln, ob sie sich entscheiden können, Bremen zu einem der zentralen Standorte für das zunächst einmal ökoineffiziente und eines Tages auch vielleicht klimaneutrale Fliegen zu machen. Da haben sie gute Voraussetzungen.

Wir haben zuallererst EcoMaT mit den wunderbaren Ingenieuren, die da an dieser Thematik arbeiten, an leichteren Werkstoffen, an effizienteren Auftriebssystemen und alledem, und auch da, das ist völlig unumstritten, brauchen sie Flächen, um das hinzubekommen.

Bei OHB mag der eine oder andere daran zweifeln, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Transformation leisten. Ich bin davon überzeugt, wenn es diese Satelliten nicht gäbe, die diesen kleinen Planeten beobachten, dass es die gesamte Argumentation, dass wir hier im Moment in dieser schrecklichen Dynamik des Klimawandels sind, gar nicht gäbe. Da könnten wir gar nicht beobachten, wie viele Waldbrände stattfinden, da könnten wir gar nicht messen, wie sich die Ozeane verändern und die Wüsten aussehen, also die Satelliten zur Beobachtung der Erde brauchen wir.

OHB trägt dazu bei, und es ist großartig, dass diese Firma in Bremen wächst. Sie wird von klugen Leu-

ten geführt, und es ist fabelhaft, wenn sie ihre Fabrik ausdehnen wollen, ihr Unternehmen ausdehnen wollen, und das wollen sie auf diesem Grundstück südlich des Bahndamms machen, das wir jetzt Horner Spitze genannt haben. Die Vorstellung ist, einen kleinen Durchstich unter den Bahndamm zu machen von der Konrad-Zuse-Straße aus, das ist Teil des Technologieparks, unten durch, um dann dort Hallen für diese Produktion zu errichten. Das halten wir für sinnvoll, da arbeiten wir an der richtigen Stelle. Ein bisschen weiter herunter geht es um additive Fertigung von wichtigen industriellen Komponenten, das halten wir für einen wichtigen Beitrag für neue Formen der Produktion, auf die wir dringend angewiesen sind.

Ich wollte im Grunde genommen in diesem ersten Teil hauptsächlich erklären, dass Veränderung in unserer Wirtschaftsbasis einerseits verlangt, dass wir jede Fläche sehr viel effizienter nutzen, sehr viel mehr Wertschöpfung darauf organisieren, dass wir aber auch gleichzeitig wissen, wir brauchen Flächen, um die Transformation dieser industriellen Kerne zu stärken, zu ermöglichen, und das tun wir relativ genau. Ich könnte das auch noch für das Stahlwerk erzählen, ich könnte es auch noch für die Logistik erzählen, dann wäre es vollständig.

Das ist ein gemeinsamer Gedanke, den wir uns erarbeitet haben in dieser Arbeitsgruppe, die diesen Text hier formuliert hat, und jetzt einmal im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Ich habe das Gefühl, da wurde etwas gelernt. Das ist nicht einfach das Gleiche, was noch vor einem halben Jahr erzählt worden ist. Ich zumindest habe dabei etwas gelernt, und zwar von meinen Kollegen, und wenn man ganz genau hinsieht, war es vielleicht auch auf Gegenseitigkeit so. Wir haben diesen Prozess konstruktiv organisiert, und zwar, weil wir uns zusammen verpflichtet fühlen, unter dem Gesichtspunkt eines langfristigen Blicks die Wohlfahrt dieser Stadt zu organisieren. Dafür haben wir diese Koalition gegründet, dafür würden wir sie auch mit anderen gründen, aber dieser Zweck der Sache ist doch nicht verhandelbar.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Glocke)

Den zweiten Punkt verhandeln wir in der zweiten Runde, den will ich nur noch einmal ankündigen: Ich habe versucht zu erklären, wo wir nicht hineinwachsen, und ich habe versucht zu erklären, was wir dringend brauchen, damit wir uns weiterentwickeln können. Wir müssen aber natürlich auch darüber diskutieren, wie wir diesen ewigen kleinen Zyklus organisieren können, dass Flächen, die

brach fallen, wieder neu genutzt werden, dass Flächen, die zu wenig genutzt sind, stärker genutzt werden, und was dafür die Voraussetzung ist. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir reden wieder einmal über Gewerbeflächenpolitik, und ich finde es genau richtig so. Ja, die CDU und auch wir als FDP haben immer wieder versucht, Anträge einzubringen, um nämlich die Dispositionsreserven weiter auszubauen, um das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, und genau das ist auch der richtige Weg. Warum? Weil Gewerbeflächenpolitik Nummer eins der wichtigsten Instrumente der kommunalen Wirtschaftsförderung ist!

Bremen ist ein international renommierter Wirtschaftsstandort mit einer Vielzahl von Unternehmen aller Größen, das wissen wir, wir haben kleinen und großen Mittelstand, wir haben Handwerksbetriebe, wir haben Konzerne mit Weltruhm, und es gibt sie in unserer Stadt alle gleichermaßen. Das wollen wir auch definitiv für Bremen zukünftig sichern und ausbauen, und damit auch Bremen in Zukunft attraktiv für Unternehmen aller Größen bleibt, müssen wir da besser werden.

(Beifall FDP)

So einzigartig, wie die Unternehmenslandschaft in Bremen ist und auch Bremen als Standort dadurch ausgezeichnet wird, so klar muss uns allen sein, dass Bremen nicht nur im deutschlandweiten Wettbewerb bei Unternehmensansiedlungen und der Unternehmensakquise steht. Viele Unternehmen sind bereits aus Bremen abgewandert, wobei die Gründe sicherlich vielschichtig sind, abhängig von einer Reihe von standortunabhängigen Faktoren, aber es gibt leider auch ganze Reihe von standortabhängigen Faktoren, und da gehört das Thema Gewerbeflächenangebot ganz klar dazu.

Wenn die Abwanderung nämlich aufgrund von standortspezifischen Stressfaktoren wie fehlender Ansiedlungs- und Expansionsperspektiven oder einem unzureichenden Arbeitsmarkt erfolgt, ist es die Aufgabe der lokalen Wirtschaftspolitik, gegen-

zulenken. Der ständige Wandel und der internationale Wettbewerb bedürfen einer sehr guten Standortpolitik, und dazu gehört eben in besonderem Maße die Flächenpolitik, und umso unverständlicher ist es aus unserer Sicht, dass dieses Thema eben nicht die höchste Priorität hat und vor allem auch in der Vergangenheit nicht hatte und dass das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm 2030 jetzt im Verzug ist.

Bremen verschläft damit nämlich nicht nur den Strukturwandel, sondern riskiert mit der zögerlichen Herangehensweise und damit auch leider den internen Querelen den Wirtschaftsstandort Bremen und damit die Perspektive zukünftiger Generationen in vielerlei Hinsicht. Für etablierte Unternehmen wird es nämlich immer schwieriger, zu expandieren. Handwerksbetriebe finden kaum Flächen in der richtigen Größe, und auch für Gründerinnen und Gründer sowie Start-ups wird es schwieriger, eine geeignete Fläche und auf das Vorhaben bezogene Gewerbefläche zu finden.

Für den gebeutelten Bremer Arbeitsmarkt wird es perspektivisch leider auch nicht besser, wenn Bremen nicht endlich eine für den Standort würdige Gewerbeflächenentwicklung bekommt. Diese ist nun einmal ausschlaggebend für den regionalen, nationalen, aber auch globalen Standortwettbewerb, und die zentrale Herausforderung ist die Schaffung ausreichender und auf die Bedürfnisse zugeschnittener Gewerbeflächen. Wenn das nicht geschieht, wandern eben perspektivisch mehr und mehr Gewerbe- und Handwerksbetriebe, Unternehmen und so weiter ab, und sie siedeln sich auch leider nicht mehr in Bremen an, beziehungsweise noch schlechter: Sie gehen an andere Standorte, wandern nach Niedersachsen ab. Wir haben es ja nun leider gerade schmerzlich erleben müssen. Das kann nicht das Ziel Bremens und der Bremer Standortpolitik sein, und deshalb braucht der Wirtschaftsstandort Bremen endlich Planungssicherheit und einen transparenten Analyseprozess, eigene Standortbedingungen, um eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen für alle Bedürfnisse zu ermöglichen.

In den vergangenen Jahren wurde eine flächenzehrende Politik betrieben, ohne leider Flächen neu zu erschaffen. Die Dispositionsreserve ist immer weiter abgeschmolzen, die Flächen entsprechen eben nicht mehr dem angefragten Bedarf. Umso erfreulicher ist es, dass es die ersten Einigungen hinsichtlich des Gewerbeflächenentwicklungsplans 2030 gibt. Positiv ist hier insbesondere der Aufbau von Dispositionsreserven zu bewerten,

denn nur so kann Bremen langfristig bedarfsorientiert die Flächen zur Verfügung stellen, aber wir erwarten, dass jetzt auf die Worte auch Taten folgen.

Womit wir ein Problem haben, ist, dass Sie stark auf die Eingriffe durch verschiedene wirtschaftspolitische Instrumente wie Vorkaufs- und Rückkaufsrechte setzen sowie die Vergabe im Erbbaurecht, das wurde ja eben auch noch einmal bekräftigt. Das sehen wir als FDP-Fraktion definitiv kritisch.

(Beifall FDP)

Egal, ob es um die Finanzierung von Vorhaben oder künftige Investitionsentscheidungen geht, das Instrument des Erbbaurechts ist mit vielen Unsicherheiten behaftet, und das ist auch nicht in Einklang zu bringen mit den hanseatischen Kaufmannstugenden, die viele Unternehmen als Werte in sich tragen. Es muss wirklich ein Angebot zum Kauf gemacht werden können, und das in allen Flächengrößen, denn viele nutzen gerade auch die eigene Fläche, um sie nachher noch einmal bei der Bank als Fläche zu hinterlegen. Deswegen brauchen wir das, und eine Erbbaupacht ist da einfach nicht das richtige Instrument. Nur so können wir Unternehmen kurz- und mittel- und insbesondere auch langfristig in Bremen halten und damit auch neue Perspektiven bieten.

An der Entwicklung von attraktiven Gewerbeflächen hängt die Zukunft Bremens. Start-ups, Logistik, das Handwerk, der Mittelstand und auch die klassischen Industriebetriebe sind auf die Bereitstellung von Gewerbeflächen angewiesen, um auch in ihrer Entwicklungsmöglichkeit nicht eingeschränkt zu werden. Das gilt eben auch für Unternehmensgründungen genauso wie für Betriebsübernahmen und betriebliche Neuausrichtungen. Diese werden sich, abhängig von der Gewerbeflächenpolitik des Standortes, nämlich genau überlegen, wo sie sich ansiedeln oder ob sie den Wert der Standorttreue, den ja oft die Familienunternehmen in sich tragen, aufrechterhalten. Ich nenne nur gern wieder das Beispiel Hachez: Als das Unternehmen in Familienhand war, war es die ganze Zeit am Standort, und auf einmal war es dann leider nach dem Verkauf doch weg.

Auch das Thema Expansion ist in einer globalisierten Welt entscheidend, und es liegt an uns, die Expansion am Standort möglich zu machen. Bremen muss punkten, um nicht vom Umland abgehängt zu werden, denn längst wachsen an den Landesgrenzen Gewerbezentren heran, die die Kraft haben, Bremen ins Abseits zu katapultieren, und da gehört

Achim auf jeden Fall dazu. Innovationen tragen nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Innovationen sind es, die den Strukturwandel ermöglichen, und auch Start-ups tragen damit einen nicht zu unterschätzenden Teil am dynamischen Innovationsgeschehen bei und können viele Arbeitsplätze schaffen. Zudem bilden sie die Familienunternehmen von morgen.

Durch die Schaffung und langfristige Sicherung von innovativen Arbeitsplätzen kann die gebeutelte Arbeitsmarktsituation in Bremen deutlich verbessert werden, was zur Erhöhung der Beschäftigungsquote führt und letztlich auch viele unserer sozialen Probleme löst, und das ist doch unser Ziel, nämlich es den Menschen zu ermöglichen, auskömmlich für sich selbst in unserer Stadt zu sorgen. Vor dem Hintergrund ist es nämlich wichtig, dass wir der Wirtschaft signalisieren: Ja, wir wollen euch, ja, ihr seid willkommen, und wir müssen endlich alles, was nachhaltige Arbeit schafft, mit offenen Armen willkommen heißen.

Die Zukunft der wirtschaftlichen Stärke und Wettbewerbsfähigkeit Bremens ist maßgeblich von der Entwicklung des zur Verfügung stehenden Flächenangebots abhängig, und deshalb fordern wir den Senat noch einmal auf, jetzt eine angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung auf den Weg zu bringen, welche auch zukünftig vermarktbar und bezahlbare Flächen vorhält. Alle Hemmnisse und Hürden sind auszuräumen, und das darf nicht länger Streitthema sein.

Die Koalition muss jetzt geschlossen hinter einer zukunftsorientierten Gewerbeflächenentwicklung und einem starken Wirtschaftsstandort stehen, denn Bremen braucht jetzt die Entwicklung einer ganzheitlichen Gewerbeentwicklungsstrategie, die im besten Fall einen Teil einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie ist, denn es muss ja auch klar sein, dass die Verfügbarkeit von Bauland nicht mehr der alleinige Faktor für eine Unternehmens- oder Gewerbeansiedlung ist. Viel wichtiger ist heute eben auch noch die Kombination aus einem gut erschlossenen Gewerbegebiet auf der einen Seite, aber dann muss es eben auf der anderen Seite auch attraktive arbeitsortnahe Wohnungsangebote, leistungsfähige Infrastruktur und natürlich auch die Nahversorgung und Schulstandorte geben und der Erholungsort für die gesamte Familie sein.

Ja, wir stimmen dementsprechend natürlich dem Dringlichkeitsantrag der CDU zu. Wir sehen definitiv den Bedarf, es muss einfach etwas passieren.

Was ich schade finde, ist, wenn hier oft so ein bisschen seitens der Koalition suggeriert wird, dass der Staat der bessere Bauherr ist. Ich glaube, das ist falsch. Nein, der Staat ist auch nicht der bessere Unternehmer, sondern unsere Aufgabe ist es, hier für ein vernünftiges Flächenangebot zu sorgen, aber dann müssen wir uns da an irgendeiner Stelle auch heraushalten. Für mich ist eigentlich das bezeichnend, wenn Sie davon sprechen – –.

Herr Bücking, Sie waren eben ganz euphorisch, es ist ja auch schön, dass Sie von Ihrem eigenen Plan so überzeugt sind, das finde ich großartig, aber ich finde, der Umgang mit dem Kulturbeutel e. V. am Bremer Flughafen zeigt, was für Sie effiziente Flächennutzung und Gewerbeflächenentwicklung in Bremen heißt, und das passt einfach nicht, wenn wir genau diese Fläche, die so wertvoll ist,

(Beifall FDP, CDU)

den Leuten überlassen. Kultur ist wichtig, und wir können sie nicht gegeneinander ausspielen, ja, definitiv, aber wir müssen uns auch – –. Wenn Sie ein Bekenntnis dazu leisten, dass unsere Flächen endlich sind, dann können wir nicht solche Flächen, die dafür prädestiniert sind, Gewerbe weiterzuentwickeln, einfach an den eingetragenen Verein vergeben, und da erwarten wir auch von Ihnen mehr Weitsicht und einfach auch ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder.

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Stahmann, da möchte ich schon noch einmal eben sagen, dass ich auch in meinem ersten Beitrag ganz konkrete Dinge genannt habe. Wir haben über die Bayernstraße gesprochen, über den Nordwestknoten, über Airport-City-Süd, über den Flächennutzungsplan, dass wir ihn erweitern würden. Ich finde, das sind schon Dinge, über die kann man reden, und vor allem stellen wir diesen Dringlichkeitsantrag ja deswegen, weil wir endlich konkret diskutieren wollen.

(Beifall CDU)

Wir brauchen ja endlich einmal diesen Antrag, damit wir wissen, wovon wir eigentlich reden. Deswegen stellen wir diesen Dringlichkeitsantrag, und

dann reden wir gern auch konkret über jedes Vorhaben.

Ich möchte noch einmal wirklich etwas festhalten: Gewerbeflächenentwicklung ist aus unserer Sicht das wichtigste Instrument der kommunalen Wirtschaftsförderung. Durch einen Hektar vermarkteter Gewerbefläche in Bremen werden im Durchschnitt fast sieben Milliarden Euro private Investitionen ausgelöst und rund 100 Arbeitsplätze neu geschaffen und gesichert, und wenn wir es schaffen, die Flächen in Zukunft noch produktiver zu nutzen und besser zu verdichten, was wir grundsätzlich begrüßen, können wir uns natürlich auch noch viel mehr Arbeitsplätze auf einem Hektar vorstellen. Alle anderen Programme, so gut sie auch gemeint sind, oder Initiativen der Wirtschaftsförderung, können so einen vergleichbaren Effekt nicht hervorrufen.

Durch Ihre Weigerung, als Regierungskoalition auf diesem wichtigen Feld gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, laufen wir nun sehenden Auges in die Situation, wie Frau Wischhusen es sagte, dass Unternehmen, die sich in Bremen ansiedeln oder erweitern möchten, hier keine Flächen bekommen können und in das Umland abwandern. Das ist das, was wir alle nicht wollen, denn wer keine Arbeit in Wohnortnähe findet und nicht arbeitslos oder auf Sozialleistungen angewiesen ist, der muss weitere Anfahrtswege in Kauf nehmen, wenn sich der Arbeitsplatz nicht in Bremen befindet, sondern in Niedersachsen. Hinzu kommen die ganzen Steuereinnahmen, die natürlich in Bremen auch verloren gehen.

Aus dem Sachstandsbericht 2020 zum GEP, den wir im April in der Wirtschaftsdeputation diskutiert haben, geht hervor, dass die bereinigte Dispositionsreserve an vermarktbaren Gewerbeflächen Ende 2020 nur noch 22 Hektar betrug. Deswegen ist es Augenwischerei, wenn Sie offiziell in Ihrem Papier an dem Ziel mit den 100 Hektar festhalten, denn Sie wissen genauso wie wir, dass viele dieser Flächen nur auf dem Papier existieren, weil sie anderweitig genutzt werden, langfristig reserviert oder seit Jahren vom Markt nicht angenommen werden. Entscheidend ist tatsächlich: Welche Flächen stehen konkret für die Vermarktung zur Verfügung?

Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel nennen: Im Gewerbepark Hansalinie stehen trotz der laufenden Erschließung der zweiten Baustufe – wir haben schon darüber gesprochen – nur noch zweieinhalb Hektar für eine neue Vermarktung zur Verfügung.

Alle anderen neu erschlossenen Flächen sind bereits reserviert, was ja grundsätzlich gut ist, hauptsächlich natürlich für Zulieferbetriebe der Automobilindustrie. Diese Flächen und diese Firmen brauchen wir dringend auch auf dem Weg hin zu einer emissionsärmeren Mobilität.

Wir kommen bei der Planung und Erschließung des Gewerbeparks Hansalinie viel zu langsam voran. Mit der Planung der dritten Baustufe als nachhaltiges energie- und klimaeffizientes Gewerbegebiet haben Sie erst im Jahr 2019 begonnen, und als CDU-Fraktion erwarten wir gern von Ihnen, dass Sie Ihr Versprechen einhalten und noch in diesem Jahr mit der Erschließung beginnen.

Das Thema Mobilität hatte ich eben kurz angesprochen, das kommt in Ihrem Papier auch überhaupt nicht vor. Ich hoffe, wenn der Gewerbeflächenentwicklungsplan denn vorliegt, wird Mobilität auch ein Thema sein, denn der Anteil der Zulieferverkehre für Mercedes am Gewerbegebiet Hansalinie beträgt rund 50 Prozent. Diese regelmäßigen Kurzstreckenverkehre sind also wie gemacht für Elektro- und Wasserstoff-Lkws. Es gibt da auch schon ein Pilotprojekt von beteiligten Unternehmen mit drei oder vier solcher Fahrzeuge, und von unserer Wirtschaftssenatorin und der WFB erwarten wir, dass sie bei diesem Vorhaben noch viel stärker investieren und Fördermittel einwerben, damit wir solche Konzepte größer skalieren können. Schließlich sagen mir die Beteiligten auch, dass die Ladeinfrastruktur natürlich in Bremen an der Stelle ausgebaut werden muss.

Wie passt das alles mit Ihren hehren ökologischen Zielen zusammen? Wir erwarten von diesem Senat, dass er sich um solche Themen kümmert und dass er nach kreativen Lösungen sucht, anstatt Gewerbeentwicklung insgesamt zu blockieren. Deswegen zum Schluss – ich habe es eingangs gesagt –: Bitte legen Sie den Plan vor, damit wir hier in dieser Runde gemeinsam diskutieren können!

Frau Präsidentin, eine zynische Abschlussbemerkung möchte ich mir jetzt nicht verkneifen: Eigentlich muss ich mir jetzt auch keine Sorgen machen, denn wenn die Stadt weiter so verdreckt, wenn wir weiter absurde Verkehrsexperimente machen, wenn sich die innere Sicherheit weiterhin so schlecht entwickelt und die Bildung so schlecht bleibt, dann will sich hier ohnehin keiner ansiedeln. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Gut, dass er kein Bürgermeister geworden ist! – Zurufe)

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war mir übrigens damals im Viertel ein Anliegen, mich darum zu bemühen, den Stadtteil so sauber zu halten, wie es ging, und ich bin – –.

(Zuruf)

Dafür haben wir eine – –. Das führt zu weit! Dass dieser Senat aber nicht darum kämpfen würde, diese Stadt so herzurichten, dass man da gern sein will und dass sie sauber und einladend ist und gut riecht, ich glaube, gerade die letzten Initiativen – das konnte man gerade wieder in der Zeitung lesen – für den Bahnhofvorplatz zeigen genau in diese Richtung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Insofern finde ich, Herr Meyer-Heder, es zutiefst standortschädlich und herabsetzend, wenn Sie in die Welt setzen, hier wolle sich sowieso keiner mehr ansiedeln, weil die Mülltonne umgekippt ist. Das finde ich unterirdisch.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe CDU)

Ja, so viel zu Ihrem Engagement für diesen Standort! Das müssen wir einmal festhalten. Sie haben es jetzt eingeleitet als zynisch, das war auch zynisch!

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Zum Thema Engagement!)

Jetzt aber zu den Fragen, die wir eigentlich heute diskutieren! Ich würde gern mit Ihnen einmal kurz über das Thema Dispositionsreserve sprechen. Was ist das Thema Dispositionsreserve? Dabei geht es darum, in dieser Reserve werden die Flächen benannt, die beplant sind, die erschlossen sind und zur Vermarktung bereitstehen. Das ist die Dispositionsreserve. Das sind in der Regel 100 Hektar. Zur Zeit der Großen Koalition waren es einmal 150, jetzt sind es 100. Bei diesen 100 Hektar wird ständig mit Unternehmen verhandelt: Wollen Sie das haben? Wollen Sie das nicht haben? Wie groß hätten Sie es gern? Würden Sie gern ein bisschen breiter, würden Sie gern ein bisschen schmaler, was

dürfen Sie da bauen, wie hoch, wie tief und so weiter? Diese Verhandlungen führen dazu, dass ein Teil dieser Dispositionsreserve reserviert wird.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Ich führe den Gedanken schnell zu Ende, wenn Sie einverstanden sind, und dann freue ich mich über jede Frage! Eine Sekunde also!

Von diesen 100 Hektar ist nun ein Teil in diesem Vermarktungsvorgang mit den einzelnen Unternehmen reserviert. Nach einer bestimmten Zeit kommt es zum Kaufvertrag, dann ist das heraus aus der Dispositionsreserve. Nach einer bestimmten Zeit scheitert der Versuch, das Grundstück zu verkaufen, dann gehört es wieder zum vermarktungsfähigen offenen Teil, aber beides – reservierte Flächen und auch die nicht reservierten Flächen – sind Teile der Dispositionsreserve. Das ist wichtig, sich einmal klarzumachen.

Je nachdem, wie die Konjunktur verläuft, schmilzt diese Dispositionsreserve schneller oder langsamer, und je nachdem, wie schnell wir beim Erschließen neuer Gewerbegebiete sind, wird sie wieder aufgefüllt. Darüber gibt es ausführliche Statistiken.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gern!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Frau Wischhusen!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Bücking! Mich interessiert, ob Sie bereit sind, das unternehmerische Engagement, zum Beispiel vom Kollegen Weiss, aber auch von Herrn Meyer-Heder anzuerkennen und sie damit nicht als Negativbotschafter Bremens zu diffamieren in dem Moment, in dem dort die Leute sitzen, die nämlich ganz vielen Menschen Arbeit schenken und damit eigentlich Positivbotschafter für die Stadt sein sollten?

(Beifall FDP, CDU)

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Darf ich ganz kurz darauf antworten? Erstens, ich würde mich als Freund von Carsten

Meyer-Heder bezeichnen, und ich schätze Christoph Weiss sehr, um das einmal ganz klar zu sagen, und ich schätze sie erstens als Personen und zweitens als Unternehmer. Politisch trennt uns viel.

(Heiterkeit und Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen müsst ihr mir das schon verzeihen! Wenn es eine politische Position von Carsten Meyer-Heder gibt und er sagt, er könne gar nicht verstehen, wie überhaupt jemand auf die Idee kommt, sich in Bremen anzusiedeln, weil es hier so schmutzig ist, dann muss ich sagen, zack, einmal über die Planke!

Ich war gerade bei der Dispositionsreserve. Ich habe versucht, das noch einmal zu erklären. Dass eine Stadt nicht kontinuierlich erschließt, sondern gewissermaßen ruckweise, das muss doch auch jeder verstehen. Dann hat man den zweiten Bauabschnitt in der Hansalinie realisiert, man hat die Straßen gelegt, man hat den Sand aufgebracht, man kann anfangen, zu verkaufen. Vorher schon fängt man an, zu verhandeln, wer die Grundstücke haben will, und dann, zack, geht die Dispositionsreserve hoch. Dann ist sie deutlich höher als 100 Hektar, und dann kommt dieser Vermarktungsvorgang in Gang, und sie sackt wieder ab. So ist der Vorgang.

Wir haben jetzt aus Gründen, weil es uns zu lästig war, dass immer wieder auf Farge-Ost hingewiesen worden ist, gesagt, Leute, Sie werden es nicht los, nehmen Sie es einmal heraus. Das finden wir richtig. Dann haben wir einen Anruf vom Wirtschaftsressort bekommen, sie haben gesagt, herausnehmen aus der Dispositionsreserve ist in Ordnung, aber nicht herausnehmen aus den Gewerbeflächen. Da haben wir gesagt, in Ordnung, das verstehen wir sofort, zur Gesamtsumme der Gewerbeflächen soll das weiter gehören. Abgeräumt!

Dann dieses Elendsthema – das wurde von der CDU auch wirklich öfter und zu Recht angesprochen –, dann hat man so eine Gewerbefläche, man hat auch schon die ganzen Ausgleichsmaßnahmen gemacht, und dann wird man sie nicht los, und dann wächst darauf die Birke. Dann ist es mühsam, zu sagen, der Nächste, der das jetzt kauft, ist verantwortlich dafür, praktisch ein zweites Mal einen Ausgleich zu bezahlen, sich da ein zweites Mal herumzuquälen. Da haben wir gesagt, Schluss, das ist jetzt Natur auf Zeit, wir freuen uns, wenn da die Birke wächst, und wenn es so weit ist, dass Carsten Meyer-Heder da seine Schiffsfabrik bauen will, dann darf er die Birke entfernen, und wir verlangen

nichts extra. Also, auch diese Frage ist abgearbeitet, da brauchen wir uns keine Sorgen mehr zu machen.

Zum Thema, ob Erbpacht hanseatisch ist, Frau Wischhusen, das ist wirklich skurril. Natürlich ist es seit jeher eine hanseatische Haltung gewesen, in den Hafengebieten Erbpacht zu verlangen, und noch hat keiner aus den Hafengebieten jemals gesagt, das sei jetzt für ihn der Ruin gewesen. Das ist Unsinn! Wir haben die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft in Bremerhaven, die da riesige Flächen betreut, und so, wie ich es höre, machen sie das ganz ordentlich. Die Erbpacht wird verwendet, um das Gewerbegrundstück ständig in Ordnung zu halten, das machen sie besser und machen sie schlechter, aber an der Erbpacht scheitert das da nicht.

Ich weiß auch, dass viele Unternehmen gern Grundstücke kaufen. Ich weiß auch, dass viele von denen an ihre Kinder denken und die langfristige Sicherung des Vermögens im Kopf haben und vielleicht sogar auch darüber nachdenken, dass der Wert des Grundstücks steigt durch ihre Aktivität wie auch die Aktivität der Stadt und der anderen Unternehmen. Das weiß ich auch alles, weshalb wir im Übrigen nicht sagen, wir machen überall Erbpacht, aber da, wo Grundstücke eine Lagegunst haben, wie zum Beispiel im Hafen, da finden wir es sehr sinnvoll.

Deswegen könnten wir doch einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob wir nicht an der Hannakunath-Straße sechs Hektar, gerade neu geschaffen, Parzellen abgeräumt, sehr zum Leidwesen meiner Senatorin, jetzt machen wir da aber flughafenaffines Gewerbe – -. Wir denken sehr ernsthaft darüber nach, zu sagen, an der Stelle mag es sinnvoll sein, Erbpacht zu machen, langfristig wirtschaftlich für die Stadt, für die WFB in diesem Fall ein Vorteil, das sage ich Ihnen voraus. Möglicherweise ist das auch ein guter Vorschlag für dieses eines Tages verwertete Grundstück auf dem Flughafenbetriebsgelände. Da vermag ich mich aber jetzt noch nicht festzulegen.

Dass Hachez Bremen nicht verlassen hat wegen eines Mangels an Gewerbegrundstücken, ich meine, jetzt unter uns, das ist auch klar, oder? Sie waren da in dieser Fabrik, sie haben das Gefühl gehabt, in Polen ist es billiger mit dem Kochen der Schokolade, und deswegen haben sie uns eine kalte Nase gezeigt. Was ist dann der nächste Schritt gewesen? Es war Hachez oder besser gesagt die dahinterste-

hende dänische Firma, die gesagt hat: Von unserem Grundstück wollen wir jetzt aber so eine richtige Stadtentwicklungsrendite haben, das soll dann aber Wohnen werden, das soll jetzt aber in jeder Hinsicht nicht mehr gewerblich genutzt werden. Es war eine Mühe, unter anderem von Frau Nießen und anderen, darauf zu bestehen, dass auf diesem Grundstück auch in Zukunft Arbeit eine Rolle spielen soll; nicht nur das, auch noch universitäre oder Hochschulnutzung und Ähnliches.

Deswegen, die reale Auseinandersetzung um die Zukunft dieser jeweiligen Grundstücke ist ein hartes Stück Arbeit, das ist nicht einfach. Da ist es auch völlig klar, dass die darum herum liegenden Wohngebiete, die Beiräte oft sagen: Könnten Sie bitte dieses Gewerbe, das jetzt auch mit dem Verkehr oder mit Krach verbunden ist, von uns fernhalten? Dann durchzuhalten und zu sagen, wir sorgen dafür, dass Arbeit in der Stadt bleibt, ist eine der Verabredungen, die wir getroffen haben, und ich hoffe, wir halten sie durch. Dann ist die Probe aufs Exempel: Wie wird es denn genau bei Coca Cola und Könecke? Wie wird es denn genau bei der Grohner Wandfliese? Wie wird es genau in der Kornstraße, wie wird es genau bei Hachez und so weiter? Das ist nicht alles „Lobet den Herrn“, aber es ist die mühsame Arbeit an der Bewältigung der Flächenkonkurrenz in der Stadt.

Was wir nicht mehr wollen, ist, diesen Aushandlungsprozess, der in unserer Stadt notwendig ist, einfach dadurch zu entspannen, indem wir sagen, soll doch der Kiebitz bleiben, wo er will. Das ist nicht mehr unsere Lösung, sondern wir sagen, da draußen ist Schluss. Das Problem müssen wir im Inneren lösen.

Da brauchen wir Ihre Unterstützung, sage ich, weil Sie als erfahrene Unternehmerin und auch Herr Meyer-Heder ja jemand sind, die ein Unternehmen repräsentieren, und soweit ich es gesehen habe, hat sich Herr Meyer-Heder dafür entschieden, in die Überseestadt zu gehen, weil er die Umgebung der Stadt schätzt und sucht. Das ist doch auch ein interessanter Hinweis, dass er nicht auf die grüne Wiese gegangen ist, oder? In diesem Sinne, glaube ich, lassen Sie uns einmal daran arbeiten, um herauszufinden, was das Beste für die Stadt ist, und wir glauben, in dieser Richtung, wie wir sie hier gezeigt haben, liegen wir ganz richtig. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung! Lieber Herr Meyer-Heder, wenn ein Spitzenkandidat der CDU einer Bürgerschaftswahl hier das Land schlechtmacht,

(Zurufe CDU)

dann ist das wirklich sehr schlimm!

(Beifall SPD – Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Weil die SPD immer so viel Arroganz zeigt! – Zurufe CDU)

Liebe Frau Wischhusen, wenn wir das in einen betrieblichen Kontext stellen, dann ist das geschäftsschädigendes Verhalten, aber als Politiker kann man das daherreden.

Jetzt zu den Inhalten! Ich bin ein bisschen erstaunt über die Debatte, denn vieles, was hier an Anforderungen gekommen ist, steht in unserem Papier. Insofern verstehe ich die Kritik nicht in allen Fällen. Ich will noch einmal auf zwei Dinge eingehen: Wir haben als Koalition ausdrücklich in dem Papier die Anregung der Handelskammer aufgenommen, dass wir uns kurzfristig über die Gewerbegebiete unterhalten müssen und kurzfristig etwas machen müssen. Darin steht, in den nächsten zwei Jahren gehen wir durch die Gewerbegebiete und schauen, was da möglich ist. Den Absatz muss man einfach nur lesen, er steht darin, erster Punkt!

Zweiter Punkt: Wir haben ausdrücklich hineingeschrieben, dass das bei der Erweiterung von bestehenden Firmen natürlich anders behandelt werden muss als bei Neuansiedlungen, denn wir wollen sie behalten. Sie haben keine Chance, woanders hinzugehen, wir können sie nicht umsiedeln, sie wollen erweitern, also muss man das anders behandeln. Das steht ausdrücklich darin. Ich verstehe nicht, wieso die Frage aufkommt.

Dritter Punkt: reservierte Flächen! Da hat die CDU recht. Die Frage der reservierten Flächen ist mir persönlich ein großer Dorn im Auge, und zwar deshalb, weil wir, wenn man sich inhaltlich ein bisschen näher damit befasst, Reservierungen haben, die sehr viele Jahre dauern

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Genau!)

und uns dann sozusagen Reserveflächen und Dispositionsreserve blockieren. Da ist der Gewerbepark Hansalinie noch ein positives Beispiel, weil wir da den Wechsel vom Verbrenner zur E-Mobilität haben, weil wir wissen, in welchen Jahren das passiert, und dann werden auch Flächen wieder frei, denn die, die vorher zu Verbrennern zugeliefert haben, werden dann zurückgehen, und die, die der E-Mobilität zuliefern, werden dazukommen. Insgesamt aber – deswegen haben wir auch diesen Punkt da hineingeschrieben und noch einmal in dem Papier verschärft – haben wir gesagt, wir müssen mit Reserven und mit der Dauer von Reserven anders umgehen. Wir brauchen also einen Entwicklungsschritt, und wenn der nicht erfolgt, dann muss man das zurücknehmen. Dann ist das eben nichts mit der Reserve.

Dritter Punkt: Dispositionsreserve! Wir reden jetzt auch hier heute wieder die ganze Zeit – –.

(Zuruf)

Ist das der vierte Punkt? Ich dachte, bei dreien kann ich ein bisschen länger reden!

(Zuruf)

Ach so! Wir reden hier die ganze Zeit über Dispositionsreserve in Hektar. Das ist im Grunde nicht mehr richtig, denn wenn wir uns das einmal genau ansehen, ist ein Gewerbegebiet ja nicht ein Gewerbegebiet. Es ist ein riesiger Unterschied, ob wir eine Anzahl von Quadratmetern in Farge-Ost vermieten oder in der Überseestadt. Das heißt, die Frage, was ist eigentlich mit Bruttogeschossfläche, was wird da eigentlich gebaut, wie nachhaltig wird gebaut, spielt natürlich bei der Vermarktung eine Rolle, bei der Ansiedlung eine Rolle und bei dem Wert und bei der Erbpacht eine Rolle. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen die Dispositionsreserve in Zukunft eben nicht nur in Quadratmetern messen, also in Hektar, sondern da auch noch einmal die quantitativen Aspekte einbringen und solche Dinge wie Bruttogeschossfläche oder andere entwickeln, um ein wirksames Instrument zu haben, um unterschiedliche Gewerbegebiete auch besser abbilden zu können. Auch darauf will ich noch einmal hinweisen.

Einen Punkt will ich noch einmal aufgreifen, Frau Wischhusen, mit der Frage, warum muss das jetzt alles in Vorkaufsrecht, Erbpacht, Rückkauf und so etwas sein! Das ist eine berechnete Frage, und wir haben darüber natürlich auch lange diskutiert und auch versucht, dazu Kriterien zu entwickeln. Wenn

man aber weiß, dass die Flächen endlich sind, wenn man weiß, dass man zu einer Flächenkreislaufwirtschaft kommen muss, dann kommt man zwangsläufig irgendwann zu der Frage: Wie stellen wir eigentlich die Handlungsfähigkeit des Parlaments und der Regierung sicher? Wenn alles verkauft wird, ist es irgendwann weg, und es wird nur noch gewechselt zwischen dem privaten Markt, der jetzt schon heute – ich glaube, Herr Bücking hat es gesagt – den größten Anteil ausmacht.

Wenn wir Handlungsfähigkeit auf Flächen haben wollen, auf Bruttogeschossflächen, auf Ansiedlung, auf Clusterpolitik, für Start-ups, dann müssen wir die Handlungsfähigkeit der Regierung und des Parlaments so sichern, dass wir eben auch einen Zugriff behalten auf die Flächen, die wir nicht jedes Jahr neu erschließen, sondern auf die Flächen Brownfield oder andere Dinge, Häuser, die frei werden, wo wir dann Start-ups und anderes ansiedeln können. Deswegen haben wir uns für diesen Weg entschieden, weil wir glauben und fest davon überzeugt sind, dass er perspektivisch notwendig ist und weil wir jetzt nicht noch zehn Jahre im Gewerbeentwicklungsplan warten können und damit im Jahr 2040 anfangen, sondern weil wir diesen Wechsel heute machen müssen.

(Beifall SPD)

Deswegen finde ich, gute Gewerbepolitik, gute Industriepolitik ist Flächenpolitik, ist Gewerbeschutz, ist Industrieschutz, Clusterpolitik und Förderung von Start-ups, und das ist eine Vorlage, die insgesamt rund ist, die durchdacht ist und die ganz viele Aspekte berücksichtigt. Sie ist eben mehr als die reine Flächensystematik. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch noch einmal auf einen Punkt eingehen, den auch Sie, Frau Wischhusen, angesprochen haben, nämlich die Frage, was brauchen wir eigentlich für Gewerbeflächen, denn wir sind der festen Überzeugung, dass wir attraktive Gewerbeflächen brauchen, die eben keine Betonburgen ohne ÖPNV-Anschluss mehr sind. So findet man nämlich auch keine Fachkräfte mehr, und Sie haben das ja auch angesprochen. Das haben verschiedene Unternehmen, die große neue Produkti-

ons- und Verteilzentren auf der grünen Wiese errichtet haben, bundesweit bereits erlebt. Das heißt, wir brauchen eine gut in die Stadt integrierte gewerbliche Wirtschaft. Das ist wirklich der Schlüssel zu Wirtschaftswachstum, zukunftsfähiger Beschäftigung und zu guten Arbeitsbedingungen.

Da möchte ich auch noch einmal ansetzen bei dem, was Sie auch gesagt haben, denn ich fand ja manche Forderungen auch richtig. Sie sagten, wir brauchen Gewerbeflächen für kleine und mittlere Unternehmen, für Soloselbstständige, für Start-ups, und das muss auch leistbar und bezahlbar sein, das muss ausreichend zur Verfügung stehen, aber deswegen verstehe ich eigentlich auch nicht, warum Sie gegen unsere Instrumente sprechen.

Wenn Sie mir vorhin zugehört haben – das hat mein Kollege Herr Stahmann hier eben auch ausgeführt –: Natürlich ist es doch momentan so, ein Großteil der Gewerbeflächen ist momentan sowieso in Privatbesitz und wird auch privat wieder an andere veräußert. Uns geht es ja darum, dass wir genau Instrumente schaffen, um überhaupt noch Flächenangebote vorhalten zu können und sie auch bezahlbar zu haben. Da sind eben genau solche Instrumente wie Erbpacht, wie die Frage von Ankaufsrechten/Rückkaufsrechten einfach die Möglichkeit, die wir überhaupt haben, um auch einen gewissen Deckel auf die Mietpreisentwicklung zu legen.

Auch unsere Ansätze zu sagen, wir wollen Schutzgebiete für die Gewerbe machen, wir wollen sehen, dass Gewerbe nicht an allen Stellen vom Wohnen verdrängt wird, das sind genau die Instrumente, mit denen wir es schaffen wollen, dass es wirklich solche leistbaren Instrumente sind. Deswegen, ich sage einmal, Sie haben zwar richtige Dinge in Ihrem Part angesprochen, die Sie gern haben möchten, aber bei Instrumenten, wie Sie sie erreichen wollen, ist Fehlanzeige bei der FDP.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Das unterscheidet uns, Herr Tebje!)

Sie haben kein Angebot gemacht, wie Sie das eigentlich erreichen wollen, sondern stellen immer nur Forderungen, was es alles geben soll, aber Instrumente dazu wollen Sie nicht präsentieren.

Herr Meyer-Heder, ich möchte auch noch einmal darauf eingehen, Sie haben es ja vorhin auch noch einmal bei der Horner Spitze ausgeführt: Warum ist da so viel beschrieben, auch mit der Umweltverträglichkeit? Weil wir natürlich schon wissen, dass

das ein besonderer Standort ist auch im Rahmen auf die jetzigen Nutzerinnen und Nutzer und Anwohnerinnen und Anwohner in diesem Bereich! Sie sind aber doch auch in dieser Deputation, Sie müssten doch wissen, dass wir bereits ein Papier verabschiedet haben, das „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte“ heißt! Das heißt, alles, was wir neu machen in Gewerbegebieten, ist genau diesen Dingen unterlegen: dass wir Dachbegrünung machen, dass wir Fassadenbegrünung machen, dass wir zukunftsfähige Standorte machen, die eine entsprechende Infrastruktur für die Beschäftigten aufweisen, die attraktive Ort für Beschäftigte sind, die aber auch entsprechend Klimaneutralität voraussetzen und klimaneutrale Anbindung voraussetzen. Das haben wir bereits gemeinsam in der Deputation beschlossen. Insofern hat sich eigentlich da Ihre Frage auch schon von selbst erledigt.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Zu guter Letzt: Was mir hier wieder einmal auffällt, ist, dass Sie als CDU und als FDP wieder sagen, was Sie gern wollen, aber anstatt irgendetwas zu präsentieren, wie Sie mit dieser Situation umgehen, dass wir einen begrenzten Raum an Flächen haben und wie Sie das im Grunde gestalten wollen, da bieten Sie nichts an, gar nichts! Das finde ich eigentlich ein Armutszeugnis der Opposition an dieser Stelle, und dabei will ich es auch belassen. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe diese Debatte sehr aufmerksam verfolgt. Wir diskutieren hier heute einen Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Gewerbeentwicklungsprogramm 2030, und erst einmal habe ich mich gefreut. Ich kann darüber ehrlich gesagt gar nicht genug diskutieren. Frau Staatsrätin Nießen und ich waren gestern auf der EXPO REAL und haben den Bremen-Abend eröffnet und sehr interessante Gespräche geführt, übrigens über ein Wirtschaftssystem, das schon lange nicht mehr so dereguliert ist und von Unternehmen auch nicht mehr so dereguliert gewollt ist, über das Ende von Wachstum, über das Ende von Flächen, über Employer Branding, über die Frage, wohin läuft unsere Gesellschaft,

dass ich gedacht habe, ich würde diese Unternehmer der Bau- und Immobilienindustrie gern einmal hier in eine Bürgerschaftsdebatte einladen, denn das ist genau die zukunftsweisende Diskussion.

Man kann ja in Teilen immer in den Maßnahmen auseinanderliegen, aber in der Lyse, die wir hier eigentlich diskutieren müssen und brauchen, denn da geht es um viel, und da geht es auch um Bundesland, deshalb habe ich mich erst einmal gefreut.

Dann aber, Herr Meyer-Heder – wir kennen uns ja nun auch ein bisschen –: Nein! Also ehrlich gesagt war das eine Reihe von substanzlosen Vorhaltungen. Da muss ich sagen, Frau Wischhusen, Sie haben da mehr Substanz in Ihren Redebeiträgen gehabt, auch wenn wir vielleicht in der einen oder anderen Frage, wie zum Beispiel bei Erbpacht und Vorkaufsrechten nicht beieinanderliegen, aber Herr Meyer-Heder, ich habe mich gefragt, warum Sie diesen Antrag gestellt haben, wenn Sie hier so unsubstantiiert reden, und ich habe mich auch gefragt: Was wollen Sie eigentlich?

Jetzt lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Rede festhalten, dass Sie ein paar Mythen aufgebaut haben, die ich jetzt gern einmal ganz kurz abräumen muss! Sie haben gesagt, wir sind mit dem GEP 2030 zwei Jahre zu spät. Totaler Unsinn! Wir wollten ihn vorlegen und in der Bremischen Bürgerschaft in diesem Herbst beschließen, das heißt, wir sind, wenn der Zeitplan eingehalten ist, ein Dreivierteljahr zu spät. Ja, das hatte unter anderem mit Corona zu tun, weil wir unser partizipatives Verfahren, das ich übrigens für sehr gut halte, auch im Nachhinein umstellen mussten, und es hat auch etwas damit zu tun – und der Kollege Bücking hat das hier sehr genau und sehr eindeutig auch gesagt –, dass wir in der Koalition unterschiedliche Herangehensweisen an das GEP 2030 hatten.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den wirtschaftspolitischen Sprechern bedanken – das muss ich ja jetzt nicht gendern, sie sind ja alle männlich –, dass sie so tief in diese Diskussion eingestiegen sind, auch mit den beiden beteiligten Ressorts und auch mit uns. Wir haben so viele Runden gedreht, dass ich sagen muss: Im Gegensatz zu dem Debattenbeitrag der CDU waren Ihre Beiträge von einer derartigen Sachkenntnis durchdrungen, dass ich mir wünschte, die eine oder andere wirtschaftspolitische Debatte in diesem Haus würde auch genau in diese Richtung geführt werden.

(Zuruf Abgeordneter Christoph Weiss [CDU])

Herzlichen Dank, Sie haben sich da sehr aktiv eingebracht!

Wir haben die Argumente ausgetauscht, wir haben übrigens auch, das ist nämlich auch ein Mythos, auch zwischen SKUMS und dem Wirtschaftsressort schon im Frühjahr schon sehr viele Konfliktpunkte ausgeräumt gehabt.

Dann zwei andere Mythen: Bayernstraße! Haben Sie den Koalitionsvertrag gelesen? Wir haben ganz klar gesagt, wir rühren die Kleingartengebiete nicht an, und ehrlich gesagt, Herr Meyer-Heder, habe ich auch nie etwas anderes gesagt, Punkt, aus! Ich habe hier nie von der Bayernstraße geredet, weil wir einen klaren Koalitionsvertrag haben. Warum bauen Sie so einen Mythos auf?

Dann reden Sie vom Nordwestknoten und Airport Süd. Ja, aber da haben wir auch Realitäten: Der Nordwestknoten hat gerade Nutzungen bis in die 2030erjahre, und es ist hier schon mehrfach gesagt worden: Airport Süd, eine für mich strategische Ausrichtung, hat aber natürlich auch den Nachteil, dass es die A 281 und die B 6n geben muss. Wir haben eine B 6n, die hier in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen wurde, und wir haben, wenn man auf die Seite der DEGES schaut, da ein Verfahren, das erst 2030 anfängt. Also – und da geht es nämlich dann schon in Ihre Richtung – haben wir uns zusammengesetzt: Wie bekommen wir denn Gewerbeflächen entwickelt, die für Airbus und für unsere Raumfahrtstandorte, für die Zulieferer auch vorhanden sind? Wenn wir über alles andere erst in den Dreißigerjahren reden können, dann ist es nämlich zu spät. Insofern haben wir hier ein sehr gutes Ergebnis für die Unternehmen, für die Betriebe, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit ehrlich gesagt auch für Bremen.

(Beifall DIE LINKE)

Also, noch einmal herzlichen Dank, dass wir diese Diskussion so tief und auch wirklich einmal diskursiv geführt haben, denn wir haben nämlich, glaube ich, alle daran gelernt!

Jetzt zwei Punkte: Wir halten an einer Dispositionsreserve an Gewerbeflächen in öffentlicher Hand in Höhe von 100 Hektar per anno fest. Ja, und das ist für mich ein riesiger Fortschritt. Herr Bücking hat auch ganz viel zur Dispositionsreserve gesagt, aber faktisch ist es so: Wir haben eine nicht bereinigte Dispositionsreserve – von Farge-Ost einmal ganz abgesehen und Reservierungen –, in der sehr viele Randgebiete enthalten sind, die nicht vermarktbare

sind, auf denen Umwidmungen für Schul- und Kitabau, für Recyclinghöfe sind. Die sind keine Dispositionsreserve, und wir reden jetzt von einer Dispositionsreserve, die vollständig erschlossen und vermarktbar sein soll, mit einer anderen Berechnung und einer anderen Grundlage – an welchen Standorten und in welchen Gebieten machen wir das –, und das ist für mich ein riesiger Fortschritt, denn faktisch haben wir zurzeit nur noch 30 Hektar vermarktbar Dispositionsreserve. Insofern: Alles top, wir haben jetzt ein klares Bekenntnis zu einer Zielgröße mit einem neuen differenzierten System und Kennzahlen, bei denen es nämlich darum geht, um welche Flächentypen bei welchen Nachfragegruppen und in welchen Stadtteilen wir die Bedarfe stillen müssen.

Dann haben wir festgehalten, dass auch der Bestand an Industrie und sogenanntem störenden Gewerbe insgesamt nicht kleiner werden darf. Ehrlich gesagt, für mich als Wirtschaftssenatorin ein absoluter Gewinn! Wir haben nämlich nicht nur wissensbasierte Dienstleister, wir haben auch nicht nur Handwerksbetriebe. Wir sind ein Industriestandort, verdammt noch einmal, und auf jeden Industriearbeitsplatz kommen hier mit Zulieferern, mit Logistik, mit wissensbasierten Dienstleistern et cetera sieben andere Arbeitsplätze im Mittelstand, aber wir müssen die Industrie hier schützen, und wir haben hier ein ganz klares Bekenntnis, dass wir den Bestand an Flächen für Industrie insgesamt hierbehalten und sie nicht mehr infrage gestellt werden. Ein absoluter Gewinn für den Standort und für mich als Wirtschaftssenatorin, mit dem kann ich da arbeiten!

Zu den Gewerbeschutzgebieten, die jetzt definiert werden, haben Sie alle schon hier etwas gesagt – die Kollegen der Regierungsfractionen –, deswegen möchte ich darauf nicht noch weiter eingehen, denn es ist heute schon sehr viel geredet worden. Für mich ist aber völlig klar, dass wir die Konversion von Brachflächen tatsächlich anders definieren müssen und dass wir auch klären müssen – und das ist für mich übrigens auch sehr wichtig –, was hier zur Sprache gekommen ist, dass wir bei den Gewerbeflächen auch ein anderes Monitoring bekommen, denn in der Vergangenheit sind viele Gewerbeflächen umgewidmet worden.

Dass wir da jetzt ein klares Bekenntnis dazu haben, dass wir das anders monitoren und damit anders handhaben, dass wir Konversion hinbekommen, das wir auch Flächen, weitere Flächen im Sinne der produktiven Stadt entwickeln können, um gewerb-

liche Arbeit zu sichern und konkrete Gewerbeflächenanteile zu erhalten, ist für mich als Wirtschaftssenatorin ein absoluter Gewinn und für den Standort Bremen auch, weil wir damit nämlich potenziell neue Flächen für den innovativen Standort oder für das innovative Bremen schaffen, und damit ist das von großer Bedeutung.

Jetzt habe ich eben schon gesagt, Airport Süd, das ist für mich eben keine Luftnummer, sondern tatsächlich etwas, das wir in diesem Jahrzehnt entwickeln können. Ja, wir werden da auch noch Gespräche führen müssen, wir müssen auch die Studie abwarten, aber wenn wir diese 25 Hektar große Fläche im südöstlichen Teil des Flughafens in diesem Jahrzehnt erschließen können, ist das besser als eine Diskussion, die wir vielleicht hier nicht gemeinsam geführt hätten, die aber in den 2030er Jahren erst in Realisierungs- und Umsetzungsschritten gegangen ist. Deshalb ist das für mich auch ein absoluter Vorteil als Senatorin für Wirtschaft, weil ich glaube, ich komme noch auf die sieben zu null, Herr Meyer-Heder, und würde Sie jetzt einmal –. Ich bin jetzt schon bei fünf, glaube ich.

(Zuruf)

Na gut! Dann haben wir auch gesagt, dass wir die Gewerbegebiete auch in der Airport City oder am Airport Süd mit dem Flughafen mit der Entwicklungsstrategie „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte“ entwickeln wollen, die wir, ich glaube, vor ein paar Monaten in der Deputation hatten.

Jetzt möchte ich noch einmal einen Mythos ausräumen: Es ist hier auch immer ganz viel gesagt worden, wir regulieren zu viel. Ich habe mit der WFB diesen Prozess „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte“, also mit Klimaschutz, Klimaanpassung, Biodiversität, aber vor allen Dingen mit Infrastruktur, mit Arbeitsplatzattraktivität zwei Jahre lang diskutiert, und am Anfang war das sehr zurückhaltend, so nach dem Motto: Schaffen wir damit nicht Standards, die die Unternehmen nicht wollen?

Was wir gerade erleben, ist: Wir brauchen diese Regulierung gar nicht, denn die Nachfrage regelt es. Was hier nämlich immer vergessen wird, auch von der CDU: Wir haben eine Transformation auch unter dem Stichwort Demografie, und die hochqualifizierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bestimmen nämlich gerade, wie ihr Arbeitsplatz aussehen soll, und wir haben eine Nachfrage nach solchen Gewerbegebieten, die so erschlossen sind, die klimaneutral sind, die Infrastruktur bieten, die Arbeitnehmerfreundlichkeit, vielleicht sogar noch

eine Freizeitgestaltung im Betrieb möglich machen. Wir erleben gerade, dass bei Flächen gerade im Officebereich, die im Bestand sind, die das nicht leisten können, Unternehmen herausgehen und in andere Standorte, zum Beispiel in die Airport City oder den TechPark oder eben in die Überseestadt gehen, weil die Arbeitnehmer genau diese Arbeitsplätze nachfragen. Also, es ist nicht zu viel Regulierung, sondern das regelt einmal der Markt, und in dem Fall die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Technologiepark, auch wichtig, da ist völlig klar, die Lage ist da total angespannt, und wir wollen Möglichkeiten der Ansiedlung schaffen. Das Potenzialprojekt liegt für uns an der Horner Spitze. Da ist die sogenannte Munte-Fläche ausgenommen, und wir wollen hier weitere Synergien zwischen der Universität und den privaten Akteuren der Wirtschaft stärken, um sowohl den Wissenschafts- als auch den Wirtschaftsstandort zu stärken, und ja, da haben wir ein paar Runden drehen müssen, wie wir das machen.

Im Übrigen, Herr Bücking, das waren sehr schöne Ausführungen zu der Bedeutung von OHB, das hätte ich jetzt hier auch nicht besser sagen können. Deshalb glaube ich, auch da sind wir – und da bin ich dann jetzt schon bei sechs oder sieben – an einem Punkt, an dem ich sage: Herr Meyer-Heder, das mit dem sieben zu null sehe ich ehrlich gesagt nicht, oder wenn, dann in eine andere Richtung, nämlich so, dass wir hier einen Prozess aufgesetzt haben, der ein Dreivierteljahr länger gedauert hat – aber auch durch die Pandemie – und nicht zwei Jahre, der aber zu wirklich guten Ergebnissen gekommen ist.

Deshalb, ich könnte hier noch eine ganze Menge sagen, aber das werde ich jetzt nicht, aber drei Sachen jetzt doch noch!

(Heiterkeit CDU)

Im Subtext des Dringlichkeitsantrags der CDU-Fraktion schwingt irgendwie mit – ja, Sie haben ja auch jetzt hier alle mehrere längere Reden gehalten, aber das muss ich jetzt klarstellen! –, dass wir quasi keine freien Gewerbeflächen mehr hätten beziehungsweise auch überhaupt gar keine Gewerbeentwicklungsmöglichkeit hätten, solange der GEP 2030 noch nicht vorgestellt und verabschiedet ist und durch die Gremien und durch die Beiräte gegangen ist, und dann wird auch noch behauptet, dass die Maßnahmen nicht ausfinanziert

sind. Dem möchte ich jetzt wirklich einmal entschieden widersprechen, und das möchte ich jetzt doch einmal an ein paar Beispielen erläutern!

Aktuell wird das Bebauungsplanverfahren für die dritte Baustufe des Gewerbeparks Hansalinie ausgesprochen, durchgeführt, und parallel dazu erfolgen die Vorbereitungsmaßnahmen zur Erschließung des Gebietes. Im Kämmereiquartier haben wir jetzt die Rahmenplanung für die Erschließung des Standortes, übrigens mit einer verstärkten Gewerbenachfrage. Ich war jetzt zweimal in Blumenthal. Ich bin wirklich beeindruckt, da war seit 2009 eine wirklich schwierige Situation, und dass wir da jetzt Gewerbenachfrage haben und so viele Interessierte und so viele Reservierungen, das ist nicht nur für das Gewerbegebiet Kämmereiquartier absolut ein Gewinn, sondern natürlich auch für den Stadtteil, und deswegen ist es auch wichtig gewesen, dass wir da mit dem Berufsbildungscampus auch vor allen Dingen kleinteiliges Gewerbe und Handwerksbetriebe und diesen Gewerbehof mit darin haben, den ich wirklich sehr gern realisiert haben möchte.

Im Bremer Industriepark wurde mit der Planung für die sechste Baustufe begonnen und die Bauleitplanung vorbereitet. Im Gewerbegebiet Steindamm werden weitere 1,9 Hektar Gewerbeflächen geschaffen, in der Airport-Stadt – auch das ist hier schon angeklungen – befinden wir uns in der Aufstellung eines Bebauungsplans zur Erweiterung der Gewerbeflächen in der Verlängerung der Hanna-Kunath-Straße. Darüber hinaus haben wir ein gemeinsames Ziel für die Airport-Stadt-West, dass wir da fehl- und untergenutzte Flächen – übrigens brauchen wir dazu keinen GEP 2030, das machen wir nämlich einfach! – für eine aktive Ansiedlungs- und Bodenpolitik noch einmal nachverdichten. Auch da brauchen wir den GEP 2030 nicht, das machen wir einfach.

Wir entwickeln aktiv Flächen der Produktiven Stadt, und das sind nicht nur die bekannten und wirklich sehr guten Quartiere, vor allen Dingen das Tabakquartier, Überseeinsel oder Steingutareal, sondern eben auch die anderen Orte in der Stadt wie Hachez und Kornstraße. Im Nordwesten der Überseestadt bereiten wir einen städtebaulichen Wettbewerb mit einem Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung vor, um das Areal möglichst bedarfsgerecht zu gestalten, und dann soll sofort das Planungsrecht angefasst werden. Für den Neustadtsgüterbahnhof ist eine gewerbliche Nutzung vorgesehen – auch da sind wir also daran –, da ist

eine entsprechende Änderung der Bauleitplanung im Verfahren.

Dies ist jetzt noch nicht einmal eine abschließende Liste, Herr Meyer-Heder, aber Sie sehen, dass wir keinen GEP 2030 brauchen, um hier auch Gewerbeflächen sinnvoll vermarkten zu können. Deshalb habe ich erst einmal sowieso keine Angst davor, dass Sie uns hier unterstellen, die bringen nicht zustande, und zweitens glaube ich auch – da hat der Kollege Bücking recht –, Sie erweisen uns und dem Standort Bremen einen Bärendienst, wenn Sie hier darstellen, als ob hier nichts funktionieren würde, nichts passieren würde, weil es erstens nicht stimmt und zweitens auch nicht sachgerecht ist. Das habe ich auch beim Wirtschaftsempfang der Handelskammer gesagt: Wer immer wieder erzählt, wir haben ein Fachkräfteproblem, weil das Bremer Bildungssystem so schlimm ist – und ich bin die Letzte, die die Probleme hier irgendwie schönreden würde, die Allerletzte! –, der sorgt aber tatsächlich für eine Selffulfilling Prophecy.

Natürlich ist es so, dass ein Ingenieur bei Airbus oder eine Entwicklerin bei OHB oder wo auch immer mit Sicherheit sein oder ihr Kind nicht in einem Stadtteil zur Schule schicken wird, in dem zwei, drei muttersprachlich deutsche Kinder in den Lerngruppen sind, und wenn Sie das hier immer behaupten, dann haben wir wirklich ein Problem, denn man kann auch in Bremen an Schulen völlig normal und gut zur Schule gehen und gute Leistungen erzielen. Wir haben ein Problem in der Diversität und in der sozialen Ungleichheit in unserer Stadt, aber hier immer zu behaupten, wir finden keine Fachkräfte, weil in Bremen alles nichts taugt, das ist schädlich. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/498 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bremer Biodiversitätsstrategie und Insekten-schutzprogramm

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 8. Oktober 2021 (Drucksache [20/515 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es hätte Zeiten gegeben, da hätten diese beiden Debatten nicht zueinander gepasst, aber in der Debatte vorher fiel öfter das Wort Biodiversität, und ich finde, es ist ganz gut, dass wir tatsächlich Wirtschaft mit Biodiversität entwickeln und auch diskutieren können. Das hat mir bei dieser Debatte gerade eben sehr gut gefallen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Als ob die katastrophale Klimakrise und ihre größtmögliche Bewältigung nicht schon eine schwer lösbare Aufgabe wäre, durch sie verstärkt hat der Verlust an Biodiversität das Artensterben oder auch das Vogel- und Insektensterben als in der Stadt sichtbarer Ausdruck dramatische Ausmaße angenommen. Von etwa 9 500 Pflanzenarten in Deutschland sind knapp ein Drittel, von 48 000 Tierarten 36 Prozent gefährdet. Das Artensterben ist neben der Klimakrise die größte Bedrohung weltweit. In den schlimmsten Szenarien, die es gibt, also wenn die Klimakrise noch schlimmer wird, geht man davon aus, dass tatsächlich zwischen 60 und 95 Prozent der Tiere und Pflanzen verschwinden könnten. Das hat natürlich Außenwirkungen, zum Beispiel auf die Bestäubung, die wir brauchen, damit das Leben auf diesem Planeten tatsächlich nicht nur wegen der Klimakrise ungemütlich wird. Wenn die Tiere und Pflanzen verschwinden, wird es doppelt ungemütlich.

Die Ursachen dafür kann man sich vorstellen. Die Umweltverschmutzung hat dramatische Ausmaße angenommen. Das kumuliert auch, Umweltverschmutzung ist ja nicht einfach weg. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein großes Problem, gerade dort, wo sie als Monokultur betrieben wird. Der Flächenverbrauch ist eben angesprochen worden. Irgendwann hört es einmal auf mit dem Gebrauch von Flächen, den wir ja hier so übermäßig gestalten. Der Klimawandel, das habe ich schon erwähnt, verstärkt das Artensterben auf dramatische Weise.

Das Erschütternde ist eigentlich, wenn man auf unseren kleinen Mikrokosmos Bremen schaut, dass es den Insekten hier viel besser geht, als es in den Bereichen der Monolandwirtschaft heute der Fall ist. Das macht ein bisschen Sorgen, dass es eigentlich dort, wo sich Insekten tatsächlich entwickeln können, teilweise möglich ist und in bestimmten Gebieten eben so erschwert ist. Wir müssen uns, glaube ich, in den Städten, wenn es so ist, wie ich es gesagt habe, dieser Verantwortung stellen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Alle Teile der Gesellschaft – ob es nun Kleingärtnerinnen und Kleingärtner sind oder Verbraucherinnen und Verbraucher, Parkgängerinnen und Parkgänger, Architektinnen und Architekten oder Unternehmerinnen und Unternehmer – müssen zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen. Der öffentlichen Hand kommt dabei – und das ist ein zentraler Punkt in diesem Antrag, den wir gemeinsam eingereicht haben – eine besondere Vorbildfunktion zu: Wir können der Motor sein, und wir können gute Beispiele in dieser Stadt setzen. Da muss man sagen, da fangen wir nicht bei null an, sondern hier in Bremen haben wir da schon einiges erreicht. Wenn man auf unsere Parks schaut, werden wir alle stolz darauf sein, sie haben auch während der Pandemie eine besondere Rolle gespielt.

Wenn man sich das Schutzgebietmanagement im Bremer Feuchtlandgürtel ansieht, das findet ja zum Beispiel in Kooperation mit dem BUND statt, dann muss man sagen, à la bonne heure, da haben wir sehr viel zum Erhalt von Biodiversität erreicht. Übrigens auch bei der Weideprämie, die wir ja nun schon eingeführt haben, denkt jeder: Was hat denn das jetzt mit Biodiversität zu tun? Ja, auch sie nützt am Ende der Biodiversität!

Dieser Antrag geht ein bisschen parallel zu den Dingen, die auch der Senat auf den Weg gebracht hat. Wir sind da ständig im Austausch gewesen, das ist ja das Gute. Das läuft nicht irgendwie nebeneinander,

sondern das hat sich miteinander befruchtet, weil wir begriffen haben, dieses Thema Biodiversität muss in den nächsten zwei Jahren dieser Legislaturperiode und weit darüber hinaus einen Schwerpunkt bilden. Deswegen haben wir versucht, das gemeinsam miteinander zustande zu bringen.

Der Senat hat beschlossen, wir bringen das jetzt einmal auf den Weg. Es ist auch eine Stelle dafür geschaffen worden, und wir haben uns als Koalition in mehreren Sessions sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir haben uns mit dem Arbeitskreis Hautflügler getroffen – die kann ich nur jedem empfehlen –, die sich wirklich sehr gut mit diesem Thema auskennen, und wir sind fachlich sehr tief eingestiegen. Ich glaube, dieser Antrag atmet es auch aus, dass wir sehr tief in diese Problematik eingedrungen sind. Wie tief, das sage ich Ihnen in meinem zweiten Wortbeitrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! „Bremens Biodiversität ist erbärmlich“, diese Überschrift schlug mir in diesen Tagen beim Lesen des „Medienechos“ entgegen. Es ist ein Zitat aus dem Interview im „Weser-Kurier“ mit dem Vorsitzenden des NABU und bezieht sich auf den Plan, in Bremen-Nord nordamerikanische Amberbäume zu pflanzen.

An diesem Satz zeigt sich eigentlich das ganze Dilemma: Ja, Bremens Biodiversität ist erbärmlich. Wie sollte es auch anders sein, wenn der Zustand der Biodiversität weltweit erschreckend ist? In dieser Woche tagt die Weltartenschutzkonferenz zum 15. Mal. Von circa acht Millionen Tier- und Pflanzenarten sind gut eine Million vom Aussterben bedroht, selbstverständlich auch in Deutschland und auch in Bremen.

Es zeigt sich aber auch, dass es keinen Sinn macht, Anpassungen an den Klimawandel ohne gleichzeitige Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Artenvielfalt zu planen und umzusetzen. Die Amberbäume werden nämlich als klimaresilient empfohlen, leider sind sie in Bezug auf den Erhalt der Biodiversität wertlos. Der Verlust der Biodiversität und die Klimakrise sind zwei voneinander getrennt zu betrachtende Katastrophen, die auf uns zukommen,

aber sie bedingen einander. Zwar ist der Verlust der Arten nicht in erster Linie auf den Klimawandel zurückzuführen, in zweiter Linie hat er aber einen immer stärkeren Einfluss auf den Verlust der Biodiversität. Umgekehrt ist es so, dass ein Verlust der Artenvielfalt die Klimakrise immer stärker vorantreiben wird.

Beides ist vor allem eines: menschengemacht. Wir sind verantwortlich, und wir haben es auch in der Hand, hier etwas zu ändern. Auf Bremen bezogen bedeutet dies, dass Schutzmaßnahmen für die Biodiversität auch Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sind und somit nicht solitär stehen dürfen. Deswegen ist es umso wichtiger, jetzt eine Biodiversitätsstrategie zu entwickeln und schnellstmöglich umzusetzen.

Selbstverständlich ist es nicht so, dass Bremen in diesem Bereich bisher vollkommen untätig war. Das hat Herr Saxe ja eben gerade auch schon ausgeführt. Viele Projekte laufen bereits gut und einige Maßnahmen, wie zum Beispiel Dachbegrünung, können auch jetzt schon dazu beitragen, sowohl das Klima als auch die Biodiversität zu schützen. „Können“ sage ich, denn das muss nicht unbedingt so sein, viele Maßnahmen können auch das Gegenteil bewirken. Es nützt nämlich nichts, wenn das Dach nicht mit heimischen Pflanzen begrünt wird oder wenn wunderschöne Blühwiesen angelegt werden, die aber für den Winter komplett aufgeräumt werden, und Insekten dann keinen Unterschlupf oder keine Nahrung im nächsten Jahr mehr finden. Nahrungsangebote ohne Nistplatzangebote führen auch zu nichts.

Wie immer in der Natur geht es um Kreisläufe. Wenn diese unterbrochen werden, hat jede Schutzmaßnahme für sich keinen Wert, außer dass wir uns als Mensch kurzfristig daran erfreuen können. Also, hier ein kleines Projekt und da eine Maßnahme ohne eine übergeordnete Strategie können vielleicht sogar schlecht oder gar nicht wirken.

Die Projekte und Maßnahmen, die es in Bremen schon gibt, müssen überprüft, vielleicht umgestellt, vor allem aber zusammengeführt werden. Weitere Projekte müssen darauf abgestimmt werden, umfassend zu wirken. Hier müssen die Ressorts besser zusammenarbeiten, und hierfür braucht es den Einbezug von externer Expertise, und – das hat Herr Saxe auch schon gesagt – da haben wir hier in Bremen auch ein reelles Pfund an Unterstützungen, die wirklich die entsprechende Fachexpertise haben.

Wir freuen uns darüber, dass der Senat schon tätig geworden ist und die Einrichtung einer Biodiversitätsstrategie beschlossen wurde. Diese muss aber auch qualitativ gefüllt werden, und dafür haben wir mit dieser Initiative den Grundstein gelegt. Jetzt heißt es, Tempo machen in der Umsetzung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Lassen Sie mich mit folgendem Satz beginnen: Eine Biodiversitätsstrategie ist völlig berechtigt und wichtig. Die Ausführungen von Herrn Saxe und Herrn Tebje waren in sachlicher Hinsicht auch richtig, wir können dem Artendsterben nicht ohne Weiteres zu sehen, ohne zu handeln, aber – und damit kommen wir auch direkt zu Ihrem Antrag – viele dieser Dinge, die Sie dort einfordern, kann ich dort nicht herauslesen. Die Frage, die sich die CDU-Fraktion hier stellt, ist, mit welchem Handeln wir auch zu einem sinnvollen Ergebnis kommen.

Wenn ich den Beschluss lese, stoße ich auf Punkte, die zum Teil sehr fragwürdig sind. Direkt beim ersten Beschlusspunkt lese ich, dass ein runder Tisch eingefordert wird. Weiter lese ich dort, dass dem Senat kein fester Umsetzungsplan mit auf den Weg gegeben wird, wo wir direkt wieder in Gefahr laufen, ohne Zeitplan wieder Zeit zu verlieren, weil es an irgendwelchen Stellen zu Verzögerungen kommt, weil einfach kein fester Zeitplan vorgegeben ist. Hier steht lediglich, dass nach drei Monaten einfach nur die Umsetzungsphase dargestellt werden soll, und das finden wir ehrlicherweise sehr schwach, vor allem, wenn Sie hier erzählen, wie wichtig Ihnen das Thema ist.

(Beifall CDU)

Wenn schon eine Strategie gefordert ist, dann muss unserer Auffassung nach das Parlament auch sagen, wann diese vorliegen soll. Runde Tische zum Beispiel werden eigentlich nur eingesetzt, wenn Themen in der Stadtgesellschaft oder im Parlament extrem strittig sind, bestes Beispiel ist die Galopprennbahn in Bremen, aber die große Mehrheit im Parlament und der Stadtgesellschaft befürwortet ja gerade eine Biodiversität. Dieser jetzt zunächst bürokratische Aufwand wird dazu führen, dass die

Strategie eben nicht zeitnah fertig und somit sowieso schon nicht stattfindende Umsetzungen verzögern wird. Es fehlt daher auch nicht an praktischen Ideen, sondern hier haben wir ein klassisches Umsetzungsproblem.

Im zweiten Punkt Ihrer Beschlussfassung zum Pestizideinsatz nehmen Sie uns eigentlich so ein bisschen die Butter vom Brot. Das ist auch ein Punkt, der von uns hätte kommen können, deswegen haben wir uns auch einen Antrag gespart. Jetzt muss die Koalition den eigenen Senat wiederholt auffordern, den Pestizideinsatz zu verhindern. Das finden wir schon ein bisschen fragwürdig.

(Beifall CDU – Zuruf Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Dieser Punkt ist ein weiterer Beleg dafür, dass im Parlament Punkte beschlossen, aber eben vom Senat nicht umgesetzt werden.

Im dritten Punkt des Beschlusses gehen Sie auf einen Klassiker ein, der uns seit Jahren begleitet, auch schon weit vor meiner Zeit als Abgeordneter, und zwar die Dächer der Haltestellen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum dieser Punkt immer wieder neu besprochen wird. Die begrünten Dächer der Haltestellen stehen exemplarisch für den Umsetzungsstau beziehungsweise für den mangelnden Willen, das wirklich umzusetzen.

Interessant ist auch hier zu sehen, dass Ihnen scheinbar die Idee vorschwebt, ein Kataster für geeignete Blühflächen zu erstellen. Das ist unserer Auffassung nach so ein typischer Fall von Overengineering, denn es mag in vielen Bereichen sinnvoll sein, ein Kataster zu stellen, keine Frage, aber hier reicht es doch aus, die Beiräte vor Ort zu fragen, ob diese nicht Flächen ausweisen können.

Ich könnte Ihnen auch einen Vorschlag machen und sagen, um das einmal ein bisschen auf den Punkt zu bringen: Warum fordern Sie den Senat nicht einfach auf, bis April 2022 zum Beispiel in jedem Stadtteil drei Blühflächen anzulegen? Das ist auch keine überzogene Forderung, denn diese Forderung wäre ja auch irgendwie nachhaltig. Man könnte die Beiräte fragen, man könnte sie ordentlich einbeziehen, man würde relativ schnell Flächen finden, denn die Leute vor Ort wissen es am besten, und man könnte schauen, was sich daraus machen lässt.

(Beifall CDU)

Auch bei Ziffer 10 und 13 verhält es sich ähnlich. Die Koalition sollte dem Senat eine Liste mit Gebäuden in die Hand drücken, bis wann diese mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln auszustatten sind oder welche Flächen im innerstädtischen Gebiet infrage kommen.

In der Summe muss ich sagen, Sie haben 16 Beschlusspunkte aufgelistet, in denen nicht wirklich viel Neues steht oder zumindest nicht Überzeugendes steht. Wir halten als CDU-Fraktion die Biodiversität für wichtig, aber Sie merken, dass wir bei diesem Antrag auf keinen gemeinsamen Nenner kommen. Vor allem mangelt es hier am strukturellen Vorgehen, das am Ende zum Ziel hat, am Tag X konkrete Maßnahmen umgesetzt haben zu wollen. Die CDU-Fraktion wird sich daher bei diesem Antrag enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Ante Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben es deutlich gemacht: Das Insektensterben und der Artenschwund sind beunruhigend, und sie sind besorgniserregend. Es ist deshalb nur noch klarer: Es muss dringend etwas getan werden und dazu muss wie beim Klimaschutz jeder Staat, jedes Land, jedes Bundesland und jede Kommune einen angemessenen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich mit Blick auf Bremen grundsätzlich etwas dazu sagen. In der Diskussion heißt es oft, den Flächenfraß zu stoppen ist das A und O, um für mehr Biodiversität zu sorgen. An dieser Forderung ist sicherlich einiges richtig, als zentrale Leitlinie für Bremen taugt sie aber nur bedingt. Der Biodiversität nützt es nicht, wenn die Neuerschließung von Wohn- und Gewerbeflächen in Bremen eingeschränkt wird und diese Nutzflächen dann im Bremer Umland geschaffen werden. Das wäre nicht nur ökonomisch ein Eigentor, es wäre auch ökologisch ein Schuss nach hinten, denn die Pendlerverkehre, das wissen wir aus der Diskussion um den Klimaschutz, sind schon jetzt ein großes Problem für Bremen. Hinzu kommt, im ländlichen Raum, soweit die Informationen vorliegen, wird mit Flächen häufig noch extensiver umgegangen, als in der Stadt.

Die erste Leitlinie muss deshalb wie beim Klimaschutz lauten: Wir können das Problem nicht exportieren. Auch bei der Biodiversität müssen wir Lösungen vor Ort finden, und zwar auf genutzten Flächen. Bei der Lösung müssen wir zudem alle genutzten Flächen in den Blick nehmen. Es geht nicht nur darum, bei der Neuversiegelung von Flächen sparsam zu sein, wir müssen auch die bereits versiegelten Flächen angehen. Bremen hat zwar schon seit längerem ein Förderprogramm für die Entsiegelung von Flächen, aber wie erfolgreich ist dieses Programm? Reichen die Instrumente aus, die wir dort haben? Welche Möglichkeiten gibt es dort noch?

Diese Fragen müssen bei der Strategieentwicklung auf den Tisch, und sie müssen kritisch beleuchtet werden, denn das muss unsere zweite Leitlinie sein: Der Versiegelungsgrad genutzter Flächen muss minimiert werden, und dabei kann es dann nicht nur um die sprichwörtlichen Kleingärten des Grauens gehen, sondern notwendig ist auch, dass wir zu Maßnahmen und in einen konstruktiven Dialog mit den großen Flächennutzern kommen.

Die dritte Linie für unser Handeln muss lauten: Wir müssen die Biodiversität pro Quadratmeter steigern. Es wäre daher völlig falsch, nur in Flächen zu denken. Anstatt eines zweidimensionalen Ansatzes brauchen wir einen dreidimensionalen. Wir müssen die Anzahl der Grünflächen steigern, und das umfasst zum einen natürlich den Schutz und die Anpflanzung von Bäumen, und zwar, wie wir in unserem Antrag betonen, die Anpflanzung von insektenfreundlichen Baumarten. Wir müssen aber auch, und das ist uns besonders wichtig, das riesige Potenzial an Fassadenflächen erschließen. Im Unterschied zu anderen Ländern fördert Bremen bislang nur die Dachbegrünung, nicht aber die Fassadenbegrünung. Diese Lücke müssen wir schließen, und zwar möglichst schnell.

Bremen muss auch in der Höhe eine begrünte Stadt werden. Das betrifft vor allem die leeren und oft und hässlichen Betonfassaden großer Gebäude und insbesondere auch gewerblicher Bauten, aber nicht nur die, es muss auch der Frage nachgegangen werden, wie mehr Fassadengrün in die dicht besiedelten Viertel unserer Stadt – in das Viertel, nach Schwachhausen oder in die Neustadt – gebracht werden können. Denn das ist nicht nur sinnvoll für die Biodiversität, es ist auch wichtig für den Klimawandel, für das Binnenklima der Viertel und als Maßnahme gegen das Aufheizen der Stadt bei steigenden Wärmegraden.

Zusammengefasst, wir brauchen einen Dreiklang für unsere Biodiversitätsstrategie: Keinen Export, sondern Lösung der Probleme vor Ort. Minimierung des Versiegelungsgrades und Maximierung der Biodiversität pro Quadratmeter. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhler.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, aus den vorherigen Beiträgen deutlich geworden: Biodiversität ist kein Randthema, sondern es ist für uns alle entscheidend, denn wir sind Teil eines Systems des Lebens auf der Erde. Man kann sich das vorstellen wie einen dicht gewebten Stoff: Je mehr Fäden man herauszieht, desto löchriger wird er, und dann verliert er seine Funktion, seinen Halt. Genauso ist es wichtig, dass wir schauen, dass bedrohte Tiere und Pflanzen geschützt werden, dass wir ihnen Lebensraum bieten, aber dabei nicht vergessen: Artensterben ist in unserem Ökosystem normal, aber eben nicht menschengemachtes Artensterben! Insofern müssen wir da genau hinschauen, welche Ursachen es gibt und wie wir Teil der Lösung sein können.

Ehrlich gesagt sind wir aber auch nicht in dem Maße Teil des Problems, das hier geschildert wurde, wie es teilweise anklingt. Denn die nicht nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft sind nicht das Bremer Problem, sondern das Problem darum herum, um es einmal deutlich zu sagen, und an vielen Stellen auf der Welt, aber die Bremer Land- und Forstwirtschaft – letztere ist, glaube ich, sehr gering – ist nicht das Problem. Hier bemühen sich die Landwirtinnen und Landwirte, nachhaltig zu wirtschaften. Wir haben eine hohe Dichte von Biohöfen, und wir haben auch sonst Landwirte, die wissen, wie man mit dem Land umgeht.

Zunehmende Umweltverschmutzung ist in der Tat auch weltweit zu beklagen, aber wir können doch nicht ernsthaft feststellen, dass wir in Bremen schlechtere Luft haben. Sie hat sich doch verbessert! Die Gewässerqualität hat sich verbessert, und an Bodensanierungen kann ich mich auch erinnern. Auch das ist etwas, was auf dem Weg ist, und wir haben das Thema Flächenverbrauch immer wieder gern in dem Zusammenhang. Ehrlich gesagt, ich bin Herrn Gottschalk dankbar, dass er

deutlich gemacht hat, wie man Flächen gebrauchten kann. Denn eine Fläche ist nie weg, sie ist nur genutzt. Die Frage der Nutzung und der Intensität der Nutzung und die Frage, ob sie Pflanzen und Tieren nützt und Menschen nützt und wie sie nützt, ist die Frage. Insofern geht es eben an der Stelle darum, dass man hier genau schaut, wie man die Flächen sinnvoll nutzt.

Auch der Punkt der illegalen Fang- und Jagdpraktiken, den Sie angesprochen haben – ehrlich gesagt, in Bremen selbst kann ich nicht sehen, dass die Jäger und Fischer das in einem Ausmaß machen, das zu Kritik führt. Man kann über einige Dinge reden, wie einzelne historische Angelrechte, aber ansonsten, auch da ist die Kritik doch eine, die eher pauschale Urteile aufgreift, die andere betreffen.

Sie wollen hier jetzt eine Strategie entwickeln, das ist gut so. Allerdings brauchen wir dazu keinen runden Tisch, und dann würde ich gern auch noch einmal darüber reden, wer daran überhaupt sitzen soll, denn da gehören für mich Landwirte und Jäger zum Beispiel mit dazu

(Beifall FDP)

und nicht nur die von Ihnen einschlägig bekannten Umwelt- und Naturschutzverbände, die natürlich neben den Biologen und Biologinnen da auch ihre Expertise einzubringen haben.

Sie zählen zahlreiche Maßnahmen auf, bei denen ich sagen muss, ja, die gibt es. Die Reduzierung der Pestizide wurde 2018 und 2021 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Ist der Senat so taub, wenn die Koalition etwas sagt? Ich finde, hier sollte der Senat handeln und Sie haben dort auch die richtigen Weichen gestellt. Wenn der Senat da so oft angesprochen werden muss, dann machen Sie das! Die Haltestellenhäuschen sind angesprochen worden, einmal unabhängig von der Kleinheit und eher Symbolhaftigkeit der Sache, auch das ist eine Sache, wo schon lange mehr hätte passieren können.

Dass Neuanpflanzungen von Bäumen nur mit Pflanzen gemacht werden sollten, die wirklich hilfreich für die Natur, vielfältig und klimaangepasst sind, das war hier schon 2019 die Aussage von Frau Dr. Schaefer als Senatorin, und zu den Laubbläsern haben wir auch Etliches gesagt, genauso wie zur LED-Beleuchtung.

Ehrlich gesagt, liebe Abgeordnete der Koalition, Biodiversität braucht man. Wir haben hier vieles in der Bremischen Bürgerschaft dazu beschlossen und beredet, aber ehrlich gesagt brauchen wir es nicht immer zu beschließen und wieder neu zu bekräftigen.

(Glocke)

Wir als FDP-Fraktion werden uns deshalb auch enthalten, denn wenn Sie den Senat auffordern wollen, etwas zu tun, dann machen Sie das! Wir wissen nicht, ob Sie nicht anders mit dem Senat kommunizieren können, als mit solchen Beschlüssen. Wir halten die beschlossenen Dinge an den Stellen hier für ausreichend und brauchen sie nicht zu wiederholen. Der ganze Antrag ist ja ambivalent darin, dass Sie den Senat drängen wollen und in den Maßnahmen unterstützen wollen, die er ohnehin vorbringt. Die schönsten und hehren Ziele bringen nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden, und deswegen fangen Sie doch lieber endlich an, als dafür immer wieder Papier oder Elektronen zu verbrauchen,

(Glocke)

je nachdem wie Sie die Anträge lesen! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst an Herrn Dr. Buhlert anschließen und auch an Herrn Michalik zu dem Pestizideinsatz. Der Pestizideinsatz in Bremen ist auch durch das Drängen des Senats erheblich verringert worden. Wie Sie wissen, haben die Kleingärtner schon seit einigen Jahren ein Verbot von Pestizid auf ihren Flächen ausgesprochen, und ich zumindest bin mit der Bremer Straßenbahn AG immer im Gespräch, und sie ist dabei, ihren Pestizideinsatz massiv zu reduzieren.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ja, aber warum müssen wir es dann immer wieder beschließen?)

Herr Dr. Buhlert, sie sind nicht bei null, aber das ist unser Ziel. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Wir möchten null Pestizideinsatz dabei

haben. Ich kann Ihnen ja die Nummer von demjenigen geben, der das bei der BSAG bearbeitet, ich rede regelmäßig mit ihm. Das ist nicht so ganz leicht bei bestimmten Flächen, auch wenn sie Winterdienst machen.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Wer ist denn Aufsichtsratsvorsitzender bei der BSAG?)

Deshalb erkennen wir die Fortschritte an, die gemacht worden sind, und sagen, es ist uns aber noch nicht genug. Wir sagen nicht, der Senat ist faul gewesen, sondern wir sagen, er hat unser Ziel, das wir formuliert haben, noch nicht ganz erreicht.

Ich habe mir dann bei Ihnen, Herr Michalik, nicht so viel aufschreiben können, denn es wirkte so ein bisschen so, als wenn Sie grummelnd am Spielfeldrand stehen, denn die eigenen Ideen gibt es nicht, außer dass man die Blühflächen doch den Beiräten geben kann, und die können dann jeder drei in jedem Stadtteil benennen. Sie haben die Sache nicht richtig begriffen. Bei den Biotopen und Blühflächen ist es so, dass Sie ein Gesamtkonzept brauchen. So ein Insekt muss von einer Blühfläche zur nächsten fliegen können, wenn es denn fliegt, und wenn Sie da nicht ein Gesamtkonzept haben, dass Sie tatsächlich vernetzte Blühflächen haben, genauso, wie Sie vernetzte Biotope haben müssen, dann haben Sie die Sache leider nicht begriffen.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Ich will dann einmal zu dem runden Tisch kommen, Herr Strohmann! Natürlich ist ein runder Tisch, zu dem Landwirte und Jäger selbstverständlich dazugehören, aber eben auch der Arbeitskreis Hautflügler, keine homogene Veranstaltung. Da wird es hoch hergehen, auch fachlich.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Saxe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Frank Imhoff?

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Von Herrn Imhoff immer!

Abgeordneter Frank Imhoff (CDU): Lieber Herr Kollege Saxe, ich habe eine Frage: Ich finde es ja gut, dass wir uns auch mit Biodiversität hier im Parlament beschäftigen, aber ich frage mich, warum dann gerade Ihre Fraktion oder die rot-grüne Koalition im Jahr 2009 dem Antrag der CDU-Fraktion

„Biodiversität im Land Bremen stärken – Artenvielfalt bewahren und fördern“ nicht zugestimmt hat.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da waren die noch nicht so weit!)

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wir haben uns weiterentwickelt. Das würde ich schon anerkennen, aber uns ging dieser Antrag damals noch nicht weit genug, deshalb –.

(Heiterkeit CDU)

Es ist ja leider so!

(Zurufe CDU)

Bitte?

(Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will einmal eben etwas zu dem runden Tisch sagen! Wir haben in Bremen sehr viel fachliche Qualität. Ich habe gerade diesen Arbeitskreis Hautflügler erwähnt, mit dem Sie offensichtlich noch nicht gesprochen haben, Herr Strohmann. Da steckt sehr viel Substanz dahinter, im NABU und im BUND steckt auch sehr viel Substanz, und wir werden natürlich das nutzen, um es fachlich besser aufzustellen und eben auch die Bedenken, die möglicherweise von Landwirten und von Jägern vorgetragen werden, dann da mit einzubeziehen. Ich finde das Instrument gerade bei dieser Themenstellung wichtig.

Jetzt sagen Sie, das reicht doch alles, was wir haben, so habe ich Sie jedenfalls verstanden, Herr Dr. Buhlert. Dann habe ich Sie vielleicht verkehrt verstanden, das können Sie gleich noch einmal erklären. Es reicht natürlich überhaupt nicht!

(Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Es reicht überhaupt nicht aus, was wir gemacht haben, denn die Dramatik dieses Artensterbens und dieses Biodiversitätsverlusts bestreitet selbst Herr Strohmann in der ersten Reihe nicht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]): Was soll das denn heißen?

Also, es ist eindeutig so, dass wir mehr machen müssen, und wir haben die Bereiche, in denen man mehr machen kann, ganz eindeutig benannt.

In der BSAG haben wir übrigens nicht nur von den Haltestellen gesprochen, sondern wir haben auch von den Wendeschleifen gesprochen. Es gibt natürlich Flächen, die sehr viel größer sind als die Haltestellenanlagen selbst, und die ersten vier Wendeschleifen werden schon als Blühflächen umgestaltet. Das nehme ich schon einmal als einen Erfolg hin, und es werden mehr umgestaltet werden. Die BSAG ist mit der Firma Wall GmbH –

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Wem gehört denn die BSAG?)

Herr Eckhoff, ich erkläre es Ihnen nachher im Vieraugengespräch! – im Gespräch, auch auf Vermittlung Ihrer Fraktionskollegin Frau Neumeyer. Das ist nicht ganz so einfach, das werden Sie auch mitbekommen haben. Es ist nicht so, dass wir da unsere Hausaufgaben nicht machen.

Ich komme dann einmal zu den Blühflächen. Da, finde ich, dürfen wir miteinander nicht dabei stehen bleiben, dass wir wenig Strategie machen. Wir müssen Dinge maßnahmenunterstützt umsetzen – da bin ich auf Ihre Änderungsanträge im Haushalt zur Biodiversität gespannt –, wir müssen da mehr umsetzen, und die Blühflächen sind für mich ein ganz entscheidender Punkt. Auf den Friedhofsflächen, das ist erwähnt worden, haben wir nur drei Prozent Blühflächen, das heißt, da besteht sehr viel Handlungsbedarf, um an der Stelle mehr zu machen.

Die Mahd ist erwähnt worden, eine ganz wichtige Angelegenheit. Wenn Sie in einem Bereich alle Blühflächen gleichzeitig niedermähen, haben Sie ein Problem, Herr Dr. Buhlert kennt die Geschichte. Das ist natürlich eine Sache, die müssen wir benennen, darüber müssen wir mit dem Umweltbetrieb Bremen reden.

Ich habe das Thema Blühflächen sowohl beim Umweltbetrieb als auch beim Aufsichtsrat der GEWOBA, so viel darf ich dazu sagen, bei der GEWOBA erwähnt, und überall machen wir uns auf den Weg, weil dieses Thema immer wieder thematisiert wird: Was müssen wir miteinander machen?

(Glocke)

Letzter Satz, Frau Präsidentin! Da haben wir Leitplanken hier eingezogen, an denen man sich abarbeiten kann. Das ist noch lange nicht genug, aber wir brauchen viel mehr Einsatz für mehr Biodiversität und nicht einen Stillstand und grummelnd am Spielfeldrand zu stehen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns einig: Hier in Bremen wird schon eine Menge gemacht. Wir haben ja gemeinsam in der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie (KULT), in den Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (MOBS) und den Vorläufern immer wieder Dinge beschlossen, die gemacht werden. Insofern können wir sagen, ja, wir sind nicht am Anfang, wir müssen etwas machen, aber Herr Saxe hat doch recht: Wir alle wissen doch, dass wir das bislang immer mehr oder weniger punktuell angegangen sind, und wir stehen mehr und mehr vor einer Frage, die uns wirklich Angst machen muss, denn schon bei der Grundfrage hier, wo liegen wirklich die Ursachen, wo ist der Hebel, wo etwas gemacht werden soll, sind wir doch unsicher und bewegen uns noch im Nebel.

Deshalb ist die grundlegende Herausforderung – und das haben wir heute mit dem Antrag hier eingebracht –, zu sagen, dies ist eine ganz wesentliche Aufgabe, sie braucht ein strategisches Konzept, bei der die Handlungen zusammenpassen müssen und bei der wir auch die Herausforderung haben, zu schauen, nützt es denn, oder nützt es nichts, um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Das ist der eine Punkt, den wir machen müssen, und das ist die Aufforderung!

Wir haben aber auch noch einen anderen Punkt in unsere Forderung hineingeschrieben, denn neben der Aufgabe an die Politik ist es natürlich unser Anliegen, zu sagen, wir müssen in dieser Sicht noch mehr Kreativitätspotenziale freisetzen. Deshalb haben wir zum einen hineingeschrieben, dass der Senat auch eine Anregung, einen Wettbewerb im Konzern Bremen aufsetzen soll, dass alle beteiligten Stellen, alle Akteure, alle Ressorts diese Aufgabe nehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffordern und anregen zu sagen: Denkt doch einmal darüber nach, was wir machen können, um diese Biodiversität zu fördern. Diese gewissermaßen auch Vorbildfunktion, die wir darin haben, wollen wir auch befördert wissen.

Dann haben wir noch eine andere Sache hineingebracht, dass nämlich ein Preis geschaffen wird, der an Akteure vergeben wird, insbesondere auch Un-

ternehmen, die in ihrem Bemühen um mehr Biodiversität richtig gute Projekte leisten und die wir mit der Auszeichnung auch in die Öffentlichkeit heben und ihnen etwas verschaffen, wo sie sagen können: Seht her, das hilft uns auch in unserer eigenen Darstellung. Diesen Punkt auch mit hineinzubringen, um Anreize zu geben, dass in der Breite etwas getan wird, ist uns besonders wichtig, und es ist ein Zeichen dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen – und das gilt auch für uns alle hier –: Biodiversität geht uns alle an! – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Herr Saxe der Meinung war, uns sei das alles genug. Nein, uns ist das auch nicht genug, aber es wird nicht dadurch mehr und schneller, indem man es ewig beschließt, und ehrlich gesagt ist das Ihr Verhalten, hier immer wieder Dinge zu beschließen, anstatt sie dann als Koalition voranzubringen und umzusetzen.

(Beifall FDP)

Am Ende wird uns doch Folgendes überraschen – Ich wäre nicht überrascht, wenn es denn so eintritt! –, dass die Frau Senatorin gleich sagt, wir arbeiten schon an den und den Dingen, wir haben dieses und jenes schon erreicht

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: So ist es!)

und übrigens, die Strategie ist schon fast fertig. Wenn genau das der Fall ist, haben Sie hier mit dem Antrag nur eines gemacht: eine Bühne geschaffen, um dem Senat die Chance zu geben, vorzustellen, wie vorbildlich er arbeitet. Ehrlich gesagt, auf dieses Spiel brauchen wir uns als Opposition nicht einzulassen!

(Beifall FDP)

Natürlich muss da mehr getan werden, aber eine Sache wollte ich dann bei den konkreten Dingen doch ansprechen, nämlich schlichtweg die Frage: Wie ist es denn mit der Begrünung der Dächer? Bei den Fassaden bin ich ganz dabei, dass da noch mehr getan werden muss und dass ein Blumenkasten keine ist, sondern es geht schlichtweg darum zu

schauen: Wie nutzen wir diese Dachflächen? Wir diskutieren an der einen Stelle, zum Schutz des Klimas die erneuerbaren Energien auszubauen und mehr Fotovoltaik auf die Dächer zu bringen. Über die Methoden streiten wir, aber das Ziel, dass wir dort mehr Fotovoltaik haben wollen, ist eindeutig, und dann kann es nicht darum gehen, das eine gegen das andere auszuspielen, sondern zu schauen, wie kann ich beispielsweise ein Dach begrünen und Fotovoltaik machen. Dann muss ich eben genau sehen, wie ich das mache.

Diese Antwort, wie Sie das Verhältnis von energetischer Nutzung und Nutzung für Biodiversität halten wollen, bleibt der Senat an der Stelle immer noch schuldig, und das wäre für mich eigentlich einmal eine Aufgabe für Sie, zu lösen, wo Sie denn die Priorität sehen, und nicht immer, wenn Sie ein Thema haben, die Priorität bei dem einen zu sehen, und wenn Sie das andere Problem sehen, die Priorität bei dem anderen zu sehen.

Nein, das ist ja gerade das Komplexe bei Flächennutzung, dass man Kompromisse machen muss, Ko-Nutzungen überlegen muss und dann eben damit umgehen muss, wie man solche Flächen sinnvoll nutzt, genauso, wie man überlegen muss, wie man Rasen mäht, wie man dort mehr Pflanzen als den standardgrünen Halm ansiedelt und das am Ende erreicht.

Kurzum, noch einmal: Die Frage, die wir uns gestellt haben, ist nicht, brauchen wir die Maßnahme oder könnte man da mehr tun, sondern die Frage, die wir uns als FDP gestellt haben, ist: Brauchen wir diesen Antrag der Koalition? Dazu sagen wir ganz klar: Den Antrag brauchen wir nicht. Er spricht wichtige Punkte an, natürlich, aber das haben wir schon in großen Teilen getan, und er nimmt uns hier im Parlament viel Sendezeit, wo wir doch eigentlich wichtigere und bessere Dinge tun könnten, die Bremen weiter voranbringen, als noch einmal zu beschließen, was richtig und auf dem Weg ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich gedacht, der Antrag ist gut getimt. Warum? Weil gestern die UN-Artenschutzkonferenz in China begonnen hat! Jetzt mögen Sie

sich hier im Parlament streiten, ob der Antrag wichtig ist oder nicht, aber ich habe niemanden gehört, der gegen Biodiversität gesprochen hat, sondern dass man sie stärken muss, und das macht eben auch die UN.

Was haben sie gestern gefordert? 30 Prozent der Flächen weltweit sollen unter Schutz gestellt werden. Wir brauchen mehr Naturschutzflächen, wir brauchen weniger Giftstoffe in der Umwelt, wir brauchen mehr Schutz vor Plastikmüll. Insofern finde ich es gut, wenn das Thema gerade auch so prominent weltweit diskutiert wird, dass wir es hier heute auch im Parlament diskutieren. Warum? Das wurde auch vorhin schon gesagt: Der Verlust der Artenvielfalt ist genauso gravierend wie die Klimakrise, ehrlicherweise befördert der Klimawandel auch noch den Artenschwund, und deswegen ist das eine existenzielle Bedrohung unserer Lebensgrundlagen.

Der fortwährende Schwund der wild lebenden Arten geschieht, obwohl es vielfältige Bemühungen von Organisationen, von vielen Menschen gibt, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für den Natur- und Artenschutz engagieren, und er geschieht trotz der vorhandenen gesetzlichen Regelungen und Förderprogramme für Naturschutz und Landschaftspflege, und deswegen ist es auch richtig, zu diskutieren, wie wir die Biodiversität hier auch in Bremen noch weiter fördern können.

Ich möchte einmal sagen, weil vorhin der NABU angesprochen worden ist: Ich habe den Bericht in der „Norddeutschen“ auch gelesen, in dem es hieß „Bremens Biodiversität ist erbärmlich“. Das teile ich so in der Aussage nicht. Amberbäume, ja, sie mögen nicht in Bremen heimisch sein, sie kommen ursprünglich aus Kanada, aber sie waren sogar ursprünglich auch einmal im Hambacher Forst zu finden.

Die Städte gelten inzwischen eher als gute, grüne Inseln für die Biodiversität, anders als – das hatte Herr Saxe vorhin schon gesagt – auf dem Land, wo wir viele Monokulturen haben. Deswegen will ich auch noch einmal zur vorherigen Debatte sagen: Es ist gut, dass wir uns selbst bei der Ausweisung von Gewerbegebieten Gedanken gemacht haben, wie wir diese ökologisch aufwerten können, wie wir Flächenrecycling betreiben können, damit wir eben nicht noch mehr Raum für Insekten und andere Tierarten vernichten.

Der Senat – und jetzt, Herr Dr. Buhler, haben Sie ein Stück weit recht, ich werde doch in der Tat einmal sagen, was wir schon gemacht haben, weil wir ja nicht bei null anfangen, da haben Sie richtiggelegen, dass ich das jetzt auch einmal ein bisschen erzählen möchte! – fördert den Artenschutz im Rahmen des Naturschutzrechts sowie auch mit finanziellen Zuwendungen, in den letzten Jahren auch verstärkt den Schutz der Insekten.

Seit 2013 gibt es verschiedene Projekte des BUND in Bremen zur insektenfreundlichen Umgestaltung von Grünflächen zu Buntflächen, seit 2017 ein Projekt der Stiftung NordWest Natur zur Anlage kräuterreicher Wiesen in Oberneuland, 2018 startete, gemeinsam mit der Landwirtschaft, die Anlage von Blühstreifen und Inseln im Grünland, die Umstellung auf Ökolandbau wird seit einigen Jahren intensiver gefördert. Die Stellungnahmen zu Bauvorhaben, beispielsweise durch Forderungen nach insektenfreundlicher Beleuchtung oder Förderung von blüten- und strukturreichen Flächen im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen, nehmen wir vor.

Ich möchte einmal daran erinnern, Frau Neumeyer wird das bestätigen können: Beim Baugebiet Aumunder Wiesen 1 hatten wir zum ersten Mal in Bremen einen qualifizierten Grünrahmenplan, bei dem wir festgelegt haben, dass dort auch nur heimische Gewächse angepflanzt werden dürfen. Der Einsatz von Pestiziden – darüber haben Sie vorhin schon länger diskutiert – soll in öffentlichen Grünanlagen eingeschränkt werden und wird auch schon seit vielen Jahren stark eingeschränkt. Wir sind noch nicht bei null, das ist aber das Ziel. In Kleingartenanlagen und -gebieten ist das schon lange verboten.

Am Weserwehr und ganz frisch in der Botanika werden gerade Schaugärten angelegt, die den Menschen zeigen sollen, wie man auf dem eigenen Grundstück Insekten fördern kann. Beide Projekte werden mit einer finanziellen Förderung ermöglicht, damit es eben nicht die Vorgärten des Grauens gibt, die Herr Gottschalk vorhin erwähnt hat, und – und das ist ein sehr schönes Projekt, das ich mir im Sommer auch selbst angeschaut habe – der Verein Mensch, Natur, Landwirtschaft, also mit den Landwirten zusammen, legte in diesem Jahr, und zwar mit finanzieller Unterstützung unserer Behörde und in Kooperation mit dem BUND und der Stiftung NordWest Natur, in Bremen und im Umland Blühstreifen und Blühflächen zur Förderung der Insekten der übrigen Artenvielfalt an. Das

wird auch über einen längeren Zeitraum dokumentiert, wie sich die Insektenwelt dort eben auch entfalten kann.

Ich will sagen, diese ganzen Projekte sind unheimlich wichtig, sie sind auch lokal wirksam, aber solange wir eben auch immer wieder betonen, dass es ein ganz tolles Projekt ist und ein Modell ist, so lange wissen wir, es ist eben noch gar nicht in der Fläche angekommen, und es ist meistens auch nur mit öffentlicher Förderung oder mit hoheitlichen Auflagen umgesetzt. Deswegen kann es nicht bei diesen Projekten oder Modellen bleiben. So können wir den Artenschwund nicht aufhalten, sondern wir brauchen zusätzliche Anstrengungen.

Ich möchte den Schutz der biologischen Vielfalt nicht nur als eine Sache der Naturschutzbehörden, der Umweltverbände und einiger umweltbewusster Menschen verstanden wissen. Ich möchte, dass wir ihn eher in die Breite bringen. Deswegen verstehe ich den Antrag der Koalition da auch eher als Rückendeckung für uns.

Mit der Biodiversitätsstrategie und dem Insektenschutzprogramm wollen wir in Zukunft die Voraussetzung für einen größeren Beitrag zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt schrittweise verbessern. Wir haben, das wurde auch schon gesagt, in der letzten Woche im Senat die Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie beschlossen. Das ist aber eben auch nur der Anfang eines Prozesses, der sicherlich auch nicht in zwei Jahren abgeschlossen sein kann, sondern er soll erst einmal zu einem erweiterten Verständnis von Naturschutzarbeit führen.

Die Biodiversität ist eine Aufgabe von uns allen, das ist ein aktiver Beitrag, der in eigene Aufgaben und Zuständigkeiten von allen integriert werden sollte. Deswegen ist auch eine frühzeitige Beteiligung wichtig, um die Naturschutzarbeit zukünftig eben nicht nur auf eine, sondern auf mehrere Schultern zu verteilen, und deshalb hat der Senat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe vorgesehen, um zunächst der Vorbildrolle der öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden. Das kann man mit einem runden Tisch, der die relevantesten gesellschaftlichen Akteure beinhaltet, durchaus erweitern, um eben auch weitere Anregungen zu bekommen und auch die Prioritäten zu diskutieren.

Ich will auch einmal sagen: Die Akteure sollen eben nicht nur die Naturschutzverbände sein, sondern da gehört für mich die Wirtschaft genauso dazu, und es gibt viele Unternehmen in Bremen,

die da schon extrem fortschrittlich sind, die auf ihrem Gelände im Rahmen von Biodiversität auch freiwillig Insektenprojekte fördern, Insektenhotels haben, dort Bienen halten und es auch nicht bei einem einfachen grünen englischen Rasen belassen, sondern dort eben gerade auch Blühstreifen anlegen.

Deswegen: Wir werden diesen runden Tisch so schnell wie möglich konzipieren. Wir können jetzt auch mit der Arbeit beginnen, wenn die Projektstelle für diese zusätzliche Aufgabe besetzt ist, die Ausschreibung läuft jetzt, das Ganze ist ja auch am 8. Oktober noch einmal durch den Haushalts- und Finanzausschuss unterstützend beschlossen worden.

Die Biodiversitätsstrategie wird Handlungsfelder, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten benennen, und ganz sicher wird es so sein, dass ein Insektenschutzprogramm ein wichtiger Baustein in dieser Strategie sein wird und auch parallel entwickelt wird. Wichtig ist, dass die Ziele definiert werden, dass ihre Erreichung auch messbar ist, also auch überprüfbar ist, dass wir uns nicht nur hinsetzen und sagen, es wäre ja schön, wenn wir das machen, sondern wir wollen natürlich am Ende auch messbare Ergebnisse haben. Deswegen ist eine wissenschaftliche Begleitung wünschenswert, und wir sollten hierfür auch die Kooperation mit den breimischen Hochschulen suchen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktionen enthält ein breites Spektrum von Vorschlägen. Angesichts der Zeit möchte ich jetzt gar nicht auf die ganzen Beschlusspunkte im Einzelnen eingehen. Ich versichere Ihnen, dass diese ganzen Themen bei der Erarbeitung der Strategie von uns diskutiert werden und auch umgesetzt werden sollen und wir dort auch Fördermaßnahmen für private Akteure integrieren wollen.

Wir werden Beispiele für solche laufenden Aktivitäten in die Biodiversitätsstrategie und in das Insektenschutzprogramm einfließen lassen, wir suchen auch weiter gute Ideen. Es braucht neue Ideen, es braucht auch Mut, Dinge auszuprobieren, neue Wege zu gehen, sei es bei der Begrünung von Gebäuden – und in der Tat sprechen wir nicht von Balkonkästen, sondern von Vertikalbegrünung, da haben wir bisher wenig in Bremen, das muss man einfach einmal so sagen. Da wäre es schön, wenn wir viel mehr Gebäude finden würden, bei denen wir das ausprobieren.

Zu der Dachbegrünung ist schon etwas gesagt worden, und, Herr Dr. Buhlert, was ich gelernt habe, auch in vielen Gesprächen mit der Bremer Energie-Konsens GmbH, ist, dass PV und Gründach sich eben gerade nicht ausschließen –

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Davon habe ich auch gesprochen, dass das möglich ist!)

genau, das gehört zusammen! –, weil früher immer gesagt wurde, man kann nur PV oder man kann nur Gründach machen. Nein, man kann beides zusammen machen. Wenn ich mich an die Situation von vor drei, vier Jahren erinnere, wo wir uns gefreut haben, wenn irgendjemand einmal ein Gründach mitgeplant hat, und wir uns jetzt die ganzen B-Pläne und Bauvorhaben in der Deputation anschauen, da ist ein Gründach inzwischen State of the Art. Die ganzen Projekte, WeserHöfe und so weiter, haben ein Gründach. Das ist heutzutage eigentlich schon normal geworden, und das ist eigentlich auch gut.

Zu der Gestaltung und Pflege von Freiflächen will ich auch noch einmal etwas sagen! Es reicht nicht, einfach nur Saatgut auszubringen und zu sagen, prima, jetzt haben wir eine Blühwiese. Üblicherweise sieht es im nächsten Jahr ganz anders aus und muss auch nicht mehr besonders schön aussehen. Wer glaubt, er hat einmal Mohnblumen und Margeriten oder Ringelblumen angepflanzt, und hofft, dass es im nächsten Jahr so ist – das ist in der Regel nicht der Fall. Deswegen, glaube ich, müssen wir gut überlegen, was wir dort aussäen oder ob es nicht auch Sinn macht, nicht nur irgendwelche Samen und Saatgut auszustreuen, sondern eben auch zu überlegen, was kann eigentlich eine sinnvolle insektenfreundliche Dauerbepflanzung sein, denn am Ende haben wir überall auch einen Pflegeaufwand, und den gibt es bei Blühflächen auch, das kann man nicht negieren.

Ich freue mich sehr auf diesen Arbeitsprozess, der von den kreativen und entschlossenen Beiträgen der Ressorts sowie den Beiträgen der gesellschaftlichen Akteure leben wird. Wir wollen mit dieser Strategie und diesem Programm den Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität zu einer gemeinsamen Sache hier in Bremen machen, da müssen wir auch alle an einem Strang ziehen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Senatorin, eigentlich wollte gar nicht mehr nach vorn kommen, aber für eine Zwischenfrage ist das alles zu viel. Mich würde schon noch einmal interessieren, wie es dazu kam, dass wir den Zustand der Bahrspalte jetzt aus der Zeitung erfahren mussten und warum dafür kein heimisches Gehölz gesucht wird.

Weiter muss ich noch einmal auch zu Ihrem Eingangsstatement sagen, ich habe hier noch einmal den Antrag der CDU vom 4. Dezember 2008, der dann im Januar 2009 in der Bremischen Bürgerschaft behandelt wurde. Ich lese nur einmal kurz die Einleitung vor: „Im Mai 2008 fand in Bonn die 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz statt.“ Ähnlich haben Sie auch Ihren Wortbeitrag eingeleitet. Dazu möchte ich jetzt so ein bisschen den Kunstgriff zu Herrn Saxe machen, der ja irgendwie unterstellt hat, wir würden uns damit nicht auseinandersetzen oder wir würden das nicht verstehen. Also, wir haben es schon vor zwölf Jahren verstanden, nur Sie haben es nicht verstanden, da zuzustimmen.

(Beifall CDU)

Herr Saxe, ich will auch noch sagen, Sie haben gesagt, ich würde vor dem Spielfeldrand stehen und grübeln. Es mag ja sein. Wer steht denn am Rand? Das ist der Trainer und das ist der Stratege, und das ist das, was Ihnen gerade in Ihrem Antrag fehlt.

(Beifall CDU)

Ich muss mich auch Herrn Dr. Buhlert anschließen, aber mit deutlicheren Worten, denn das hier ist heute nichts anderes als eine Sonntagsrede an einem Dienstag.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fand, ehrlich gesagt, Herr Michalik, im Vergleich zu Ihrem Beitrag – weil Sie aus der Opposition kommen, müssen Sie auch etwas kritisieren! – den Beitrag von Herrn Dr. Buhlert deutlich substanzieller, weil er wirklich auf viele Punkte fachlich eingegangen ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Bahrspalte! Das zeigt genau diesen Spagat, den wir zukünftig gehen müssen: Viele heimische Gehölze leiden unter dem Klimawandel, unter extremer Trockenheit. Schauen Sie sich den Harz an, die Fichten! Schauen Sie sich die Kastanien an! Ich habe einmal gelernt, sie sind eigentlich auch nicht heimisch. Als heimisch gilt: Was ist vor Christoph Kolumbus in Europa schon heimisch gewesen und was kam danach? Sie werden aber zugeben, dass der Zustand der Kastanien nicht gut ist. So könnten wir jetzt viele andere Bäume aufzählen, und deswegen tun wir gut daran, in Zukunft klimarobuste Arten anzupflanzen. So, wie sich auch die Insektenwelt ändert – und das können wir bedauern, weil immer mehr wärmeliebende Insekten weiter in den Norden kommen und hier als invasive Arten auftauchen –, so wird sich auch die Zusammensetzung der Pflanzenarten ändern.

Ich habe jetzt verstanden, dass Sie bei jeder einzelnen Nachpflanzung in ganz Bremen erfahren wollen, welche Bäume da nachgepflanzt werden. Das können wir gern machen, aber ich will einmal sagen, wir brauchen Gehölze, die solchen Anforderungen in Zukunft gerecht werden, die auch – –.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich komme zum Schluss, weil ich auch keine Stimme mehr habe, Frau Präsidentin! Gerade bei der Bahrspalte muss man aber sagen, wir haben da Überschwemmungen, wenn die Weser über die Ufer tritt. Das weiß auch jeder in Vegesack, dort gibt es auch regelmäßig Überschwemmungen. Das müssen die Bäume abkönnen. Sie müssen die Trockenheit abkönnen. Sie müssen den Klimawandel abkönnen, und deswegen müssen wir – und dazu gehört der Amberbaum – eben für solche speziellen Standorte auch klimaangepasste Gehölze finden. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer [20/515 S](#), Neufassung der Drucksache [20/504 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW], Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Ortsgesetz über die Feststellung eines Wohnraummangels nach § 1 Satz 2 des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes (WoSchOG)
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021
(Drucksache [20/512 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sieht sich ja immer zweimal im Leben. Manchmal liegt es daran, dass man sich zu völlig anderen Zeiten und an völlig anderen Orten auf der Welt noch einmal wiedertrifft, und manchmal liegt es auch einfach nur daran, dass man ein paar Wochen oder ein paar Monate früher etwas zugesagt hat, das man jetzt einhält. Hier sind wir bei Letzterem.

Wir hatten vor einigen Monaten die Debatte über das Wohnraumschutzgesetz, und ich hatte mich da sehr gefreut, weil wir ein aus Sicht dieser Koalition sehr wichtiges Projekt im Bereich der Wohnraumversorgung hier in ein Gesetz gießen konnten, in das Wohnraumschutzgesetz. Mit diesem Wohnraumschutzgesetz ermöglichen wir es den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, aktiv gegen spekulativen Leerstand vorzugehen. Wir haben damals zugesagt, für die Stadtgemeinde Bremen werden wir als Koalition von diesem Gesetz Gebrauch machen. Das ist genau das, was wir heute machen, also aus der Rubrik „zugesagt und geliefert“, und wenn wir heute dieses entsprechende Ortsgesetz beschließen, dann bekommen wir die Möglichkeit, mit der Möglichkeit des Ordnungsrechts in der Stadtgemeinde Bremen gegen spekulativen Leerstand vorzugehen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Dafür beschließen wir mit dem Ortsgesetz heute die rechtliche Grundlage. Wir stellen dann formal einen angespannten Wohnungsmarkt in der Stadtgemeinde Bremen fest, so, wie wir es aus anderen Zusammenhängen wie der Kappungsgrenzenverordnung oder der Mietpreisbremse auch schon kennen. Mit ausführlichem statistischen Datenmaterial wird in der Vorlage des Senats das belegt, was viele Menschen in der Stadtgemeinde Bremen auch als ihr Alltagsverständnis, als ihre Alltagserfahrung kennen, nämlich, wenn sie eine neue Wohnung suchen, eine größere Wohnung suchen, eine barrierefreie Wohnung, eine bezahlbare Wohnung suchen, dass sie es dann schwer haben und dass wir hier in Bremen einen angespannten Wohnungsmarkt haben.

Unter diesen Umständen – und damit sind wir bei der politischen Grundlage – ist es nicht erklärbar, wenn in einem solchen angespannten Wohnungsmarkt Wohnimmobilien ohne guten Grund leer stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Ich möchte dazu sagen, natürlich gibt es auch gute Gründe für einen Leerstand, zum Beispiel Sanierungen oder Umbau. In den einen oder anderen Fällen mag es tatsächlich auch einmal keine Nachfrage geben, das halte ich eher für ein theoretisches Problem, aber da räumt das Gesetz auch noch einmal eine sehr großzügige Zeitspanne von sechs Monaten ein. Alles das ist völlig in Ordnung, aber wenn der Grund nur darin besteht, dass man mit der Immobilie spekuliert, weil man weiß, sie steigt sowieso jedes Jahr um fünf Prozent im Wert, egal, was ich mache, dann ist das bei einem angespannten Wohnungsmarkt keine akzeptable Variante, und dann wird der Staat da auch entsprechend handeln.

Dann muss der Staat an der Stelle auch sagen, wenn man zu dem Teil der Bevölkerung gehört, der sich sehr freuen darf, nicht nur sein eigenes Wohneigentum zu besitzen, sondern zusätzlich noch weiteres, nicht selbst genutztes Wohneigentum, dann gilt auch der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. Dann sagt der Staat auch, nutze es, vermiete es, verkaufe es, verdiene damit auch Geld, das ist alles völlig in Ordnung, aber da, wo der Wohnraum knapp ist, kannst du deine vermögende Stellung nicht nutzen und – aus welchen Gründen auch im-

mer – das Eigentum dann zulasten der Allgemeinheit verwahrlosen lassen, wenn es sich um das Schutzgut Wohnraum handelt.

Das ist für 99 Prozent der Eigentümer auch selbstverständlich, und diesem guten Grundsatz sozialer Marktwirtschaft werden wir in der Stadtgemeinde Bremen in Zukunft – wir in Führungszeichen, das ist die Baubehörde –, wird die Baubehörde in Zukunft mit dem immer noch sehr moderaten Instrument der Ordnungswidrigkeit auch bei dem einen Prozent der Eigentümer Geltung verschaffen können, mit dem wir dann das Problem haben.

Es stimmt, das möchte ich auch noch sagen, wir werden damit nicht Neubauanstrengungen ersetzen können. Das wird keine Tausende von Wohneinheiten im Jahr freisetzen, das wird schon gar nicht den Bedarf in den Wohnungssegmenten decken, besonders bei kleineren oder barrierefreien Wohnungen, die man im Altbau überhaupt nicht schaffen kann, die man nur durch einen Neubau befriedigen kann, aber wir können einen Beitrag zur Linderung von Wohnraumknappheit leisten und übrigens – und das ist ein nicht unwesentlicher, aber sehr positiver Nebeneffekt dieser Rechtsgebung – auch zu attraktiven Nachbarschaften, die nicht darunter leiden sollen, dass verwahrlostes Nichthandeln Einzelner die Straße, oder wenn es mehrere Objekte sind, ein ganzes Quartier hinunterziehen.

Ich habe am Anfang gesagt, man sieht sich im Leben immer zweimal. Dabei soll es aus meiner Sicht nicht bleiben. Wir haben jetzt das Landesgesetz, wir haben dann die Inkraftsetzung für die Stadtgemeinde Bremen, und man wird dann ja erst in die Umsetzung kommen. Wenn man in die Umsetzung kommt, sammelt man Erfahrungen, und wenn man Erfahrungen sammelt, dann wird man irgendwann auch darüber reden, was sind denn die Lehren, die wir daraus ziehen wollen, und dann werden wir uns sicherlich noch ein drittes Mal damit befassen. Das finde ich nicht verkehrt.

Dreimal ist Bremer Recht, und ich freue mich, wenn wir heute dann auch sagen können: Die Bekämpfung von spekulativem Leerstand in einem angespannten Wohnungsmarkt wie in der Stadt Bremen, das ist auch Bremer Recht. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir in der Bremischen Bürgerschaft über das Wohnraumschutzgesetz debattieren, und wie bereits in der Deputation am 30. September 2021 deutlich wurde, lehnen wir das Gesetz weiterhin ab. Das möchte ich Ihnen auch ganz kurz begründen!

In Ihrer Gesetzesbegründung heißt es, dass unter anderem ein in den letzten Jahren zunehmendes Angebotsdefizit für die Wohnraummangellage für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremen verantwortlich ist. Dieses Defizit gibt es nur, weil Sie als Stadt zu wenig selbst gebaut haben und das Bauen immer weniger ermöglichen.

(Beifall CDU)

Anstatt die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften strategisch zu nutzen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wollen Sie ein Gesetz schaffen, das Sie doch eigentlich gar nicht brauchen. Als Stadt dürfen Sie bereits schon heute enteignen und somit aktiv bei möglichen Schieflagen eingreifen. Wissenschaftlich nicht fundiert ist Ihre Annahme, die festgestellte Wohnraummangellage würde für das gesamte Stadtgebiet gelten. Wieso differenzieren Sie nicht nach Stadtteilen? In Bremen-Nord stellt sich die Wohnraumsituation doch komplett anders dar, als in der Innenstadt oder im Bremer Süden.

Sie begründen dieses Gesetz mit einer Wohnungsnot. Was können Sie als Stadt aktiv unternehmen, um dieser Wohnungsnot erfolgreich Herr zu werden? Ich kann nirgends lesen, wie viel Wohnraum gebaut werden muss, damit nicht nur ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht, sondern auch eine höhere Leerstandsquote erreicht werden kann. Bisher ist mir nur die Zahl von 1 400 zusätzlichen Wohneinheiten pro Jahr bekannt, meine beiden Fragen beantwortet das allerdings nicht.

Bis 2019 hat der Senat noch Ziele verordnet, wissenschaftlich gestützt durch das GEWOS-Gutachten. Ich erwarte, dass Sie endlich konkrete Ziele definieren, wie viele Wohneinheiten Sie in welchem Segment bis wann und wo gebaut haben wollen, um alle Bedarfe zu befriedigen. Mich würde ferner interessieren, wie Sie die BREBAU und die GEWOBA strategisch aufstellen wollen, um aktiv am Wohnungsbau beteiligt zu sein. Ganz konkret bitte: Wie viel Wohnraum möchte Bremen aktiv durch die BREBAU und die GEWOBA bis

2021 bauen? Welche Strategie wird dabei mit städtischen, zum Teil noch nicht bebauten Flächen verfolgt?

Anstatt aktiv für mehr Wohnraum zu sorgen, burden Sie der Verwaltung die Kontrolle eines weiteren Gesetzes auf. Damit geht es nicht um Pragmatismus, sondern um reine Ideologie, weil es natürlich einfach ist, einen Haken hinter einem beschlossenen Gesetz zu machen, als hinter einem Wohnungsbauziel zu stehen, das den Menschen wirklich nützt.

Herr Wagner, Sie sprachen eben davon, dass Sie eine Lehre ziehen wollen aus –. Ja, aber ich sage Ihnen, vielleicht könnte man „eine Lehre ziehen“ zum Beispiel auch einmal so sehen: Vielleicht sollte sich die Stadt erst einmal über den Leerstand ihrer eigenen Immobilien informieren und da einmal schauen, wo man da noch Wohnraum schaffen kann. Ich könnte Ihnen jetzt aus dem Stand mehrere Immobilien nennen, die der Stadt gehören, bei denen man sicherlich Wohnraum schaffen könnte. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wir freuen uns, dass wir nun, nachdem die Bremische Bürgerschaft (Landtag) das Wohnraumschutzgesetz beschlossen hat, nach § 1 Satz 2 Bremisches Wohnraumschutzgesetz die rechtlichen Möglichkeiten zum Beschluss von Ortsgesetzen zur Feststellung eines Wohnraummangels –. Interessant ist auch, dass festgestellt worden ist, dass die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen in der Stadtgemeinde besonders gefährdet ist.

Meine Vorrednerin hat die städtischen Wohnungsgesellschaften in die Pflicht genommen. Bei einer, das wissen Sie, war ich sehr lange beschäftigt, und ich weiß, dass der Teil des geförderten Wohnraums oder die Wohnungen, die in Bremen gebaut worden sind, in erster Linie von den städtischen Wohnungsgesellschaften errichtet worden ist. Klassisches Beispiel ist der Schuppen 3, auf dessen Gelände von der Zechbau GmbH –. Ja, die Zechbau GmbH baut ihren Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen eben nicht, weil sich das aus Rendite-sicht einfach nicht lohnt.

So ist das auch bei der Justus Grosse GmbH passiert, und so ist es auch bei anderen Bauvorhaben, bei denen die GEWOBA immer wieder eingesprungen ist, den festgeschriebenen Teil von mindestens 25 Prozent öffentlichen Wohnraums zu bauen. Das machen sie mit einer unheimlichen Akribie, aber hätte das zum Beispiel Ihre Klientel, die privaten Bauunternehmen, auch gemacht, dann hätten wir schon wesentlich mehr Wohnungen, als immer nur Renditeobjekte in Form von Eigentumswohnungen oder teureren frei finanzierten Wohnungen.

Es ist bemerkenswert, dass man feststellt, dass es in Bremen eine angespannte Situation gibt. Ich mache daraus keinen Hehl – das habe ich hier auch schon öfter gesagt –: Wohnungen sind Daseinsvorsorge. Wir sind verpflichtet, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und da haben wir, auch die Privaten, noch viel zu tun.

Gerade aus diesem Grund ist es nicht hinzunehmen, dass Zweckentfremdungen existieren, dass Wohnraum zu Gewerbe umgebaut und genutzt wird, indem man Monteurswohnungen daraus macht, in denen viele Leute in teilweise sehr merkwürdigen Wohnverhältnissen in einem Zimmer mit mehreren Personen leben, nur, weil man mit diesem Objekt viel Rendite erzielen kann. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass die Renditen Jahr für Jahr allein durch Nichtstun, durch Leerstandsbildung steigen und man nur noch wartet, um das Objekt zu verkaufen.

Was man überhaupt nicht verstehen kann – ich sowieso nicht! –, ist, dass man ein Objekt hat, mit dem man Miete erzielen kann, aus dem man Ertrag erzielen kann, und das einfach nur leer steht. Auf der anderen Seite gibt es Menschen in dieser Stadt, die sich bemühen müssen, ein Dach über den Kopf zu bekommen. Alles das ist schwer zu verstehen.

Der Kollege Wagner sagte, es ist ein moderates Gesetz. Ja, das ist ein moderates Gesetz. Manchmal muss man bei Ferienwohnungen nur eine Anzeige machen. Es ist nicht so, dass man das Gefühl haben muss, dass hier enteignet oder in private Rechte hineinregiert wird, Eigentum verpflichtet eben auch. So gesehen ist es ein moderates Gesetz, das einem aber in dem einen oder anderen Stadtteil, auch, wenn man in Richtung Gröpelingen und Oslebshausen schaut, wo es Leerstände gibt, eine Möglichkeit zum Handeln gibt.

Nach der Feststellung eines Wohnraummangels in der Stadt Bremen können wir nun gesetzlich gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, bezahlbaren Wohnraum und keine Ferienwohnungen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal kurz sagen, was wir formal machen: Wenn wir das Ortsgesetz beschließen, dann müssen wir – genau, wie es Herr Schumann gesagt hat – zunächst festhalten, dass die Wohnraumversorgung unserer Bevölkerung gefährdet ist, sonst darf man mit einem solchen Instrument überhaupt nicht in diesen Markt eingreifen. Das ist eine Voraussetzung, das steht im Bürgerlichen Gesetzbuch unter § 556 folgende. Das ist auch eine Voraussetzung für die Kappungsgrenzen-Verordnung und für die Mietpreisbremse, man muss erst feststellen, dass die Wohnraumversorgung gefährdet ist.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch stehen auch noch ein paar Punkte, woran man erkennen kann, dass die Wohnraumversorgung gefährdet ist. Da ist der Punkt, bei dem man die Angebotsmieten mit den Bestandsmieten vergleicht. Wenn die Angebotsmieten deutlich höher sind als die Bestandsmieten, dann ist das ein Hinweis darauf, dass in so einem Markt eine Dynamik ist, dass die Preise sehr stark steigen. Das ist für Bremen völlig unumstritten.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dann gibt es die Frage nach der Mietbelastungsquote. Man schaut: Was hat eine Stadt im Durchschnitt für Einkommen? Was kosten die Quadratmeter in einer Durchschnittswohnung? Dann errechnet man die Belastungsquote. Sie liegt in Bremen ungefähr bei 30 Prozent, im Bundesdurchschnitt liegt sie bei ungefähr 25 Prozent, ist also deutlich höher.

Wir wissen aus weitergehenden Untersuchungen anderer Autorenschaft, zum Beispiel von der Arbeitnehmerkammer, dass der Hinweis darauf, dass wir bei 30 Prozent liegen, nur eine beschönigende Durchschnittsaussage ist, denn diejenigen, die eher weniger Geld verdienen, haben bemerkenswerterweise eine höhere Mietbelastungsquote. Die Mietbelastungsquote in Huchting, in Tenever und in Lüssum übersteigt deutlich die 30 Prozent.

Dann gibt es eine Frage nach dem Wohnversorgungsgrad. Da versucht man, auszurechnen: Wie viele Haushalte gibt es? Wie viele Wohnungen gibt es? Geht das einigermaßen auf? Auch da liegt Bremen deutlich schlechter als der Bundesdurchschnitt. Bundesweit liegen wir bei einem Versorgungsgrad von 99 Prozent, in Bremen nur bei 93. All diese Dinge geben uns einen Hinweis auf unsere Frage: Haben wir eine ausgeglichene oder eine gefährdete Wohnraumversorgung?

Dann gibt es noch die Leerstandsquote. Wir schätzen die Leerstandsquote in Bremen auf 1,5 Prozent, im Bundesgebiet sind es acht Prozent. Das hat etwas damit zu tun, dass es Landstriche gibt, aus denen die Leute wegziehen, und andere Landstriche, in die die Leute hinziehen. Ungefähr drei Prozent Leerstandsquote sind für einen funktionierenden Wohnungsmarkt wünschenswert. Sucht man eine neue Wohnung, hat man dann auch eine Chance, eine neue Wohnung zu finden.

Aus allen diesen Gründen kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, ja, die Wohnraumversorgung in Bremen ist gefährdet. Wenn wir das offiziell durch dieses Ortsgesetz feststellen – es besteht nur aus zwei ganz dünnen Paragraphen –, dann erlaubt uns das, die Ortsgesetze anzuwenden und was Herr Wagner und die anderen Kollegen auch geschildert haben, nämlich zu sagen:

Wenn ihr dem Markt Wohnraum entzieht, indem ihr ihn zum Beispiel durch Ferienwohnungen oder Airbnb-Wohnungen ersetzt, dann müsst ihr das der Stadt mitteilen. Es ist eine harmlose Verpflichtung, aber sie ist gleichzeitig für uns enorm wertvoll, weil wir dann die reale zahlenmäßige Entwicklung auf diesem Gebiet einschätzen können.

Das hat erst einmal keine anderen Folgen, als dass wir unsere Statistik vervollständigen können, nur im Leerstand sind wir strenger, das hat Herr Wagner schon erklärt. Deswegen bitte ich herzlich darum, dass wir diesem Gesetz zustimmen. Es ist eine wichtige Feststellung, die die Voraussetzung dafür bildet, dass man so, wie geschildert, in den Markt eingreifen darf.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir debattieren in diesem Parlament nicht zum ersten Mal über dieses Thema und über dieses Gesetz, wir haben dazu schon einige inhaltliche Debatten geführt. Interessant finde ich aber die Debatte, die der Kollege Herr Bücking aufgemacht hat, zur Begründung einerseits, aber auch zur Definition. Eine Definition – und darauf wird auch dieses Gesetz begründet – fußt darauf, dass ein angespannter Wohnungsmarkt vorliegt, wenn wir einen geringen Leerstand bei einer hohen Nachfrage haben. Das ist auch richtig.

Ich hatte in einer der anderen Reden in den letzten Monaten schon einmal darauf hingewiesen, dass wir in Bremen keine außerordentlich hohe Leerstandsquote haben. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass die Wirkung dieses Gesetzes relativ überschaubar ist, weil dort einfach nicht viel zu holen ist. Hätten wir tatsächlich eine Leerstandsquote von zehn Prozent und gleichzeitig eine hohe Nachfrage, dann könnte man dort einen Hebel, den man entsprechend bewegen könnte, bei einer relativ geringen Leerstandsquote betätigen. Das habe ich damals in meiner Rede auch gesagt.

Jeder kennt natürlich bei sich im Stadtteil die paar Spukhäuser, aber das sind Einzelfälle. Wir haben im Moment kein großes Problem mit ungenutztem Leerstand in Bremen, das heißt, dieses Gesetz wird nicht zu einem großen Erfolg führen. Ich glaube, das muss man in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall FDP)

Wenn wir uns die anderen Definitionen anschauen, zum Beispiel, dass Mieten deutlich stärker als im bundesweiten Durchschnitt steigen oder die Wohnbevölkerung wächst, ohne dass durch Neubautätigkeit insoweit erforderlicher Wohnraum geschaffen wird, so die Definition, dann sind das teilweise sehr vage Definitionen. Die Frage ist: Was heißt „deutlich übersteigen“?

(Zuruf Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]).

Was bedeutet „erforderlicher Wohnraum geschaffen“? Bedeutet das, die 10 000 Wohnungen sind gebaut, oder heißt das, wie es im Nachgang abgeändert worden ist, es werden die Voraussetzungen für 10 000 Wohnungen geschaffen? Darin liegt sehr viel Interpretationsspielraum.

Ich glaube, man muss festhalten, dass in Gesetzen und auch in diesem Gesetz, über das wir debattieren, sehr viel mit Durchschnittsdaten gearbeitet wird,

es werden Durchschnittswerte genommen. Wie ein Mittelwert können sie aussagen – –. Es sind Werte, die einen Durchschnitt darstellen, aber es ist nicht klar: Wie groß ist die Standardabweichung? Das ist das Interessante an der ganzen Geschichte.

Durchschnittswerte bedeuten auch immer, dass beispielsweise Ballungsräume wie München oder Hamburg mit vielleicht kleinen Dörfern auf dem niedersächsischen Land oder mit der ostdeutschen Provinz verglichen werden. Ich glaube, diese Bildung von Mittelwerten, auf der auch dieses Gesetz beruht, führt uns nicht weiter.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Robert Bücking?

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Aber unbedingt!

Präsident Frank Imhoff: Herr Bücking, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ich teile die Einschätzung, dass diese Durchschnittswerte keinen guten Erkenntniswert liefern, sie sind aber die gesetzliche Vorschrift. Sehen Sie eine andere Möglichkeit, das Problem zu lösen?

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, durch Bauen!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, selbstverständlich!)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Deswegen sind wir gegen dieses Gesetz, weil dort mit Werten gearbeitet wird, die das Problem nicht lösen. Da werden Durchschnittswerte genommen, an denen man sich orientiert, aber letztendlich wird man niemals den Durchschnittswert, der sich aus München und Hamburg auf der einen Seite und irgendeiner niedersächsischen Provinz auf der anderen Seite bildet, als sinnvollen Maßstab dafür nehmen können, dass wir damit Politik machen. Deswegen lehnen wir dieses Gesetz ab.

Ich glaube, was ganz entscheidend ist, und das ist ein Grundproblem dieses Gesetzes, ist, dass wir über einen Markt reden, der in Bewegung ist. Wohnraum ist unterschiedlich und vielen Men-

schen auch unterschiedlich wichtig. Manche möchten gern mehr Wohnraum, andere sind mit ein bisschen weniger zufrieden. Einige wollen schön wohnen, anderen ist es nicht ganz so wichtig. Das ist ein Markt, und da gibt es Angebot und Nachfrage. Gerade durch diese Unterschiedlichkeit entsteht doch überhaupt erst Bewegung in diesem Markt, das darf man nicht vergessen.

Eine Stadt und auch Stadtteile entwickeln sich auch dadurch, dass Menschen in andere Stadtteile ziehen, die vielleicht günstiger werden oder günstiger sind. Dadurch wird der Wohnraum dort aufgewertet. Ich muss nicht daran erinnern, dass das Viertel vor 50 Jahren ein ganz anderes Bild abgegeben hat als heute. Wer sich dort damals ein Haus gekauft hat, der wird sich darüber gefreut haben, weil das Viertel heute einen anderen Eindruck hinterlässt. Das hat auch mit Bewegung in der Stadt zu tun, die nicht immer unbedingt staatlich gesteuert werden muss. Kurzum, ein Markt ist immer in Bewegung. Das ist eine Bewegung, die hier ein Stück weit ausgebremst werden soll. Das halte ich, und das halten wir als FDP-Fraktion für gefährlich, weil ein Markt sich gerade dadurch bewegt, dass es Angebot und Nachfrage und entsprechende Bewegungen gibt.

Wir lehnen dieses Gesetz ab. Das wird Sie nicht überraschen, das haben wir schon damals so begründet, aber gerade nicht, weil wir etwas gegen ein funktionierendes Gesetz haben, sondern weil wir etwas gegen nicht funktionierende Gesetze haben. Dieses Gesetz wird sehr viel Bürokratie nach sich ziehen. Das muss alles in einen vernünftigen Rahmen gegossen werden, das muss geprüft werden, das muss gegebenenfalls sanktioniert werden. Dafür werden natürlich wieder neue Stellen geschaffen. Wer soll das noch nebenher machen? Das ist auch klar. Gleichzeitig ist die Wirkung dieses Gesetzes relativ überschaubar, deswegen werden wir dieses Gesetz ablehnen.

Wenn Sie wirklich etwas für die Entspannung des Wohnungsmarktes hier in Bremen tun wollen, dann erhöhen Sie das Angebot! Bauen Sie! Das tun Sie, das weiß ich, das ist gut, aber sorgen Sie bitte auch dafür, dass auch andere private Investoren in Bremen schneller bauen können! Das werden Sie nicht durch noch mehr Bürokratie und Sanktionen schaffen, sondern im Gegenteil durch Entbürokratisierung und Prozessbeschleunigung, beispielsweise durch Digitalisierung. Deswegen werden wir dieses Gesetz ablehnen. – Herzlichen Dank!

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich in einem angespannten Wohnungsmarkt von besonderem Interesse, dass die Wohnungen den Menschen, den Familien zur Verfügung und nicht leer stehen sollen oder für andere Zwecke zweckentfremdet werden. Das war aber auch der dynamischen Entwicklung im Bereich der touristischen und kommerziellen Nutzung von Wohnungen und damit den verbundenen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, insbesondere in den Metropolen in Deutschland, geschuldet.

Das Gesetz ist ein Initiativgesetz des Parlaments auf Landesebene. Das haben wir umgesetzt. Jetzt in einem nächsten Schritt hat das Parlament das Gesetz noch einmal geändert und für die Stadt Bremen die Anwendungen des Gesetzes geregelt. Ich will aber auch noch einmal sagen, es ist noch einmal nachjustiert worden. Ziel ist es, insbesondere im Bereich der Leerstände auch ein wohnungspolitisches Instrument zum Einsatz bringen zu können. Das Wohnraumschutzgesetz ist damit aber auch – und das ist ja vorhin auch gerade schon richtig festgestellt worden – nur ein Baustein in der wohnungspolitischen Strategie des Senats, es ist aber kein Enteignungsgesetz, das muss man hier noch einmal so deutlich sagen.

Was sind andere Bausteine? Das ist ja auch schon erwähnt worden. Natürlich müssen wir mehr Wohnraum schaffen. Herr Schäck, das ist auch nicht nachträglich geändert worden, das können Sie nämlich auf Seite 29 des Koalitionsvertrags sehen. Darin steht, dass wir in dieser Legislaturperiode die Voraussetzung zur Schaffung von 10 000 Wohneinheiten schaffen wollen. 5 000 oder etwas mehr als 5 000 sind zur Halbzeit auch schon realisiert worden, und das ist eine ganze Menge, meine Damen und Herren!

Ich finde aber schon, dass es richtig ist, auch noch einmal zu schauen, wie hoch sind denn wirklich die Bedarfe. Deswegen ist es auch gut, dass wir gerade an einer Wohnraumbedarfsanalyse arbeiten und Ihnen die Ergebnisse dann sehr gern demnächst vorstellen. Was heißt eine Wohneinheit? Für wen ist es? Ist es für den Single, ist es für das ältere Paar, ist es für die Großfamilie? Wohnraum ist eben nicht gleich Wohnraum. Heute geht es nun um die kommunalrechtliche Regelung und die Anwendung des Landesgesetzes hier in der Stadt Bremen, ich

will das auch in Anbetracht der Zeit nicht noch einmal alles wiederholen.

Ich finde, die fachliche Grundlage bildet ein entsprechendes Gutachten, das aktuell den bereits in Bremen festgestellten Wohnraummangel bestätigt. Mit dem heutigen Beschluss wird es uns möglich sein, in den betroffenen Quartieren verstärkt eingreifen zu können und auch bei langfristigem Leerstand sichtbare Veränderungen zu erzielen. Wir haben auch hierzu im Übrigen Personal eingestellt. Herr Schäck, Sie können sicher sein, es geht nicht nur darum, neuen Wohnraum zu schaffen, in der Tat, sondern wir wollen auch Baugenehmigungen schneller bearbeiten. Deswegen steuern wir ja auch personell nach und arbeiten auch sehr intensiv an der Digitalisierung des Bauantrags. Deswegen möchte ich sagen, ich finde es gut, wenn wir jetzt auch mit diesem Gesetz in die Umsetzung gehen können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Feststellung eines Wohnraummangels nach § 1 Satz 2 des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes, WoSchOG, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW], Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Attraktive Bremer Innenstadt – Nachhaltiges Verkehrskonzept statt Verkehrsversuch!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 7. Oktober 2021

(Drucksache [20/514 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Senatorin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja eben über ein Gesetz debattiert, was oft ja zu etwas – –. Debatten über Gesetze können manchmal ein bisschen trocken werden. Das Thema, über das wir eben debattiert haben, glaube ich, kann man durchaus auch emotional aufladen, und wir werden auch jetzt eine Debatte haben, die wahrscheinlich ein bisschen emotionaler ist.

Wir haben diesen Antrag eingereicht, um mit Ihnen über das Chaos zu sprechen, das die Verkehrssanatorin in dieser Innenstadt aktuell anrichtet. Ich glaube, das kann man an zwei großen Themen festmachen: Das ist einmal die Martinstraße und die Straße Am Wall. Schauen wir uns einmal die Martinstraße an: Wir hatten dort jetzt ganz wilde Verkehrsexperimente. Wir hatten dort mitten auf einer der Hauptverkehrsadern in Bremen auf einmal eine Surferwelle stehen – keiner wusste so ganz genau, was das jetzt eigentlich soll –, sie ist jetzt wieder abgebaut. Wir haben dort immer noch recht billig abgeklebte Wegestreifen, die keinen hochwertigen Eindruck machen und auch nicht wirklich genutzt werden, und wir haben irgendwelche komischen Holztürme, die da stehen, die aber auch nicht genutzt werden und wir haben insbesondere auch Holzbänke, die eigentlich zum Verweilen einladen sollen, aber munter vor sich hin schimmeln. Das ist der Eindruck, den im Moment die Martinstraße hinterlässt.

Wir haben im Übrigen neben dem, was dort jetzt noch an Überbleibseln hängt, auch ein völlig chaotisches Hin und Her. Dieser Verkehrsversuch, der dort gestartet worden ist, sollte ja eigentlich noch weiterlaufen, er sollte noch eine ganze Zeit weiterlaufen. Nun wurde leider festgestellt, dass offensichtlich dieser Verkehrsversuch mit Einbahnstraße und einer Spur in beide Richtungen und Komplettsperrung und Hin und Her bei den Einzelhändlern, aber natürlich auch bei den Pendlern, für die diese Straße ganz, ganz wichtig ist – noch einmal, das ist eine der zentralsten Straßen, die durch Bremen führen! –, wohl offensichtlich einen gewissen Schaden angerichtet hat. Die Rückmeldungen waren ja mehr als deutlich, die aus dieser Richtung

gekommen sind. Das hat dazu geführt, dass dann kurzerhand entschieden worden ist, dann lassen wir das lieber einmal und brechen es vorzeitig ab.

Die gleiche Entwicklung hatten wir übrigens auch beim Tunnel an der Tiefer. Ich weiß gar nicht, wie man auf die absurde Idee kommen kann, den Tunnel an der Tiefer, der auch einer der zentralen Tunnel in Bremen ist, der einfach notwendig ist, ernsthaft mehr oder weniger in einer Nacht- und Nebelaktion sperren zu wollen, um dort unten eine Kunstaussstellung hineinzubauen. Ich habe nichts gegen Kunstaussstellungen – ich kann persönlich mit Kunst tatsächlich nicht ganz so viel anfangen –

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Na, das ist jetzt aber ein Geständnis!)

aber bitte nicht in einem Tunnel, in einer der Hauptverkehrsstraßen, die wir in Bremen haben und den wir auch brauchen!

(Beifall FDP)

Dann gab es auch hier wieder – und das zieht sich ja quasi wie ein roter Faden durch die ganze Debatte – einen Aufschrei von vielen, die davon betroffen waren, und dann wurde gesagt, dann machen wir das doch nicht, und dann wurde das wieder einkassiert. Ein riesiges Hin und Her!

Das Gleiche hatten wir übrigens auch Am Wall. Wir haben dort einen Fahrradweg. Ich gebe zu, dass dieser Fahrradweg durchaus einer Überarbeitung bedarf, da hätte man Geld investieren können, aber wir haben dort einen Fahrradweg. Jetzt wurde entschieden, dass eine Autospur gesperrt wird, auch natürlich mit der Begründung, dass Fahrräder unterschiedlich schnell sind, unterschiedlich breit sind, sich gegenseitig überholen müssen, und jetzt haben wir da zwei Fahrradwege nebeneinander, aber vieles von dem, wofür dieser Fahrradweg geschaffen worden ist, funktioniert gar nicht. Sie haben dort zum Beispiel einen Kantstein dazwischen. Das heißt, einmal eben den anderen zu überholen und wieder herunterzufahren ist gar nicht so ohne Weiteres möglich. Das heißt, eines der Ziele, wofür dieser Fahrradweg geschaffen worden ist, ist damit nicht erreicht worden. Im Übrigen, wenn Sie sich dort einmal eine Stunde hinsetzen und schauen, wie viele Menschen fahren überhaupt dort Am Wall entlang und wie viele auf diesem neugeschaffenen Fahrradweg, dann ist das Ergebnis mehr als erbärmlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben im Übrigen jetzt noch eine ganz andere Situation, und zwar stehen die Autos dort im Stau, und zwar teilweise mit laufendem Motor zwischen der Polizeiwache bis zum Herdentor. Ich sage es einmal ganz deutlich: Das Klima bedankt sich für diese Maßnahme dort Am Wall!

(Beifall FDP, CDU)

Dann ist irgendjemand danach wohl auf die Idee gekommen und hat gesagt, da ist ja eine Polizeiwache. Was machen wir denn damit? Die Polizistinnen und Polizisten können ja nicht alle ihre Strecken mit dem Lastenfahrrad zurücklegen, sie haben Autos. Die müssen irgendwie wegfahren und auch wieder heranfahen. Ganz ernsthaft: Die Empfehlung auszusprechen, dass auch unter der Gefahr, dass die Polizeiwagen beschädigt werden, die Polizeiautos in Zukunft einfach über diese Baken fahren sollen, ist eine Frechheit, und das ist ein Schlag ins Gesicht all der Polizistinnen und Polizisten, die schnell zu Einsätzen müssen, um uns und unser Leben in Bremen zu schützen.

(Beifall FDP)

Man kann aber auch einmal die Frage stellen, unabhängig von der Verkehrsart – –. Wir als FDP haben immer noch eine Tendenz auch zum Auto, das ist kein Geheimnis.

(Zuruf)

Auch, genau! Wir haben uns aber auch sehr stark für das Thema Fußgängerverkehr eingesetzt und auch zum Thema Fahrrad einige Initiativen eingereicht. Man kann unabhängig von der verkehrsideologischen Debatte um das Auto sich einmal die Frage stellen: Was ist denn in den anderen Bereichen passiert? Was ist denn beispielsweise im Bereich Fußgängerverkehr passiert?

Wir haben damals eine Anfrage gestellt, in welchem Zustand die Verkehrswege in Bremen sind. Dazu gab es monatelang keine Antwort, weil dazu niemand so richtig sprechfähig war. Das zieht sich aber bis zum Thema Fahrrad weiter. Die Fahrradwege, die wir in Bremen haben, sind heute in einem schlechteren Zustand als noch vor zehn Jahren. Das ist so. Wir haben auch das Thema neue Fahrradbrücken, die irgendwo in der Verwaltung versackt sind, und bis heute weiß man nicht so genau: Was passiert da? Kommt da noch etwas, kommt da nichts? Das Thema Fahrradverkehr wird hier in Bremen tatsächlich genauso nachlässig behandelt, und wir müssen nun einmal festhalten,

dass im Bereich der gesamten Verkehrspolitik in Bremen seit Jahren Stillstand herrscht und wir ein einziges „Durchgewurstel“ haben.

(Beifall FDP – Glocke)

Ich sehe die Zeit, Herr Präsident! Ich komme deswegen zum Ende!

Unsere Forderung an Sie ist: Hören Sie auf mit diesem konzeptlosen Herumprobieren! Hören Sie auf mit diesem „Durchgewurstel“, das wir hier seit Jahren haben, dass Maßnahmen angesetzt werden, gestartet werden, dann werden sie wieder einkassiert, weil irgendjemand wieder irgendetwas nicht bedacht hat. So kann man eine Großstadt wie Bremen nicht planen, das ist mehr als peinlich! Hören Sie auf mit diesem Kasperletheater,

(Glocke)

und sorgen Sie dafür, dass wir ein vernünftiges Verkehrskonzept mit Augenmaß haben, denn das ist Bremen wert! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion „Attraktive Bremer Innenstadt – Nachhaltiges Verkehrskonzept statt Verkehrsversuch!“. In diesem Antrag beschreibt die Fraktion der FDP, wie wichtig die Innenstadt und vor allem ein funktionierender Einzelhandel für die Freie Hansestadt Bremen sind. Es ist hinlänglich bekannt, dass unsere Innenstadt seit Längerem und nicht erst seit Corona unter massiven Problemen leidet. Die Innenstadt verödet zusehends, und der Einzelhandel erfährt von Ihnen keinerlei Unterstützung.

(Beifall CDU)

Nun sollte man annehmen, dass in einem solchen Fall vonseiten des Senats alles unternommen wird, um die Innenstadt leistungsfähig und attraktiv zu gestalten, also in die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur und in Maßnahmen zur Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Dazu hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits seit 2012 ganz konkrete Vorschläge gemacht, die ich jetzt nicht alle wiederhole. Die meisten davon haben Sie sogar in Ihren Konzepten übernommen, aber Sie setzen nichts um.

Wir als CDU-Fraktion sind der Auffassung, dass für eine lebenswerte und für alle Menschen attraktive Innenstadt ein gutes Verkehrskonzept die Grundlage darstellt. Gerade der Handel lebt von guter Erreichbarkeit sowohl für Kunden als auch für Lieferanten sowie Handwerker. Gerade in Bezug auf den bevorstehenden Klimawandel benötigen wir in Bremen einen intelligenten Mobilitätsmix, der überflüssige CO₂-Abgase beziehungsweise Stickoxide durch reibungslose Verkehrskonzepte vermeidet. Ideologische und vor allem nicht durchdachte teure Verkehrsversuche wie in der Martinstraße und Am Wall brauchen wir in Bremen ausdrücklich nicht.

(Beifall CDU)

Zu Recht bezeichnete unser Fraktionsvorsitzender Herr Strohmann die chaotischen Verkehrsexperimente in der Martinstraße und Am Wall als gescheitert. Es ist sehr fraglich, ob die Vorgehensweise, eigene Interessen gegen die Menschen vor Ort durchzusetzen, eine zufriedenstellende Wirkung entfaltet. Richtig wäre gewesen, die Händler und betroffenen Anwohner einzubinden.

Apropos Bürgerbeteiligung: Wann tagt eigentlich der VEP-Projektbeirat wieder? Monaten hören wir nur, dass sich die Koalition nicht verständigen kann. Sie schaffen es weder, längst beschlossene Maßnahmen umzusetzen, noch können Sie sich auf Maßnahmen verständigen.

Eigentlich zieht man erst am Ende der Legislaturperiode Bilanz. Doch was den gesamten Bereich Verkehr in der Innenstadtentwicklung angeht, haben Sie als Koalition auf ganzer Linie versagt.

(Beifall CDU, FDP)

Wir können gern gemeinsam den 2012 beschlossenen VEP durchgehen und überprüfen, was Sie seit fast zehn Jahren davon umgesetzt haben. Das Ergebnis hat auch der Kollege Saxe schon mehrfach zusammengefasst, nämlich nichts. Es ist nichts passiert.

(Beifall CDU, FDP)

Den Antrag der FDP-Fraktion begrüßen wir als CDU-Fraktion ausdrücklich, denn er ist absolut richtig.

(Beifall FDP)

Wir werden dem Antrag daher zustimmen und hoffen, dass dieser Unsinn unnötiger kostspieliger Verkehrsversuche damit ein Ende findet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war bislang eine sehr technokratische Debatte, wie ich fand.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ohne Emotionen! – Heiterkeit CDU)

Ich hatte gehofft, dass Sie über diesen Blick über den Tellerrand, den Sie in dem Antrag versprochen haben, auch sprechen würden. Selbst über die Mobilitätsformen, die anderen, die Sie angekündigt haben, hätte ich gern gesprochen. Das, was ich dazu zu sagen habe, werde ich wahrscheinlich erst im zweiten Redebeitrag sagen.

Ich bin in dieser Bremischen Bürgerschaft ein Exot, weil ich selbst Einzelhändler bin. Ich glaube, dass ich ganz gut verstehen kann, was im Augenblick in diesem Land im Einzelhandel passiert. Sie können nach Paris, nach Kopenhagen, nach Barcelona schauen, Sie können aber auch nach Gera, Gelsenkirchen und Frankfurt schauen. Es ist überall dasselbe: Sie haben im Einzelhandel einen Verlust an Umsätzen, der enorm ist. Sie haben etwa 30 Prozent der Käuferinnen und Käufer, die in das Internet abgewandert sind, und Sie haben viele Einzelhändler, die nicht die Konzepte und auch nicht die Ideen dafür haben, das umzusetzen. Sie werden einen Verlust an Verkaufsfläche haben.

Wenn Sie also Ihre ganzen Dinge beim Verkehr, die Sie technokratisch ausgebreitet haben, tatsächlich konstruieren wollen, müssen Sie erst einmal deutlich machen: Wovon reden Sie? Wer wird am Ende in der Innenstadt sein? Wer sind die Nutzerinnen und Nutzer? Was sind die Funktionen dieser Innenstadt? Davon habe ich wirklich nichts gehört.

Es wird sich verändern. Die Innenstädte werden nicht mehr Orte sein, wo man hingehet, weil man Geld gegen Waren tauscht, sie werden eine andere Funktion bekommen. Ich kann Ihnen als Einzelhändler sagen, sie haben gesagt, sie sind alle total

unzufrieden. Ich sehe, die entscheidenden Probleme im Einzelhandel sind, dass wir zu große Flächen und zu hohe Mieten in der Innenstadt haben.

Die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler müssen dabei unterstützt werden, die Transformation zu schaffen, das bekommen sie zum Teil selbst nicht hin. Dabei hätten Sie die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler unterstützen können. Stattdessen suchen Sie sich die Straße Am Wall oder die Martinstraße und suggerieren damit, wenn man das löst, dann sind die Probleme des Einzelhandels in der Innenstadt gelöst. Das ist mitnichten so. Das hat wirklich nichts miteinander zu tun.

Sprechen Sie über die Sachen, die den Einzelhandel wirklich ärgern, die die Existenz des Einzelhandels gefährden! Gehen Sie auch gelegentlich in die Stadtteilzentren, sprechen Sie mit den Händlern! Ich weiß, wie sie denken und was sie von diesen Debatten, die Sie wiederholt – das ist jetzt wirklich redundant – anschieben, halten. Dabei müssen wir wirklich über diese Innenstadt reden. Das habe ich mir gewünscht.

Wenn Sie darüber sprechen, Sie wollen über den Tellerrand schauen, dann schaue ich: Was machen die anderen Städte? Dass Kaufhäuser geschlossen werden, das haben wir nicht nur in Bremen, das haben wir an vielen Stellen. Reden Sie mit den neuen Nutzerinnen und Nutzern! Reden Sie über die neuen Funktionen, reden Sie über andere städtische Räume! Das ist das, was uns voranbringt.

In Städten, die ich schon erwähnt habe, werden Kinos, Kindergärten, Seniorenzentren, Spielplätze, Grundschulen, Reparaturcafés, Gebrauchtwarenkaufhäuser, eine Hochschule dorthin gebaut. „Brand eins“, das kennen Sie, ist nicht gerade ein unseriöses Magazin und hat viel darüber geschrieben. Herr Weiss hat es offensichtlich gelesen, sonst würde ich ihm das sehr empfehlen. Da wird die Frage gestellt: Was kommt nach der Einkaufsstraße? Es wird die Einkaufsstraßen so nicht mehr geben.

Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen die versuchen, sich jetzt in die Rente zu retten. Andere von diesen Kolleginnen und Kollegen werden zu den 200 000 Insolvenzen gehören, die der Handelsverband Deutschland - HDE e. V. prophezeit. Kümmern Sie sich darum! Das ist das Existenzgefährdende!

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Dann kann man denen ja noch zusätzlich das Leben schwer machen!)

Nein, Sie müssen schon so sprechen, Herr Eckhoff, dass ich Sie verstehen kann, sonst kann ich schlecht darauf antworten! Das heißt, wir brauchen andere Nutzungen für die Innenstadt. Sie können nicht mit dem quasi Letzten anfangen. Wir müssen erst die zukünftigen Nutzungen kennen, um zu wissen, wie die Innenstadt erreicht werden kann. Natürlich kann man vermuten, wenn da Hochschulen sind, wenn da Kindergärten sind, dass man vielleicht etwas anderes in die Innenstadt hineinbekommt, und ich finde das auch nicht schlimm.

(Zuruf Heiko Strohmann [CDU])

Sie werden auch feststellen, wenn Sie in diese anderen Städte schauen, Paris zum Beispiel oder Barcelona: Sie denken natürlich eine autofreie Innenstadt. Es sind die städtischen Räume, die attraktiv sind. Das sind Räume, die sicher sind, wo man sich aufhalten kann,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

wo es nicht laut ist, nicht stinkt. Genau diese Orte müssen wir schaffen. Da haben wir gesagt, wir fangen mit der autofreien Innenstadt an. Wir haben gesagt, wir wollen die Martinstraße und die Straße Am Wall autoarm haben. Das mag der FDP-Fraktion nicht passen, aber zu sagen, dass es keine Konzepte gibt, das kann man wirklich nicht. Den Rest sage ich im zweiten Redebeitrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Irgendwie wurde mir wieder bewusst, dass der Vorsitzende der Autopartei in Bremen das Wort ergriffen hat, der natürlich auch für Fußverkehre und Fahrradverkehre zuständig ist. In dem Teil erlebe ich Sie nur eher als ein Stück weit maulfaul und leidenschaftslos, aber wenn es um das Auto geht, da fahren Sie hier zu Hochtouren auf.

Ich will nicht verneinen, dass es schon einen gewissen Spaß bringt, Ihnen in dieser Frage zuzuhören.

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Na ja, sonst bringen Sie mir einmal etwas bei, aber jetzt bringen Sie mir Freude bei; wobei, beim VEP-Prozess habe ich Sie nun auch nicht unbedingt immer mit so viel Leidenschaft gehört, da hätten Sie sich auch einbringen können!

Ich will es einmal so sagen, Herr Saxe hat es auch schon berichtet: Ich glaube, die Attraktivität von Innenstädten ist nicht unbedingt nur aus verkehrlicher Situation zu sehen. Man müsste sich am Anfang genau anschauen: Wie sieht der Handel in Zukunft aus, und wie viel Handel wird noch in dieser Stadt betrieben?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was haben Sie denn in den letzten zehn Jahren gemacht?)

Wie viel braucht man noch an Verkehren dieser Art?

Es wurde Barcelona genannt. Ich war in diesem Jahr in Mailand, Milano. Jetzt muss ich mich noch outen – da bekomme ich wieder Ärger mit Herrn Saxe –, ich war mit dem Auto da. Ich habe mir vorher ein paar Städte angeschaut, war in Baden-Baden, in Freiburg, in der Schweiz und dann in Milano.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Herr Kollege Eckhoff, wenn Sie nicht immer mit Ihrem Telefon herumspielen würden, hätten Sie mitbekommen, dass ich mich schon geoutet habe, dass ich mit dem Auto da war! Ja, das habe ich schon vorher gesagt, aber da waren Sie an Ihrem Handy ein bisschen eingeknickt und haben das nicht gehört!

Was ich da mitgenommen habe, ist, dass ich mit Not ein Parkhaus gefunden habe. Das war dunkel, eng, schmutzig und kostete sechs Euro in Milano, sechs Euro pro Stunde! Das war das Einzige. Wenn man dann da herausgekommen ist, gab es kein Leitsystem zur Innenstadt. Man hat das gar nicht gefunden, das hatten sie nicht nötig. Wenn man kein Smartphone gehabt hätte, wäre man da gar nicht hingekommen. Trotzdem, wenn man da angekommen ist, hat diese Stadt eine Strahlkraft ohne Ende, obwohl da nichts für den Autoverkehr getan wurde. Da wurden keine tollen Parkmöglichkeiten geschaffen, gar nichts wurde da gemacht! Trotzdem hat sie eine Strahlkraft.

Jetzt komme ich zu Bremen zurück! Wir haben in ein paar Tagen Freimarkt, und wir sind uns alle einig: Da mit dem Auto hinzukommen, ist eine pure

Katastrophe – anderes Thema! –, und trotzdem kommen so viele Besucherinnen und Besucher,

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

die den Freimarkt besuchen. Warum? Weil er eine Strahlkraft hat, weil man dort hinfährt, weil das toll ist!

Wenn man sich überlegt, dass das in Bremen gerade nicht so ist, dann kommt man auf die Idee, dass man sagen muss, in Bremen fehlt die Strahlkraft. Alles das, was ich in der Obernstraße kaufen kann, kann ich in jeder kleineren Stadt in Deutschland kaufen. Ich habe dort H & M, ich habe Rossmann, ich habe alle Handyläden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber kein ZARA mehr!)

habe also nichts, was mich treiben würde, in die Innenstadt zum Einkaufen zu gehen, egal, wie, ob mit oder ohne Auto. Insofern bin ich der Meinung, dass es zu kurz gedacht ist, allein die verkehrliche Situation zu sehen.

Über die Verkehrsversuche kann man so oder so denken. In der Martinstraße habe ich die Hoffnung, dass ich am Ende einen gewissen Extrakt herausbekomme: sinnvoll zweispurig, entgegengesetzt oder Einbahnstraße. Das würde mich interessieren, weil darüber überhaupt nicht mehr diskutiert wird: Wollen wir die Innenstadt näher zur Weser bringen? Wenn wir das wollen, müssen wir uns mit der Martinstraße etwas einfallen lassen, dann kann die nicht so, als Barriere, bleiben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Schon beschlossen!)

Darüber wird mir zu wenig diskutiert. Über die Verkehrsversuche möchte ich etwas mehr wissen.

Über die Straße Am Wall kann ich mich zurückhalten, das war eigentlich die vorherige Koalition, aber das ist schon längst beschlossene Sache. Auch das ist nicht vom Himmel gefallen, das ist längst beschlossene Sache. Dass das im Moment so ein Provisorium ist und nicht besonders schick aussieht, da gebe ich Ihnen recht. Mit den Barrieren für die Polizei, da habe ich heute in der Zeitung lesen können, das Problem sei, glaube ich, mittlerweile gelöst. Sie können jetzt auch da hinüberkommen, die Barrieren sind weg. Das Problem wurde gelöst.

Zu guter Letzt sehe ich schon, dass sich die Verkehrsbehörde Mühe macht, Lösungen zu finden, dass dort Beteiligung stattfindet, die sonst immer eingefordert wird, dass mit vielen Menschen geredet wird, dass ausprobiert wird. In diesem Fall wird nicht in erster Linie par ordre du mufti gesagt, das machen wir, nein, das wird ausprobiert, um Erfahrungen einzuholen.

(Glocke)

Letzter Satz: Das sollte man zumindest sehen. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist? Da muss man noch einmal genau hinschauen, aber ich denke, der Weg war nicht unbedingt der falsche.

(Glocke)

Zu guter Letzt: Attraktive Innenstädte lassen sich nicht in erster Linie aus Sicht der Verkehrssituation heraus bewerten, sondern eher von ihren Aufenthaltsqualitäten und Einkaufsmöglichkeiten her. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten ja jetzt in den letzten Monaten schon einige Male die Debatte hier in der Stadtbürgerschaft zur Innenstadt und zum Verkehr an der Domsheide und Am Wall. Ich möchte auch das, was wir als Fraktion in den letzten Debatten geäußert haben, auch in Anbetracht der Zeit nicht alles wiederholen, ich will nur noch sagen, diese düstere Schilderung der Innenstadt, wie sie mir hier immer wieder unterkommt, teile ich überhaupt nicht.

(Beifall SPD)

Wir haben eine der attraktivsten historischen Innenstädte in ganz Deutschland, wenn nicht in ganz Europa.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Deswegen geht es den Unternehmen auch so gut!)

Dieser Schilderung, dass die Innenstadt ausstirbt, möchte ich wirklich widersprechen!

Ich habe vor drei Wochen in der Innenstadt an unserem Infostand gestanden. Die Innenstadt war voll. Die Menschen liefen auf den Schienen,

(Heiterkeit CDU)

es war belebt. Das war natürlich nicht mehr wegen unseres Infostands, das muss ich dazu sagen. Nein! Was war? Warum war die Innenstadt so belebt? Der SV Werder Bremen hat gespielt, und das ist auch wieder ein Standortfaktor, den wir hier in Bremen haben. Wir haben ein Stadion an der Weser, das man fußläufig von der Innenstadt erreichen kann.

(Beifall SPD)

Das ist etwas, das wir allen Städten in ganz Deutschland voraushaben, und das wird immer wieder gelobt. Deswegen, wir haben eine historisch wirklich wunderschöne Innenstadt, eine Innenstadt der kurzen Wege, in der man innerhalb von fünf Minuten an der Weser ist, an der Weser spazieren kann.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Deswegen gehen auch so viele lieber nach Oldenburg!)

Das hat man auch nicht in Oldenburg!

Eine attraktive Innenstadt braucht natürlich eine funktionierende Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer, ob zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Bus, mit der Bahn, mit dem Pkw, das steht völlig außer Frage. Das ist ein Teilaspekt. Wir haben mit dem Verkehrsentwicklungsplan 2025, den der Senat und die Bremische Bürgerschaft 2014 beschlossen haben, auch wichtige Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beschlossen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau!)

Ja, klar! Alle Maßnahmen des VEP wurden damals auch in einem Projektbeirat, in dem auch viele von hier dabeigesessen haben, unter Beteiligung der Bürgerschaftsfraktionen, der Handelskammer, dem ADFC, dem ADAC und dem BUND abgestimmt, aber die Details wie Straßenquerschnitte, die Verkehrsführung, wie das gestaltet wird, sind damals im VEP 2025 offengeblieben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

Warum? Weil klar war, das wird eine Zeit lang brauchen, bis diese Maßnahmen umgesetzt werden können!

Es sind jetzt auch wieder sieben Jahre vergangen, und dann muss man auch die Gelegenheit haben, noch einmal im Detail darüber nachdenken zu dürfen, wie denn diese Verkehrsführung aussehen

soll. Kurz nach Beginn der jetzt laufenden Legislaturperiode hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau dann wieder zu einem Projektbeirat zur Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 eingeladen, um die besagte detaillierte Maßnahmen-gestaltung unter anderem zum Rückbau der Martinstraße und für mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer zu einigen.

Wir haben uns als SPD in der Diskussion immer auch für den Rückbau der Martinstraße, aber eben für eine Variante mit Zweirichtungsverkehr für Pkws und für eine deutliche Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger durch breitere und sichere Fuß- und Radwege ausgesprochen. Damals hätte das auch nach unserer Meinung keines Verkehrsversuchs bedurft, aber wir sind uns im Projektbeirat nicht einig geworden, und zwar nicht nur in der Koalition, sondern wir haben ja auch andere Institutionen an den Tisch geholt, die wir mit ihrer Meinung nicht übergehen wollten. Es gab da keine Einigung, und es ist dann entschieden worden, auch im Rahmen des Aktionsprogramms zur Belebung der Innenstadt vor einer endgültigen Festlegung die verschiedenen Varianten temporär zu testen, um dann Ergebnisse, insbesondere auch im Hinblick auf die Verkehrsbelastung der angrenzenden Quartiere, zu evaluieren und dann aufgrund der erlangten Erkenntnisse zu entscheiden.

Ich denke, wenn die jetzt seit Juli laufenden Verkehrsversuche dazu beitragen, eine für die Erreichbarkeit der Innenstadt, des Einzelhandels und für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer und auch für die in den an die Innenstadt angrenzenden Quartieren lebenden Menschen da eine Best-Practice-Lösung zu finden, dann will uns das auch die Unbequemlichkeit und die Ärgernisse der letzten Woche wert gewesen sein. Ich würde mir aber, und ich schaue da jetzt in Richtung Mobilitätssenatorin –

(Glocke)

ich komme gleich zum Ende! –, mit Blick auf das kurz bevorstehende Weihnachtsgeschäft einen wohlwollenden Schritt des Mobilitätssenats zu auf die durch die Coronapandemie und den langmonatigen Lockdown schwer gebeutelten Einzelhändler und Marktbesucher in der Innenstadt wünschen, der da heißen könnte, die laufenden Verkehrsversuche für die Zeit des Weihnachtsgeschäfts bis zum Ende des Jahres auszusetzen und erst im Anschluss daran fortzusetzen. Ein solches Zugeständnis

würde meines Erachtens dem Evaluationsprozess nicht schaden, hätte aber wohl eine recht guttuernde Auswirkung nicht nur auf das Weihnachtsgeschäft, sondern auch auf den weiteren Kommunikations- und Verhandlungsprozess mit allen Betroffenen.

(Beifall SPD – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, Sie haben jetzt schon eine Minute überzogen!

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Gut, in Ordnung! Sorry! Noch einmal zu den Forderungen der FDP-Fraktion: Sie sind da sehr unkonkret. Was genau Sie meinen, schreiben Sie in Ihrem Antrag nicht. Deswegen ist der Antrag von uns abzulehnen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, herzlichen Dank, dass ich noch einmal reden darf! Ich hatte eben fast den Eindruck, Sie wollten mich nicht mehr auf die Rednerliste setzen. Herr Kollege Schumann und Herr Kollege Saxe, ich habe es eben schon gesagt, die Debatten mit Ihnen machen mir manchmal auch viel Spaß: Ein Linker aus einem rot-grün-roten Bündnis, für das der erklärte Erzfeind das Auto ist, der mit dem Auto durch halb Europa fährt, um in Mailand einmal so richtig schön teuer einkaufen zu gehen,

(Beifall FDP, CDU)

das ist eine gute Geschichte, darüber freue ich mich. Das gibt sicherlich im Nachhinein noch Gespräche mit dem Kollegen Saxe.

Bei allem Spaß: Ich muss einmal ehrlich sagen, diese Vorwürfe, die hier immer wieder kommen, sind ein bisschen lästig. Ich habe auch in meiner letzten Rede schon deutlich gemacht – das können Sie sich gern in den Redeprotokollen und im Abstimmungsverhalten anschauen –, dass wir als FDP-Fraktion deutlich mehr zum Fußgängerverkehr und zum Fahrradverkehr als zum Autoverkehr gemacht haben und sinnvollen Dingen auch zugestimmt haben. Dass Sie, Herr Kollege Saxe, das hier immer als redundant bezeichnen, dass wir schon wieder darüber reden, hat auch damit zu tun, dass hier immer und immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Das ist doch der Grund,

dass wir hier immer wieder über diese Themen debattieren müssen.

(Beifall FDP, CDU)

Ich wäre froh, wenn wir daran einmal einen Haken machen könnten. Ich habe auch keine Freude daran, dass wir immer wieder über die gleichen Fehler debattieren müssen.

Bei allem Respekt, wir haben uns – zumindest für die letzten zwei, zweieinhalb Jahre kann ich das sagen – grundsätzlich dazu erklärt, dass wir sagen, wir können uns eine autofreie Kerninnenstadt perspektivisch vorstellen.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn das?)

Ja, das haben Sie in Ihren eigenen Reihen bis heute nicht definiert: Was ist autofrei, und was ist Innenstadt? Das haben Sie nicht definiert, nein! Deshalb, wir haben grundsätzlich gesagt, wir sind dafür offen, aber es wird nur funktionieren, wenn man sich über die Folgewirkungen Gedanken macht. Das ist das, was wir kritisieren. Sie haben selbst gesagt, die Innenstädte verändern sich. Das sehe ich auch, das sieht man auch nicht nur in Bremen. Da muss man auch nicht Amsterdam oder New York oder Mailand heranziehen, übrigens Städte, die ganz anders aufgebaut sind als Bremen. Bremen ist ein langer Schlauch. Mailand und Münster beispielsweise sind kreisrunde Städte, die haben ganz andere Voraussetzungen. Diese Vergleiche funktionieren letztendlich nicht so richtig.

Ich möchte aber darauf hinaus, dass sich natürlich die Städte verändern, das haben Sie selbst gesagt. Aber damit entwarnen Sie ja selbst Ihre Argumente, denn genau aus dem Grund sollten wir jetzt einmal aufhören, ständig links und rechts am Wegesrand irgendwelche Verkehrsprojekte zu starten, die nach drei Wochen wieder beendet werden, sondern genau aus dem Grund brauchen wir doch erst einmal eine Perspektive: Wie sieht die Innenstadt in 20 oder 30 Jahren aus, und wie kann das passende Verkehrskonzept dafür aussehen? Genau das machen Sie nicht. Das ist die Kritik, die wir hier heute in dieser Debatte an Sie und Ihre Fraktion haben. Genau das!

(Beifall FDP, CDU)

Ich glaube, kaum jemand in diesem Parlament mag die Martinstraße so, wie sie ist. Wir würden uns sie alle weg wünschen, aber das geht nicht so einfach.

Sie können sich nicht als rot-grün-rote Koalition hier Ihr eigenes schönes kleines Bullerbü bauen, wie Sie es gern hätten, sondern Sie müssen sich den Realitäten in dieser Stadt stellen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Machen wir ja auch!)

Das bedeutet, wir sind im Moment schlichtweg auf die Martinstraße angewiesen.

Wir haben auch gesagt, wir können uns einer einspurigen Lösung anschließen. Genau aus dem Grund stellt sich die Frage: Warum wird dann da noch so herumexperimentiert? Warum wird im Übrigen auch viel Geld – –? Das ist ja entscheidend: Es wäre schon schlimm genug, wenn das Ganze nichts gekostet hätte, aber es ist viel Geld, das natürlich auch an anderer Stelle fehlt. Es ist auch wieder Neuverschuldung, die auch irgendwann wieder zurückgezahlt werden muss. Warum wird das gemacht? Das ist völlig sinnlos!

Bevor wir tatsächlich jetzt einzelne Verkehrsprojekte machen und hier einmal etwas sperren und dann nach zwei Wochen wieder zurückrudern und da einmal etwas sperren und dann feststellen, es klappt doch nicht so, und dann hat keiner an die Polizei gedacht, dann sollte man doch bitte erst einmal ein vernünftiges Konzept haben, eine Perspektive, wie die Innenstadt in 20, 30 Jahren aussieht. Alles andere können wir danach machen.

Das Problem ist, dass ja diese ganzen Handlungen am Ende Konsequenzen haben. Sie haben Konsequenzen für die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler, und die sind nicht vergleichbar mit der Wachmannstraße, da muss ich Sie enttäuschen. Ich wohne direkt bei Ihnen um die Ecke. Die Wachmannstraße ist ein ganz eigenes Quartier. Das ist völlig anders aufgebaut, das können Sie nicht ernsthaft mit der Innenstadt vergleichen.

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Das können Sie trotzdem – –. Sie haben vorhin gerade den Vergleich in Ihrer Rede gezogen! Das können Sie nicht mit der Innenstadt vergleichen!

Es hat Konsequenzen nicht nur für die Händlerinnen und Händler, für die Einzelhändler dort, die davon betroffen sind, sondern es hat am Ende beispielsweise auch Konsequenzen für die Polizei. Ich frage mich schon, wie in dem Ressort eigentlich gearbeitet wird. Wie kann es sein, dass man so etwas

erst einmal sperrt und dann feststellt, da sind ja Polizeiwagen, und die müssen jetzt große Umwege fahren. Das ist doch nicht Ihr Ernst! Bei allem Respekt, so etwas muss man doch vorher ahnen, und man muss eine Idee davon haben: Wie gehen wir damit um? Wie groß werden die Umfahrungswege, die dann erzeugt werden? Alles das ist ja nicht passiert, sonst hätte es diese Notlösung nicht gegeben.

Ich bin ja froh, dass die Polizeiwache Am Wall jetzt mittlerweile die Möglichkeit hat, doch wieder ein bisschen schneller zu ihren Einsätzen zu kommen, aber die Frage ist schon: Warum braucht es so etwas immer erst? Warum stellt man so etwas immer erst im Nachhinein fest? Die Polizeiwache Am Wall ist wirklich nicht zu übersehen. Das ist das, was wir kritisieren! Wir kritisieren nicht die autofreie Innenstadt. Wir kritisieren auch nicht mehr Fußgänger- oder Fahrradverkehr, sondern wir kritisieren dieses „Durchgewurstel“, dieses konzeptlose „Durchgewurstel“, das zu sehr vielen Problemen bei uns in der Innenstadt führt.

Deswegen erwarten wir von der Regierung ein entsprechendes Konzept. Man kann natürlich den Ball zur Opposition zurückspielen. Das haben Sie eben auch gemacht und gefragt: Was ist denn Ihr Vorschlag?

(Glocke)

Wir sind hier gerade nicht in der Regierung. Es ist Ihre Aufgabe, etwas Vernünftiges vorzulegen, und das haben Sie bisher nicht getan. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich in die Politik ging, habe ich gedacht, hier geht es um den Wettbewerb um die besten Konzepte, deshalb würde ich da die Opposition niemals herausnehmen. Natürlich können wir uns über Alternativen nur auseinandersetzen, wenn die Alternativen auch genannt werden. Ich finde es immer noch reizvoll, mich über Konzepte zu streiten, aber so an der Oberfläche zu bleiben, wie Sie es machen, das mag einen Reiz haben. Ich verstehe ja auch, dass dieses Provisorium Am Wall sich dazu eignen mag, um symbolhaft dort alle Probleme hineinprojizieren, die aber überall begründet liegen, nur nicht an diesem Ort.

Es ist ein Versagen, finde ich, von FDP und übrigens auch von der Handelskammer, sich hier auszutoben und zu suggerieren, wenn dieser Kampf gewonnen wird, lässt sich die schöne alte Welt wiederherstellen. Das wird so nicht funktionieren. Das habe ich eben versucht, zu erklären.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Deswegen müssen wir da auch von der Denkweise ganz anders herangehen.

Ich hatte gehofft, dass wir uns heute über die Denkweise über die Innenstadt auseinandersetzen, das ist nicht gelungen. Ich hatte auch gehofft, dass wir uns über die alternativen Mobilitätskonzepte auseinandersetzen, die Sie da in Ihrem Antrag formuliert haben. Da weiß ich immer noch nicht, was das ist. Ich nehme einmal an, dass damit Robotaxis oder so etwas gemeint sind und keine Drohnen, aber ich weiß es einfach nicht. Es wäre sehr interessant gewesen zu wissen: Was ist Ihr Blick über den Teller- rand?

Ich will noch ein paar Sachen sagen, bei denen Sie gesagt haben, wir wissen gar nicht, wo die Innenstadt überhaupt ist, wo die autofreie Innenstadt, die Sie grundsätzlich unterstützen, denn eigentlich sein soll. Das steht in der Koalitionsvereinbarung zumindest für die erste Stufe. Das wissen Sie auch: Das ist der Bereich, der durch die Straße Am Wall, durch die Bürgermeister-Smidt-Straße, durch die Martinstraße bis hin zur Tiefer markiert ist. Das ist jedem bekannt. Da sind wir uns eigentlich auch einig.

In der zweiten Stufe wird das größer gedacht. Ich gebe aber auch zu, die Koalitionsvereinbarung hat eine Schwäche, wie es manchmal so in Koalitionsvereinbarungen ist: Die Breite ist auch da benannt, vom Hauptbahnhof bis zur Westerstraße, die Breite nicht, das ist schon klar, das ist etwas, über das wir uns noch werden einigen müssen. Dass wir nicht ganz deutlich benannt haben, wo das jetzt erst einmal in der ersten Stufe entlangläuft, das ist doch vollkommen klar.

Ich will noch etwas zur Straße Am Wall sagen! Die Straße Am Wall ist übrigens kein Verkehrsversuch, sondern ein Provisorium, das ist ein großer Unterschied. Warum ist das gemacht worden? Es ist beschlossen worden, diesen Verkehrsversuch in der Martinstraße zu machen. Da ist gesagt worden, das kann nur unter Bedingungen stattfinden, wie sie später auch sein werden, sonst macht dieser ganze

Versuch keinen Sinn. Aus dem Grund ist dieses Provisorium Am Wall gemacht worden.

Es wird im Frühjahr nächsten Jahres eine endgültige Lösung geben. „Versuch“ suggeriert immer, da kann man einmal nachschauen, und dann macht man es anders. Nein, da gibt es ganz eindeutige Beschlusslagen. Deswegen macht es auch keinen Sinn, das jetzt einmal drei Monate lang wieder umzukehren und zu Weihnachten anders zu machen. Dafür bin ich absolut nicht. Was ist das Konzept hinter der Straße Am Wall? Das Konzept ist – das habe ich Ihnen auch schon ein paarmal erklärt –, dass wir einen Wettbewerb gewonnen haben, das nennt sich Wallring. Das ist ein Innenstadtring, wie man ihn in Europa sonst nur in Münster kennt.

Diese Wallpromenade in Münster, der Innenstadtfahrradring, hat eine enorme Menge an Nachfrage generiert. Das ist tatsächlich etwas, das sage ich wirklich, da werden wir irgendwann stolz in Bremen darauf sein, wenn wir auch so einen Wallring haben werden. Was da auch entlangläuft, ist die zentrale Radpremiumroute, die wir alle im Verkehrsentwicklungsplan beschlossen haben, die D.15. Die läuft da auch entlang, und die können Sie in einem Radpremiumstandard nicht einmal einfach in Ihren Nebenanlagen dorthin bekommen.

Was wünsche ich mir für die Straße Am Wall? Ich finde, da können wir noch ein bisschen weiterdenken. Am Wall ist ein Ort direkt an den historischen Wallanlagen, schlecht verbunden mit der Innenstadt, schlecht verbunden mit den Wallanlagen. Da, glaube ich, müssen wir viele Überlegungen anstellen, wie wir diesen Wall tatsächlich wirklich attraktiv machen. Da ist ein breiter Gehweg, da stehen jetzt sehr viele parkende Autos. Ich prophezeie einmal, dass ich sage, da wird es später eine sehr attraktive Nutzungsmischung zwischen Einzelhandel und Gastronomie geben. Ich glaube, das miteinander herauszuarbeiten und auch diesen Standort Am Wall weiterzuentwickeln, das werden wir erreichen.

Zur Martinistraße ist auch klar, dass, nachdem wir den Verkehrsversuch ausgewertet haben, es dort zügig zu einer Lösung kommen wird. Auch bei anderen Sachen ist es ja nicht so, dass es kein Gesamtkonzept geben würde. Es gibt ein Innenstadtkonzept, es gibt die Fortschreibung des VEP, da sind Sie mit dabei. Das passt Ihnen möglicherweise nicht, was darin steht. Darin gibt es eine Lösung zur Bürgermeister-Smidt-Straße, darin steht etwas zu Parkhäusern. Es ist doch nicht so, dass wir uns diesen Themen nicht widmen!

Ich sage aber auch noch einmal: Diese Innenstadt ist im Wandel. Ehrlich gesagt, niemand in Deutschland weiß ganz genau, wo das hinsteuert. In allen Städten wird auch ein bisschen im Trüben gefischt, das gebe ich zu. Daher muss man das einmal zulassen und am Ende nicht versuchen zu zementieren, was nicht mehr zu halten sein wird.

(Glocke)

Ich bedauere auch jeden Einzelhändler und jede Einzelhändlerin, der/die am Ende auf der Strecke bleibt, aber diese Transformation wird der Innenstadt nutzen, und sie wird bunter und schöner und besser sein, als früher. Ich habe mehr Sorgen um die Outscouts. Da, glaube ich, wird es in der Zukunft etwas schwieriger werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann für eine Kurzintervention.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wird sich nicht einfach irgendwie so „hinwursteln“. Ich habe sehr aufmerksam zugehört und muss feststellen, ich höre den Versuch, das herunterzuspielen, als wäre das so ein kleiner Ausrutscher gewesen, was da passiert ist, aber im Grunde ist es etwas, an dem man eine Menge identifizieren kann, wie hier gearbeitet wird und auch, wie ressortübergreifend nicht kooperiert wird.

Ich zitiere einen Dialog, der so in der öffentlichen Sitzung der Deputation für Inneres geführt wurde. Ich habe bei Herrn Mäurer nachgefragt: Herr Mäurer, darf ich noch einmal nach der ressortübergreifenden Kommunikation zwischen Innensenator und Verkehrsressort fragen? Sie hatten das nicht beantwortet. Antwort: „Frau Bergmann, ich hatte doch gesagt, dass wir am Morgen erstaunt waren, was da auf einmal für große Latten auf dem Wall standen.“ Das zeigt, dass das Verkehrsressort den Innensenator vor sich hertreibt und dass da die Prioritätensetzung wirklich auf den Kopf gestellt ist.

Es ist ein Wirtschaftsthema, ja, aber das, was da einfach so gemacht worden ist, hat auch mit Sicherheit zu tun. Natürlich muss die Polizei von in kurzer Zeit A nach B kommen, denn sonst sterben Leute, das sage ich ganz platt.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Sicherheit hat einfach priorisierte Vorfahrt.

Auch das, wir hinterher noch über die Situation gehört haben: Im Moment ist nicht wirklich eine positive Alternative da. Deswegen – –.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, eine Kurzintervention dauert genau eineinhalb Minuten, und Sie haben schon deutlich länger gesprochen. Ich muss Ihren Wortbeitrag jetzt leider beenden. – Vielen Dank!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Saxe, ich möchte das ein bisschen zusammenfassen und klarstellen, denn so geht das nicht, wie Sie es hier gerade machen!

Heute haben wir über diesen Verkehrsversuch gesprochen. Das ist der Antrag der FDP-Fraktion, und der ist völlig korrekt, er hat erst einmal nichts mit der Innenstadt, mit der Innenstadtentwicklung zu tun. Dieser Versuch ist gescheitert.

(Beifall CDU, FDP)

Sich dann hinzustellen, liebe Abgeordnete der Grünen und der SPD, DIE LINKE war damals noch nicht dabei – –. Die Innenstadt verändert sich, das wissen wir seit 15 Jahren. Das wissen wir extrem seit zehn Jahren. Deswegen haben wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion 2012 das erste Konzept vorgestellt. Darüber hätten wir gern mit Ihnen diskutiert. Was haben Sie gemacht? Sie haben es abgelehnt und gesagt, das ist alles Unsinn. Der Innenstadt geht es gut, Sie wollen das nur schlechtreden. Jetzt haben wir diese Entwicklung.

Dann geht es weiter: Unter dem Nebel der Innenstadtentwicklung machen Sie ihre ideologischen Versuche. Das funktioniert so nicht! Wenn man den Begriff autofreie Innenstadt als ideologischen Kampfbegriff benutzt, muss man sich nicht wundern, dass die Leute nicht mehr nach Bremen fahren. Darum geht es letztlich.

(Beifall CDU, FDP)

Wir haben immer gesagt, ja, wir sind auch für einen autofreien Innenstadtkern. Das hat aber nichts mit Ideologie, sondern etwas mit Aufenthaltsqualität

zu tun, das hat etwas mit Laufwegen, mit Sichtachsen zu tun. Das ist doch das Problem. Deswegen haben wir diesen Vorschlag gemacht. Wir sind sogar als CDU-Fraktion so weit gegangen zu sagen, das Parkhaus Mitte muss abgerissen werden. Da wurde uns zehn Jahre erzählt, das geht alles nicht. Auf einmal kam ein Investor, und dann ging es. Darum geht es!

Zur Martinstraße will ich noch einmal klar und deutlich sagen, wir haben seit 2014 einen Beschluss, sie von vier auf zwei Spuren zu verkleinern, um die Barriere zur Schlachte ein bisschen zu reduzieren. Selbst das schaffen Sie nicht. Sie wollten eine Insel bauen, und die zwölf Meter wären genauso geblieben. Wir haben gesagt: Lassen Sie die Insel, packen Sie sie zusammen, machen Sie die Fußgängerwege breiter, damit man nur sechs Meter hat, um hinüberzugehen. Das haben Sie auch nicht möglich gemacht. Sie haben es noch nicht einmal umgebaut geschafft. Da haben sich der Wirtschaftsminister und der Verkehrsminister gestritten, und jetzt machen Sie diese Versuche. Warum? Wir sind uns einig!

Auch bei der Straße Am Wall sind wir uns perspektivisch einig, dass wir irgendwann, wenn wir die Verkehrsströme verändert haben, weil wir die Zufahrt zum Parkhaus Mitte so nicht mehr haben, die Straße Am Wall zu einer Flaniermeile umbauen wollen und dann gegebenenfalls auch ein Einbahnstraßensystem machen. Das ist eine Forderung der CDU-Fraktion. Aber doch nicht so! Wofür nützt das denn?

(Beifall CDU)

Wenn das so umgebaut wird, haben Sie unabhängig von der Sinnlosigkeit die parkenden und die im Stau stehenden Autos wieder genau an den Restaurants, an der Außengastronomie. Das macht doch keinen Sinn! Das macht wirklich keinen Sinn!

Die Fahrradfahrer sind auf der anderen Seite, die müssen über die Straße. Wer soll denn da einkaufen gehen? Das ist selbst schwierig für die, die mit dem Fahrrad kommen. Das ist das Problem: Das ist alles Aktionismus und ideologisch geprägt, das ist das Ärgerliche. Wenn wir redundant sind, werden wir auch weiterhin genau das immer wieder ansprechen und darüber diskutieren. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht fange ich damit an, Herr Strohmann und auch Herr Bodeit, Sie haben gesagt, die Innenstadt soll attraktiv gestaltet werden. Das war übrigens im Titel des Antrags. Insofern hat das schon auch etwas mit Innenstadttataktivität zu tun, Herr Strohmann. Die Innenstadt ist erreichbar, und sie wird auch weiterhin erreichbar sein. Sie haben gerade selbst gesagt, man braucht Laufwege, man braucht Sichtachsen. Ja, die Innenstadt muss attraktiver werden, das ist sie nämlich nicht.

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

Dazu gehört, dass man sich ein Verkehrskonzept überlegt. Das macht im Moment gerade der VEP-Prozess, meine Damen und Herren.

Dann will ich auch noch einmal etwas zur Straße Am Wall sagen! Sie sagen, der Fahrradweg ist auf der falschen Straßenseite, die Autos fahren jetzt immer noch an der Außengastronomie entlang. Ja, das ist so. Aber warum ist es so? Weil wir mit den Geschäftsleuten gesprochen haben! Da sind ja nicht nur Außengastronomen, da sind auch Geschäftsleute. Die haben uns in den vielen Gesprächen, die wir mit ihnen hatten, immer wieder gesagt: Wir wollen, dass die Parkplätze erhalten werden, und wir wollen, dass man mit den Autos auch weiter unsere Geschäfte anfahren kann, und auch mit dem Lieferverkehr.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Deswegen, Herr Strohmann, ist es mit der Straße jetzt so geregelt, wie es ist.

Ich will auch einmal mit der Mär aufräumen, dass da immer Stau entstehen würde, Herr Schäck, Sie haben das gesagt. Mitnichten ist es so! Wir haben eine Spur herausgenommen, und zwar den Gegenverkehr. Die Autos, die jetzt dort entlangfahren, sind auch vorher schon da entlanggefahren, und es gibt keinen Stau.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist Quatsch!)

Nein, das ist kein Quatsch!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das stimmt nicht! Das hängt mit der Martinstraße zusammen! – Zurufe Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Nein, Frau Bergmann, wirklich, wir haben uns das sehr genau angeschaut! Fahren Sie dort entlang! Es wird so getan, als ob dort Staus sind, das ist nicht so!

Jetzt will ich zu Ihnen auch noch einmal etwas sagen, Frau Bergmann! Was ich absolut nicht richtig finde, ist, sich hier hinzustellen und zu sagen: Wegen Ihnen sterben Leute. Wir haben – und ich war persönlich anwesend – mit dem Innensenator, mit der Polizei, mit unseren Verkehrsplanern zusammengesessen und diese Maßnahme geplant. Es sind Baken, die sind vom TÜV abgenommen, und sie werden deutschlandweit eingesetzt. Das hat das Bundesinstitut für Verkehrssicherheit freigegeben.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Die Polizei hat das kritisiert, massiv!)

Ja, die Polizei hat das kritisiert. Ich saß aber, wie gesagt, mit dem Innensenator und mit Frau Twachtmann zusammen, da haben wir das besprochen. Wir haben gestern noch einmal selbst einen Versuch gemacht, indem wir mit einem Auto über die Baken gefahren sind. Die Autos gehen nicht entzwei. Trotzdem haben wir Baken herausgenommen, weil wir, wenn die Polizei es möchte, die Sicherheit der Menschen nicht gefährden wollen, und deswegen haben wir auch dafür gesorgt, dass die Autos dort entlangfahren können.

Jetzt will ich zum VEP etwas sagen! Er tagt. Frau Schiemann hat zu Recht gefragt: Warum gibt es die Verkehrsversuche auf der Martinstraße? Erstens sind Verkehrsversuche nicht etwas Exotisches. Die gibt es auch in vielen anderen Städten, auch gerade aktuell in Kassel zum Beispiel. Auch da werden Verkehrsversuche gemacht, um zu schauen, wie man den Autoverkehr herausnehmen kann. Verkehrsversuche sind aber auch Beteiligungsformate. Wenn es beim VEP, und das hat Frau Schiemann gerade zu Recht gesagt, unterschiedlichste Interessengruppen gibt, die einen, die sagen, wir wollen eine Einbahnstraßenregelung – das waren die Verkehrsplaner –, dann gibt es andere, wie die Handelskammer, die den Beidrichtungsverkehr haben wollen, es gab aber auch Akteure, und zwar nicht wenige, die hätten sich eine Sperrung ab dem Pressehaus vorstellen können.

Deswegen, meine Damen und Herren: Bevor man endgültig eine Straßenverkehrsführung festlegt – und es ist für alle klar, aus vier Spuren machen wir zwei –, macht es in manchen Fällen auch Sinn, dann einen Versuch zu starten, und das haben wir

gemacht. Der Versuch ist, meine Damen und Herren, auch ein Kompromiss gewesen. Was haben wir aber auch gemacht? Das war immer wieder gefordert: Wenn Sie perspektivisch Autoverkehr aus der Innenstadt herausnehmen wollen, dann müssen Sie für einen attraktiven ÖPNV sorgen. Deswegen diskutieren wir gerade mit der BSAG, wie wir das Taktversprechen umsetzen können, wie wir die Haltestellen barrierefrei machen können, wie wir die Innenstadt besser erreichbar machen können.

Das Gleiche gilt für den Radverkehr. Das haben Sie immer gefordert: Wenn Sie die Autos herausnehmen, dann muss die Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer und für alle Kunden weiter erreichbar sein, auch für den Radverkehr, auch für den ÖPNV, aber – und das war auch immer eine Forderung – dann machen Sie es doch auch attraktiv, zeigen Sie doch, dass es darum geht, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Das haben wir genau mit Transformartini gemacht, meine Damen und Herren.

Wenn Sie sich Umfragen anhören, warum die Menschen in die Innenstadt gehen: Ich habe an so einem Beteiligungsformat teilgenommen. Was kam dabei heraus? Was stand da nicht? Da stand nicht, wir gehen in die Innenstadt zum Shoppen. Das macht nämlich kaum noch einer – das hat vorhin auch jemand gesagt, ich glaube, es war Herr Schumann –, weil die meisten Ketten auch woanders zu finden sind. Das können wir unerfreulich finden, wenn die Menschen in den Weserpark gehen oder in die Waterfront, aber ehrlicherweise muss man nicht mehr in die Innenstadt, wenn man zu H & M will, man muss nicht mehr in die Innenstadt, wenn man zu Depot will oder zu anderen Ketten, die man überall haben kann. Warum gehen die Menschen nach dieser Befragung in die Innenstadt? Zum Weihnachtsmarkt,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wo haben Sie das die Umfrage gemacht? Im Viertel?)

weil da Events sind! Sie gehen hauptsächlich dahin, wenn Events sind. Das ist der Grund, warum wir beschlossen haben, den Verkehrsversuch mit einem Konzept, und das war im Übrigen auch –. Deswegen ist es auch in Ordnung, dass es aus dem Coronafonds bezahlt wird, weil es darum ging, die Innenstadt, die lange unter dem Lockdown gelitten hat, wieder attraktiv zu machen und die Menschen überhaupt in die Innenstadt zurückzuholen. Deswegen haben wir Transformartini gestartet.

Wenn Sie das unerfreulich finden, Herr Schäck, ich möchte einmal sagen, was wir gemacht haben! Sie

haben die Bremer Surfwelle kritisiert. 650 Surferinnen und Surfer waren dort, das war eine hundertprozentige Auslastung. Ich will einmal sagen, die 2 000 Euro Einnahmen – es war nämlich relativ günstig, damit alle daran teilnehmen können, egal, ob mit einem großen Geldbeutel oder einen kleinen – werden dem Bremer Schwimmverein gespendet, damit junge Menschen, Kinder, schwimmen lernen können.

Wir haben einen Stadtgarten eingerichtet. Er ist – der Herbst hat gerade angefangen – in den Sommermonaten wirklich gut angenommen worden. Wir haben einen Sommer Summerum gestartet, das Filmfest Bremen Open Air hat stattgefunden, „Bremen liest!“, Markt der guten Dinge, Konzerte, DJs.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das hat doch mit dem Wall gar nichts zu tun!)

Selbst ein Abend mit Phil Porter hat stattgefunden. Die Tanzschule Renz und das Festival PLATT Land Fluss haben stattgefunden. Es gab die europäische Mobilitätswoche mit mehreren Radtouren durch die Martinistraße, das Critical Mass mit 300 kleinen und größeren Teilnehmern, das Fancy Women Bike Ride. Woanders wird das wahrgenommen, hier offensichtlich nicht. Es gab das Konzert von Danger Dan auf dem Parkdeck

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

mit etlichen Hundert Teilnehmern. Über 7 000 Menschen haben auf Instagram dieses Konzert positiv gevotet. Meine Damen und Herren, ich will einmal sagen, es kommen Stadtplaner aus anderen Städten, um sich die Martinistraße anzuschauen, weil das überregional positiv wahrgenommen wird als eine Art von Transformation, von der andere Städte lernen wollen, nur Sie reden es schlecht, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann hat das ZDF positiv darüber berichtet, auch dort ist es positiv wahrgenommen worden. Deswegen finde ich es nicht in Ordnung, wenn Sie solche Aktionen hier versuchen schlechtzureden. Das, was wir machen, ist, einen Transformationsprozess auch im Verkehrs- und Mobilitätsbereich mit attraktiven Attraktionen zu kombinieren.

Dann will ich auch einmal sagen, ich spreche auch mit Einzelhändlern der Straße Am Wall. Es gibt auch sehr zufriedene Einzelhändler. Das muss man auch einmal wahrnehmen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU])

Ja, das können Sie! Ich kann Ihnen gern auch gleich sagen, wer das ist! Das, was wir machen wollen, ist aber natürlich, dass wir die Innenstadt verändern müssen. Sie kann nicht so bleiben. Die Innenstadt muss mit Wohnen, mit Arbeiten, mit einem gesunden Mix von öffentlichen Einrichtungen bestückt werden. Die Innenstädte werden sich alle ändern. Das, was wir hier in Bremen diskutieren, ist doch nicht ein einzelnes bremisches Problem, das haben wir in allen Städten in Deutschland. Deswegen ist das etwas, bei dem wir sagen, dort muss man herangehen.

Im Übrigen, die autofreie Innenstadt ist auch nicht neu. Gehen Sie hinunter, es gibt gerade hier im Haus eine Fotoausstellung! Da sehen Sie, dass früher die Autos noch hier auf dem Marktplatz vor der Handelskammer und vor der Bürgerschaft waren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da durfte hier noch geraucht werden!)

Damals gab es auch einen Aufschrei, als man sie herausgenommen hat. Wo immer man etwas verändert, gibt es erst Verunsicherung, meine Damen und Herren. Die Einrichtung von Fußgängerzonen war damals umstritten. Heute ist jeder froh, dass es diese Fußgängerzonen gibt. Sie sind froh – das hoffe ich zumindest! –, dass die Autos nicht mehr hier vor der Tür parken, wie noch vor etlichen Jahren.

Herr Schäck, was mich aber wundert, weil Sie doch Mitglied in der Deputation sind, ist, dass Ihnen offensichtlich immer noch nicht bekannt ist, dass wir neben dem VEP-Prozess – –. Das ist ein Beteiligungsprozess, und trotz Corona haben wir Beteiligungen durchgeführt –

(Glocke)

ich komme sofort zum Schluss Herr Präsident! –, daran haben viele Tausend Menschen online teilgenommen, aber wir machen zeitgleich das Integrierte Innenstadtkonzept, das wir ja auch gemeinsam mit dem VEP in einer gemeinsamen Sitzung, in einer Deputationssitzung, in Kürze beschließen wollen, weil wir wissen, dass ein Mobilitätskonzept auch nur mit einem guten Innenstadtkonzept Hand in Hand gehen kann.

Deswegen lasse ich mir und meinem Ressort auch nicht vorwerfen, dass wir hier Pfusch machen würden. Im Gegenteil, wir machen Beteiligungsprozesse, wir machen wirklich harte Arbeit in dem Ressort, um diese Konzepte zu erarbeiten. Wir machen eine Abstimmung mit dem Innenressort, Frau Bergmann, auf höchster Ebene. Deswegen kann man nicht sagen, dass wir hier Pfusch gemacht hätten. Das weise ich wirklich mit aller Vehemenz zurück!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Liebe Frau Bürgermeisterin, es gibt ein Agreement zwischen Ihrem Haus und unserem Haus, dass wir die Redezeiten abgestimmt haben.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, deswegen komme ich auch zum Schluss, Herr Präsident! Es ist eine Veränderung, die uns allen hier im Haus in der guten Stube Bremens bevorsteht. Wenn sich die Gesellschaft ändert, wenn sich Gewohnheiten ändern, dann muss sich auch an der ganzen Gestaltung etwas ändern. Veränderung ist für viele eine Herausforderung, aber sie ist notwendig. Stillstand wäre absolut das Schlechteste, was passiert. Noch einmal: Vielleicht nehmen Sie es nicht positiv wahr, aber viele Menschen, und zwar auch überregional, nehmen Transformartini, nehmen die Martinistraße, aber auch 700 Meter Radpremiumroute Am Wall positiv wahr. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/514](#) S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 47 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan 47) zum Bau eines Klubhauses für den Golfplatz Bremer Schweiz für das Grundstück Wölpscher Straße 4 in Bremen-Blumenthal

**hier: Änderung des Durchführungsvertrags
Mitteilung des Senats vom 21. September 2021
(Drucksache [20/506 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Änderung des Durchführungsvertrages des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 47 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan 47) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 21
vom 8. Oktober 2021
(Drucksache [20/516 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorkaufsortsgesetz – „Kleine Wolke“
Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 2021
(Drucksache [20/520 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:23 Uhr)